

21. Jahrgang

Nr. 1

März 2010

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Jenseits des
Nationalstaats

Der wirtschaftliche
Wert des Bodens

Mensch, Materie
und Geist heute

Betrachtungen
und Berichte

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Jenseits des Nationalstaats

Transnationalität, Supranationalität, Globalität
(Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe) _____ 5

Der wirtschaftliche Wert des Bodens

Verwaltung des Bodens durch das Geistesleben
(Rudolf Isler) _____ 11

Materie, Mensch und Geist heute

Die Auflösung der Materie und der
Aufstieg des menschlichen Bewusstseins
(Roland Benedikter) _____ 18

Betrachtungen und Berichte

Die Metamorphose von der Geldwirtschaft zur
Kreditwirtschaft (Michael Rist) _____ 23

Über die Werte im Bankwesen (Katharina Beck) _____ 24

Geldschöpfung durch den Staat?
(Christoph Klipstein) _____ 28

Patientenverfügung (Paolo Bavastro) _____ 30

Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts
(Götz W. Werner) _____ 32

Erfolg der Solidarität mit Nicanor Perlas _____ 32

Neugründung _____ 32

Protest gegen Amflora-Genkartoffel _____ 33

Freie Schulen: 20.000 demonstrieren _____ 34

Initiativen und Termine

Berlin: Volksinitiative Schule in Freiheit _____ 35

Kolloquium Nachhaltigkeit und Schule _____ 36

Seminar zur Klimaordnung _____ 37

Attac-Banktribunal _____ 37

Wi.n.d. Alanus Ökonomie Symposium _____ 37

Tagung zu Komplementärwährungen _____ 38

Literatur

Klaus Faißner: Das Ende der Gentechnik
(Wolfgang Wiebecke) _____ 38

Dokumentation „1989/1990“ _____ 38

Seminare „Individualität und soziale Verantwortung“

Waldorfschule wohn? _____ 39

Öffentliche Verschuldung _____ 40

Interkulturelle Begegnung _____ 40

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, EMail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de, ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BIZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE 33). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Im Januar 1990 kam das erste Heft dieser Zeitschrift heraus, die damals noch schlicht „Dreigliederungs-Rundbrief“ hieß. Es war 11 fotokopierte DIN-A4-Seiten stark, die mit einer schlichten Heftklammer zusammengehalten wurden. Jetzt erscheint die Zeitschrift im 21. Jahrgang, ein Heft umfasst in der Regel zwischen 40 und 52 eng bedruckte Seiten. Darin spiegelt sich eine durchaus positive Entwicklung des Engagements für die soziale Dreigliederung.

Gewiss: 1990 hatte man die Hoffnung, dass sich die Dreigliederungsbewegung schneller und dynamischer entwickeln würde, als es dann tatsächlich der Fall war. Eine „noch kleine, aber smarte“ Bewegung nannte sie einmal einer unserer Autoren, Michael Opielka (vgl. Heft 1/2005). Er hatte Recht, so bescheiden zu formulieren. Denn nur, wer seine Kräfte richtig einschätzt, kann sie auch richtig einsetzen und seine eigenen Möglichkeiten dazu nutzen, um zur Bewältigung der sozialen Probleme der Gegenwart im Dialog und in der Kooperation mit anderen Menschen, die sich für gesellschaftliche Erneuerung engagieren, seinen Beitrag zu leisten.

Dialogfähigkeit mit anderen und die Kommunikationsfähigkeit untereinander sind untrennbar verbunden. Dass es in der Dreigliederungsbewegung unterschiedliche Meinungen oder Meinungsnuancen in dieser oder jener Frage gibt, ist nicht nur nicht schlimm, sondern ein Stück Normalität. Wichtig ist aber, dass über solche Fragen ein wirkliches Gespräch stattfindet, ein Dialog zwischen Menschen, die sich auf einem gemeinsamen Weg befinden.

Aufeinander einzugehen und aneinander anzuschließen hilft bei der Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen Ansätze der Dreigliederung. Wissenschaft verträgt sich nicht mit rechthaberischer Standpunktlogik, sondern lebt vom lebendigen Diskurs. Einen solchen dialogischen Stil zu finden, das ist eine wichtige Aufgabe für diese Zeitschrift. Und man darf sich immer wieder über jeden Artikel freuen, in dem das gelingt.

Es gilt, immer neu Kooperationsformen zu entwickeln, die zur Mitarbeit einladen. Es geht in der Tat darum, ein Netz der gegenseitigen Wahrnehmung, Wertschätzung und Kooperation zu knüpfen. Im Netzwerkgedanken steckt nach wie vor ein großes Potenzial. Die Verbindungen eines Netzwerks „knüpfen sich aus vielen Fäden, das Netzwerk hat kein Zentrum, von dem alle Fäden ausgehen, in das alle münden. Es gibt letztlich von jedem Knoten zu jedem anderen Verbindungsstränge. [...] Netzwerk Dreigliederung, das ist der Grundgedanke, die Zusammenarbeit ganz auf die Freiheit der Initiative abzustellen.“ Diese Sätze aus dem ersten Heft des ersten Jahrgangs der Zeitschrift sind nach wie vor aktuell.

Ihr


Notiert: Aus dem Zeitgeschehen

Die Kopenhagener Klimakonferenz endet mit einem weitgehend unverbindlichen 12-Punkte-Papier, das vom Plenum lediglich zur Kenntnis genommen wird. Zivilgesellschaftliche Vertreter bei der Konferenz äußern sich tief enttäuscht +++ Der deutsche Bundesrat stimmt dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Regierung zu, das jährliche Steuerentlastungen von ca. 8,5 Mrd. Euro vorsieht +++ In der von Georgien abtrünnigen Kaukasus-Provinz Abchasien wird ein neuer Präsident gewählt. Abchasien ist nach wie vor international weitgehend isoliert, wird aber von Russland gestützt +++ Skandal bei der Bayerischen Landesbank. Windige Spekulationsgeschäfte in Österreich haben die Bank an der Rand der Insolvenz gebracht +++ Tod des berühmten Ökonomen Paul Samuelson +++ Beratungen über eine Neuorganisation der Jobcenter für Langzeitarbeitslose. Die bisherige Form der Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Kommunen war vom deutschen Verfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt worden +++ In USA wird ein Terroranschlag auf ein Flugzeug durch die Überwältigung des Attentäters vereitelt. Die Geheimdienste geraten in die Kritik: hätten sie vorhandene Informationen zusammengeführt, so hätte der Täter beim Einchecken erkannt werden müssen +++ Tod des als Reformler hervorgetretenen Großayatollahs Montaseri im Iran. Bei den Trauerfeiern kommt es zu Massenprotesten gegen das Regime, die zahlreiche Opfer fordern +++ Bei vom Regime im Iran organisierten Gegendemonstrationen gegen die Opposition wird für deren Führer die Todesstrafe gefordert +++ Winterliches Verkehrschaos in Europa. Unter anderem bleiben wegen der Kälte Züge im Eurotunnel zwischen Frankreich und Großbritannien stecken +++ Die Inflationsrate in Deutschland war 2009 laut Statistischem Bundesamt niedriger als je in den vergangenen 10 Jahren +++ Der chinesische Bürgerrechtler Liu Xiaobo wird von einem Gericht zu elf Jahren Haft verurteilt, weil er zur Untergrabung der Staatsgewalt angestiftet habe. Liu ist Mitverfasser einer Charta, in der zu demokratischen Reformen im Land aufgerufen wird +++ In der schwarz-gelben Koalition häufen sich die Konflikte und Misstöne. Dabei prallen vor allem FDP und CSU aufeinander. Offenbar gibt es in vielen Punkten keine gemeinsame Interpretation des ausgehandelten Koalitionsvertrages, so etwa in der Gesundheitspolitik, bei der Frage nach dem Spielraum für weitere Steuerentlastungen oder beim EU-Beitritt der Türkei, den der neue Außenminister befürwortet, während die Kanzlerin ihn ablehnt. Die FDP möchte ab 2011 eine Steuerentlastung von 20 Mrd. jährlich zusätzlich zu den bereits beschlossenen Steuersenkungen +++ Angesichts sinkender Umfragewerte tritt FDP-Chef Westerwelle eine Diskussion um die Gefahr „spätromischer Dekadenz“ in Deutschland los, die aus einer angeblichen Überbeanspruchung des Sozialstaats erwachse +++ In der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus rückt der Jemen stärker ins Blickfeld +++ Ein gewaltiges Erdbeben verwüstet Haiti. Es sterben schätzungsweise 300.000 Menschen. Das ohnehin von Armut und Unterentwicklung geplagte Land wird weit zurückgeworfen, trotz

großer Anstrengungen zur Hilfe aus aller Welt. Wegen der fast kompletten Zerstörung der Infrastruktur trifft diese Hilfe auch nicht gleich nach der Katastrophe ein +++ Die Firma Google zieht sich wegen der Internet-Zensur durch organisierte Hackerangriffe aus China zurück +++ Konflikte in der deutschen Linkspartei, Geschäftsführer Dietmar Bartsch tritt zurück - nach Vorwürfen der Illoyalität gegenüber dem erkrankten Oskar Lafontaine. Dieser tritt aus gesundheitlichen Gründen als Parteivorsitzender der Linken zurück. Neues Führungsduo sollen Gesine Lötzsch und Klaus Ernst werden +++ US-Präsident Obama droht den Großbanken der Wallstreet die Aufspaltung an. Keine Bank soll mehr so mächtig sein, dass sie ein systemisches Risiko darstellt und daher notfalls auf Kosten der Allgemeinheit gerettet werden muss +++ Bei den Nachwahlen in Massachusetts gewinnt überraschend der Republikaner Scott Brown. Dies ist ein schwerer Schlag für den Präsidenten, da die Demokraten zwar die Mehrheit im Senat behalten, die Republikaner aber nun in der Lage sind, Gesetzesvorhaben wie die Gesundheitsreform wirksam zu behindern +++ Weitere Auseinandersetzung in Deutschland um den Luftangriff in Kunduz, der zahlreiche zivile Opfer gefordert hatte +++ Die Präsidentschaftswahlen in Chile entscheidet der konservative Milliardär Sebastian Pinera für sich, der Kandidat des Mitte-Links-Bündnisses, Eduardo Frei, verliert knapp. Es ist der erste Sieg eines rechtsgerichteten Kandidaten bei einer Wahl seit dem Ende der Pinochet-Diktatur +++ In der Stichwahl setzt sich in der Ukraine der als prorussisch geltende Victor Janukowitsch gegen Julia Timoschenko durch, die in der Folge auch als Regierungschefin zurücktreten muss +++ In einer Rede vor dem Kongress erklärt US-Präsident Obama die Schaffung von Arbeitsplätzen zur politischen Hauptaufgabe +++ Bei einer Afghanistan-Konferenz in London wird eine Verständigung über mehr Finanzmittel und Truppen erzielt, Deutschland soll 850 Soldaten zusätzlich stellen. Die Rede ist von einer neuen Afghanistan-Strategie +++ Eine Reihe prominenter linker Sozialdemokraten und Linksparteivertreter sind Mitunterzeichner eines Aufrufs zur Gründung eines „Instituts solidarische Moderne“, das Debatten zwischen den verschiedenen linken Strömungen fördern soll +++ Weltwirtschaftsforum in Davos. Der französische Präsident Sarkozy kritisiert Marktradikalismus und fordert neue Regeln für das Bankwesen +++ Rede des israelischen Präsidenten Shimon Peres im Deutschen Bundestag +++ Auseinandersetzung um Daten-CDs mit Namen deutscher Staatsbürger, die ihr Geld in der Schweiz der Steuer hinterzogen haben. Nach rechtlicher Prüfung plädieren Kanzlerin und Finanzminister für den Ankauf, was zu zahlreichen Selbstanzeigen führt, mit denen Betroffene strafrechtliche Sanktionen zu vermeiden suchen. Man rechnet mit Hunderten Millionen Einnahmen für den Fiskus. +++ Heftige innenpolitische Kontroverse in der Schweiz, Populisten werfen der deutschen Politik Hehlerei vor, da die Daten illegal erlangt worden seien +++ Das auf Finanzrecherchen spezialisierte Genfer Unternehmen Helvea schätzt, das 725 Milliarden Franken aus EU-Ländern schwarz auf Schweizer Konten liegen +++ Warnstreiks im öffentlichen Dienst in Deutschland +++ Bei der 46. Sicherheitskonferenz in München tritt der iranische Außenminister Mottaki auf, Hoffnungen auf Fortschritte in der Beilegung des Streits über das Atomprogramm Irans erfüllen sich jedoch nicht +++ Die EU-Kommission beschließt, den Haushalt

* 12. Dezember 2009 bis 7. März 2010

Griechenlands unter eine sogenannte Zwangsverwaltung zu stellen. Griechenland hat momentan eine Neuverschuldung von 13 Prozent, gegenüber nach Euro-Stabilitätskriterien erlaubten 3 Prozent. Diese Marke soll bis 2012 wieder erreicht werden. Das Land hatte lange Zeit das wahre Ausmaß der Verschuldung verschleiert. Als Ursachen werden Korruption und laxe Steuermoral genannt +++ Als Reaktion auf die Schuldenkrise und den zunehmenden Druck aus der EU beschließt die griechische Regierung einen rigiden Sparkurs. Wegen der Einsparungen kommt es zu Massenprotesten der Gewerkschaften. Mit den Maßnahmen sollen insgesamt 4,8 Milliarden Euro eingespart werden. Das Land will so seine Kreditwürdigkeit wahren +++ Hedgefonds und andere Finanzakteure spekulieren auf eine Staatspleite in Griechenland und eine damit verbundene Schwächung des Euro. Dies gibt der Diskussion um eine Regulierung der Finanzmärkte in der EU neuen Auftrieb +++ Griechenland gelingt es, eine Staatsanleihe in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro aufzunehmen, allerdings zu hohen Zinsen +++ In Stuttgart löst Stefan Mappus seinen Parteifreund Günther Oettinger als Ministerpräsident ab +++ Der Afghanistan Einsatz der Bundeswehr wird nun offiziell als Beteiligung an einem „bewaffneter Konflikt“ bewertet +++ Das Europäische Parlament stimmt gegen das Abkommen zwischen EU und USA über die Weitergabe von Bankdaten, die damit für den Zugriff der US-Geheimdienste verfügbar wären +++ Das Europäische Parlament wählt mit deutlicher Mehrheit eine neue EU-Kommission +++ Kompromiss bei den Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Vereinbart wird eine geringe Lohnerhöhung, gekoppelt mit einer relativ weitgehenden Arbeitsplatzgarantie. In der Branche arbeiten ca. 3,5 Millionen Menschen +++ Das deutsche Verfassungsgericht erklärt die Hartz IV Gesetze für partiell nicht grundgesetzkonform. Es statuiert ein „Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ und fordert ein Neuberechnung der Regelsätze - besonders bei Schulkindern - sowie Härtefallregeln +++ In Pakistan werden eine Reihe hoher Taliban-Funktionäre festgenommen +++ Militärputsch in Niger +++ Ein Killerkommando ermordet einen führenden Hamas-Funktionär in einem Hotel in Abu Dabhi. Der Verdacht fällt auf den israelischen Geheimdienst Mossad. Die Agenten hatten europäische Pässe benutzt, was zu diplomatischen Verwicklungen zwischen der EU und Israel führt +++ US-Präsident Obama empfängt den Dalai Lama, scharfe Proteste Chinas +++ Beim Bau der Kölner U-Bahn hat es in großem Umfang Pfusch gegeben, Eisenträger, die für die Stabilität nötig sind, wurden an Schrottfirmen verkauft. Nach wie vor ist unklar, ob der Einsturz des Kölner Stadtarchivs durch Fehler beim U-Bahnbau verursacht wurde +++ Die OECD bemängelt, dass Langzeitarbeitslose in Deutschland zu wenig Anreize zur Aufnahme einer Arbeit hätten, da die Zuverdienstregelungen ungenügend seien +++ Der Daimler-Konzern hat im Jahr 2009 einen Verlust von 2,6 Mrd. Euro gemacht +++ Nach einer großen Rückrufaktion wegen sicherheitsgefährdender Funktionsmängel an Fahrzeugen hat der Toyota-Konzern mit massiven Umsatzrückgängen zu kämpfen +++ Der UN-Klimachef de Boer tritt von seinem Amt zurück +++ Bei der Lufthansa droht ein Pilotenstreik +++ Sponsoring-Affäre der CDU in Nordrhein-Westfalen. Sie gibt der SPD für die bevorstehenden Landtagswahlen wieder Auftrieb. Die CDU hatte Sponsoren Gespräche mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gegen

Geld angeboten. Rüttgers will davon nichts gewusst haben und entlässt seinen Generalsekretär. Die Opposition spricht von Käuflichkeit +++ Auch bei der Sachsen-CDU gibt es, wie sich herausstellt, zweifelhafte Sponsoring-Praktiken +++ Rücktritt der erst vor vier Monaten gewählten Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland Margot Käßmann, nachdem sie bei einer Autofahrt alkoholisiert von der Polizei angehalten worden war. Der Rücktritt der beliebten Theologin wird von vielen Seiten bedauert. Nachfolger wird ihr Stellvertreter, der rheinische Präses Nikolaus Schneider +++ Festnahmen hoher türkische Offiziere. Ihnen wird die Vorbereitung eines Staatsstreichs gegen die gewählte Regierung vorgeworfen +++ Die niederländische Regierung zerbricht am Streit über eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats, Neuwahlen stehen bevor +++ Olympische Winterspiele im kanadischen Vancouver +++ Der deutsche Bundestag beschließt die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr und die Aufstockung der Zahl der Soldaten. Abgeordnete der Linksfraktion werden von der Debatte ausgeschlossen, weil sie mit Plakaten mit Namen von beim Bombardement in Kunduz umgekommenen Zivilisten gegen den Einsatz demonstrieren +++ Der Streit um die Laufzeiten von Atomkraftwerken in Deutschland geht weiter +++ Ölkatastrophe in Norditalien, Grund ist offenbar Sabotage durch Öffnung der Schleusen zu Ölanlagen +++ Schweres Erdbeben in Chile, das Beben löst einen Tsunami aus +++ Der Orkan Xynthia richtet in Europa Verwüstungen an +++ Das deutsche Verfassungsgericht erklärt das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für nichtig. Das bedeutet, dass alle nach dem Gesetz gespeicherten Daten über Internetnutzung und Telefonverbindungen gelöscht werden müssen. Prinzipiell wird eine Datenspeicherung zwar gestattet, der Datenschutz müsse allerdings in einem neuen Gesetz weit rigider gehandhabt werden +++ Immer mehr Fälle sexuellen Missbrauchs in katholischen Internaten kommen ans Licht. Viele dieser Fälle liegen lange zurück und sind damals vertuscht worden +++ Bei Kommunalwahlen in den Niederlanden erringt die rechtspopulistische Partei von Geert Wilders spektakuläre Erfolge +++ Hohe Haftstrafen gegen die Angehörigen der sog. Sauerland-Gruppe, die in Deutschland terroristische Anschläge vorbereitet hatte +++ Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst wird beigelegt +++ Zehntausende Menschen demonstrieren in Italien gegen zwei Gesetzentwürfe, die Ministerpräsident Berlusconi vor Korruptionsverfahren bewahren würden +++ Heftige Kritik an der von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Kürzung der Solarförderung +++ 2009 ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das durchschnittliche Bruttoeinkommen gegenüber dem Vorjahr - um 0,4 Prozent - gesunken +++ Die zweiten Parlamentswahlen im Irak nach dem Sturz Saddams sind von Anschlägen überschattet +++

Stand des Kostenausgleichs

Bis Anfang März waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) knapp 19.000 von geplanten 38.000 Euro eingegangen. Es müssen also noch 19.000 Euro finanziert werden. Wir sind für jeden Beitrag dankbar.

Jenseits des Nationalstaats

Transnationalität, Supranationalität, Globalität¹

Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe
Zusammenfassung: Christoph Strawe

Demokratieentwicklung und Nationalstaat

Moderne Sozialentwicklung ist untrennbar vom Demokratieimpuls. Denn in diesem drückt sich der Mündigkeitsanspruch des modernen Menschen aus. Nachdem sich der Demokratiedanke weltweit immer mehr durchgesetzt hat, ist bei manchen Menschen der Eindruck entstanden, nun gebe es keine erst noch zu realisierenden sozialen Ideale und Visionen mehr, - die Politikverdrossenheit habe auch damit zu tun. Wer so spricht, macht sich nicht klar, dass wir zwar vieles an demokratischer Gestaltung erreicht haben, dass aber die Demokratie immer noch - auch in den politisch am meisten entwickelten Ländern - eine unvollendete ist. Vieles ist noch zu tun im Hinblick auf eine mündigkeitskonforme Gestaltung des Rechtsrahmens für das Geistes- und Wirtschaftsleben und auf die Entwicklung einer wirklichen Teilnehmerdemokratie im Staat. Das alles sind Fragen der inneren Weiterentwicklung der verschiedenen Gesellschaften auf unserem Planeten. Es geht um die Teilhabe, das Hineinwachsen des Einzelnen in die Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Prozesse.

Neben dieser Frage der Weiterentwicklung der Demokratie „nach innen“ gibt es aber auch die andere Frage einer Weiterentwicklung „nach außen“. Auch hier stoßen wir auf Grenzen demokratischer Teilhabe, die es zu überwinden gilt. 70 Prozent der „Rechtssmasse“ in einem Land wie Deutschland wird durch die Europäische Union bestimmt. Aber wie demokratisch ist die EU? Welche Rechte müssen den nationalen Parlamenten bleiben, wie sind die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten real an Entscheidungen der EU-Ebene demokratisch beteiligt? Ein Richter in den USA kann heute unter Umständen durch eine Entscheidung über eine Schadensersatzregelung faktisch einen weltwei-

ten Boykott über ein Unternehmen verhängen. Diese faktisch weltweite Gültigkeit ergibt sich aber heute ohne Konsultation mit den anderen Rechtsgebieten, auf die sie sich auswirkt. Diese wenigen Beispiele zeigen schon, wie dringlich eine Weiterentwicklung der Demokratie über den klassischen Territorialstaat hinaus ist. Dabei muss ausgegangen werden von den bestehenden Plattformen und Ansatzpunkten, die sich hierzu bisher bereits in Form supranationaler Organisationen herausgebildet haben. Bevor wir diese Organisationen mehr im einzelnen betrachten, wollen wir versuchen, ein Gesamtbild der Probleme zu entwerfen.

Der Mittelpunkt, aus dem alle Neugestaltung quillt, ist das Erwachen des einzelnen Menschen zur Mündigkeit. Der Einzelne darf sich damit aufgerufen fühlen zur Selbst- und Weltverantwortung. Das ist der geschichtliche Wendepunkt, von dem aus alles in der Gesellschaft zu hinterfragen ist. Wenn wir den Einzelnen nicht mehr primär als Teil einer Gruppe sehen, sondern als Individualität, dann kann nichts bleiben wie es war. Alles muss durch dieses Nadelöhr hindurch.

Von den Gemeinschaften aus betrachtet sehen wir, dass sie sich diesem Wendepunkt auf ganz unterschiedliche Weise nähern. Es erscheint am Ende etwas wie das moderne Gemeinwesen, für das der erst im 18. Jahrhundert auftretende Begriff des Nationalstaats bestimmend wird. Er taucht auf in einem historischen Augenblick, wo er eigentlich gar nicht mehr gültig, eigentlich bereits ein Unbegriff ist. Denn das Ich steht höher als die Nation, ist aus der Enge ethnischer Identität entlassen. Als Ich-Menschen treten wir eigentlich aus der alten Gemeinschaft aus, erleben und verhalten uns je als „Mensch für mich“. Für den Staat bedeutet das, dass er den Schritt in die Säkularisierung machen muss. Ein Staat, der eine inhaltliche Mission vertritt, ist heute per se eine Institution, die Andere diskriminiert. Und weil der Begriff der Nation gerade eine derartige kulturmissionarische Komponente beinhaltet, führt das Nationalstaatskonzept zu heillosen Konflikten. Wer ist die wahre Nation, die das Recht zur Staatsbildung hat, wer etwa „von Natur“ aus nur eine nationale Minderheit auf dem Territorium eines Staats einer großen Nation? Um solchen Konflikten zu entgehen, muss der Staatsbegriff sich entleeren, darf keine den Einzelnen bestimmenden Inhalte mehr enthalten. Vorbei die Zeiten, wo von einem „Heiligen“ Reich welcher Nation auch immer gesprochen werden konnte.

Das Staatswesen wird so tendenziell auf das Ich hin orientiert. Die Entwicklung des modernen Staats fängt nicht umsonst mit den individuellen Menschenrechten an. Nicht das „Völker“recht ist das Primäre. Der Nationalstaat ist schon obsolet, als er entsteht, und er muss sich in einen reinen Rechtsstaat transformieren. R. Steiner betont am Anfang des Jahrhunderts, wer die Menschheit ruinieren wolle, der müsse weiter den Nationalstaatsgedanken pflegen. Wer heute noch dem alten Gemeinschaftsprinzip, demgemäß der Einzelne der Gemeinschaft untergeordnet ist, frönt, versündigt sich gegen den Fortschritt. Die Vertreter des alten Denkens verstehen das natürlich nicht, fühlen sich ungerecht angegriffen nach dem Motto: Wie, wir sollen jetzt die Schlimmen sein, wo wir doch alles

¹ Der Text basiert auf Ausführungen, die U. Herrmannstorfer und C. Strawe bei einem Seminar am 19. 9. 09 gemacht haben. C. Strawe hat sie hier in freier Form zusammengefasst.

Menschenrechte - Chronologie

1215: Magna Charta Libertatum. Der englische König Johann Ohneland muss den Untertanen Schutzrechte gegen die Krone zugestehen.

1525: Die Zwölf Artikel der aufständischen Bauern werden in Memmingen verfasst. Die erste Menschenrechtserklärung in Europa.

1542: Neue Gesetze (Leyes Nuevas) aufgrund der Vorschläge von Bartolomé de las Casas für die Freiheit der Indios und das generelle Verbot zwangsmäßiger Arbeitsleistungen von Karl V. erlassen.

1628: Petition of Rights (England)

1679: Habeas Corpus Act. Ab diesem Zeitpunkt ist die Festnahme eines Bürgers an strikte Regeln gebunden.

1689: Englische Bill of Rights

1776: Virginia Bill of Rights am 12. Juni 1776 von der Virginia Convention of Delegates verabschiedet.

1776: Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten am 4. Juli 1776 vom Kongress der dreizehn ehemals englischen Kolonien in Nordamerika zur offiziellen Löslösung von Großbritannien verabschiedet. Darin enthalten die „unveräußerlichen Rechte“ auf „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“.

1789: Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte) am 26. August 1789 von der Nationalversammlung Frankreichs als Verfassungsrecht verabschiedet.

1791: Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne (Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin) von Olympe de Gouges zur Verabschiedung durch die französische Nationalversammlung verfasst.

1791: Amerikanische Bill of Rights in den USA am 15. Dezember 1791 als Verfassungszusätze (Amendments) 1-10 aufgenommen.

1948: Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die UN-Generalversammlung am 10. Dezember, maßgeblich motiviert durch die Menschenrechtsverletzungen des Zweiten Weltkriegs. Viele Staaten haben diese Erklärung in ihre Verfassung aufgenommen (z. B. deutsches Grundgesetz). Seitdem wird der 10. Dezember als internationaler Tag der Menschenrechte begangen.

1966: „Internationale Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte“ („Zivilpakt“) und „Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ („Sozialpakt“) der UNO. Beide treten 1976 in Kraft, nachdem sie von einer ausreichenden Zahl von Staaten ratifiziert wurden.

1979: Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

1993: Einrichtung eines UN-Hochkommissariats für Menschenrechte nach der Wiener Weltmenschrechtskonferenz

Nach <http://de.wikipedia.org/wiki/Menschenrechte>

ten, um die Gesellschaft zusammenzuhalten? Aber das alte Gemeinschaftsprinzip ist substanzlos geworden und wirkt als Nationalismus dekadent und rückwärtsgerichtet, saugt alles Zerstörerische und Menschenfeindliche an.

Ich und Menschheit sind korrelative Kategorien

Der einzige Aspekt des Nationalen, der fruchtbar bleibt - oder eigentlich erst jetzt fruchtbar wird - ist die spannende Frage nach der Diversität: Was tragen die einzelnen Nationen mit ihrem jeweils prägenden historisch gewachsenen Kulturhabitus zur Ichwerdung des einzelnen Menschen bei? Das heißt, welche besonderen Zugänge ergeben sich zur Individualisierung aus dem Inder, Engländer, Deutscher, Schweizer und Chinese sein? Vorher waren die Unterschiede ausgrenzend: „Du gehörst nicht dazu, weil du nicht so bist wie wir anderen.“ Jetzt sind sie keine diskriminierenden Differenzen mehr, vielmehr geht es darum, was man aus dem eigenen kulturellen Mutterboden Unverwechselbares mitbringt, das die Menschheit bereichert. Und das ist eine völlig andere Frage als die der ethnischen Identität alter Gemeinschaften.

Gemeinschaften müssen sich umorientieren. Sie dürfen nicht am Identitätsstiftenden einer „ruhreichen“ Vergangenheit hängen. Was sie aus der Vergangenheit mitbringen, müssen sie fruchtbar machen für die gemeinsame Zukunft der Menschheit. Gerade auch in der europäischen Entwicklung ist es wichtig, dass alle Beiträge geschätzt werden und einfließen können.

Wenn wir wieder die einzelnen Staaten in den Blick nehmen, aus denen ja auch das Vereinte Europa nach wie vor besteht, dann sehen wir, wie in ihnen und zwischen ihnen eine Dynamik entsteht, die aus den geschilderten Individualisierungsprozessen erwächst. Es wird zum Schicksal des Staates, dass er alles, was in der Gesellschaft lebt, an sich zieht. Was früher Fragen waren, die sich im Leben entschieden, das werden jetzt Fragen an den Staat. Dieser ist sowohl Ausdruck der Volkssouveränität und damit der Gestaltung der Verhältnisse von unten als auch die gesellschaftliche Autorität, von der man Lösungen sozialer Probleme erwartet. „Da müsste der Staat doch etwas tun“, wird zum geflügelten Wort. Man muss das richtig verstehen: Eigentlich führen wir die Verhältnisse, indem wir sie rechtsstaatlich neu ordnen, an dem modernen Bewusstsein vorbei und stellen sie auf dessen Prüfstand. Ist das demokratiekonform, menschenrechtskonform, mündigkeitskonform usw.? Ist die Organisation des Schulwesens dem modernen Bewusstsein entsprechend? Der Staat entreißt die Schulen den alten geistigen Autoritäten der Kirche, demokratisiert den Zugang zur Bildung.

Wenn das richtig vonstatten gehen würde, dann müsste es damit enden, dass die Verhältnisse nach dieser Überprüfung in neue Formen überführt und den Betroffenen und Beteiligten übergeben werden. Statt dessen greift ein überzogener Schutzgedanke,

der den Schutz der Mündigkeit in neue Entmündigung umschlagen lässt. Der Staat atmet gleichsam allen Sauerstoff des gesellschaftlichen Lebens ein, aber er atmet nicht richtig aus. So bekommen wir eine gewaltige Überlastung des Staates mit überbordenden Aufgaben. Nötig ist ein Ausatmen, eine Entlastung des Staates, nicht indem er zerstört, sondern indem er die Aufgaben an Organe, Gruppierungen und einzelne Menschen übergibt, die ihnen gewachsen sind und die sie in eigener Verantwortung wahrnehmen können.

Dieser gewaltige Umbauprozess, der wie gesagt, erst zum Teil geleistet ist, hat nun drei verschiedene Seiten oder Ebenen. Die erste Ebene ist die geistig-kulturelle, wo es primär auf mich als Einzelnen und mein kreatives Potenzial ankommt. Die zweite Ebene ist die rechtliche, wo es um das Verhältnis von Ich zu Ich geht, das - wie immer die Formen dafür im Detail aussehen mögen - nur auf dem Vereinbarungswege bestimmt werden kann. Und die dritte Ebene ist die wirtschaftliche, die ein Ganzes bildet, ein weltweites Geflecht. Im Leben mischen sich diese Ebenen natürlich auch immer, sind aber doch deutlich unterscheidbar.

Als Mitglied der Nation bin ich ein Teil der Gruppe, des großen Kollektivs. Als Ich bin ich Teil der Menschheit. Ich und Menschheit sind korrelative Kategorien. In der Moderne stellt sich der Mensch auf die Spitze seiner Persönlichkeit und entwickelt das Ichbewusstsein. Wie ein Echo darauf entsteht Menschheitsbewusstsein, Weltbewusstsein, globales Bewusstsein. Das Ich ist nicht mehr gebunden an ein bestimmtes Territorium oder eine bestimmte gesellschaftliche Organisationsform. Als Ich kann ich jedem anderen Ich begegnen und der Fernste kann mein Nächster sein.

Tansnationalität, Supranationalität, Globalität

Das führt in eine Internationalisierung hinein - oder genauer muss man sagen: in ein Transnationales. Man wandert dahin, wo man sich findet. Man denke 100 Jahre zurück und man sieht, wie einfach wir uns heute bewegen können. Man kann weltweit Gleichgesinnte suchen, Netzwerke bilden, über das Internet kommunizieren... Das ist der erste Aspekt.

Die zweite Ebene ist die supranationale Ebene, das heißt die Ebene der Staatlichkeit, wo sich jetzt Staaten durch Vertragswerke miteinander verbinden und dabei neue Formen entstehen: Völkerbund, Vereinte Nationen, Europäische Union, Welthandelsorganisation usw. Das ist eine widerspruchsvolle Entwicklung, in der darum gerungen wird, ob die Staaten- und Völkerbeziehungen als solche im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehen oder ob die globale Durchsetzung der individuellen Menschenrechte auch im Mittelpunkt der supranationalen staatlichen Aktivitäten steht.

Drittens bildet sich großer sozialer Zusammenhang, der sich überhaupt nicht als staatlich empfindet, sondern in welchem im Gegenteil die Staatsgrenzen als Behinderung erlebt werden. Die Global Player der heutigen Wirtschafts- und Finanzwelt sehen sie als Behinderung der Kapitalverwertung und -vermehrung. Sie

fordern Freihandel, weltweiten Investitionsschutz, den Verzicht auf jede Behinderung durch Gesetzgebungen der Staate in ihren kommerziellen Aktivitäten. Von der Staatsfrage bleibt für dieses ökonomische Denken nur die Frage übrig, wo man wieviel Steuern zahlen muss - und wie man sich diesen Steuerzahlungen durch Produktions- und Firmensitzverlagerungen entziehen kann. Das Steuerrecht ist noch sehr national. Das stört einen und man geht deshalb „offshore“, entzieht sich der Verbindlichkeit territorialer Gesetzgebung.

Die damit verbundene Tendenz zur Marginalisierung der Staaten zieht dann Bemühungen nach sich, die Dimensionen der Staatlichkeit den globalen Dimensionen der Ökonomie anzupassen. Wenn sich die UNO im alten Sinne als staatliche Organisation versteht, dann würde das letztlich hinauslaufen auf einen Weltstaat, eine Art Weltregierung, eine neue Weltautorität, wie sie jüngst der Papst forderte.

Aber geht es nicht vielmehr um eine Verschlankung des Staates? Allerdings um eine solche, die ihn nicht noch mehr zum Objekt der Erpressung durch ökonomische Interessen macht, sondern ihn vielmehr gerade besser in die Lage versetzt, der Ökonomie Grenzen zu setzen. R. Steiner sagt im Jahr 1919 bei verschiedenen Gelegenheiten im Zusammenhang mit dem Völkerbund sinngemäß, dort berate man, was der Staat *noch* alles machen müsse, statt zugleich zu fragen, was er zu unterlassen hätte, wenn er wirklich moderner Rechtsstaat sein wolle. (Vgl. etwa den Vortrag Bern, 11. März 1919, GA 329).

Als ein solcher Rechtsstaat müsste er nicht nur zulassen, sondern schützen und fördern, dass sich geistige Impulse der Staatsbestimmung entziehen und sich weltweit - „transnational“ - zusammenfinden. Die Zivilgesellschaft ist nicht staatlich organisiert, sondern definiert sich gerade über ihre Nicht-Identität mit Staat und Markt. Das Nicht-Regierungsorganisationsprinzip wirkt hier ebenso wie das „Non-Profit-Prinzip“.

Die dritte Frage ist die nach der Globalität, nach der weltweiten Arbeitsteilung, den Netzwerken der Ökonomie, durch die die Menschheit erst im vollen Sinne des Wortes zur Realität wird - auch nach der hierfür erforderlichen Transformation der Ökonomie. Menschheit als Umfassendes, Ich als zentraler Punkt, Staat als engere territoriale Gemeinschaft - das ist das Spannungsfeld der modernen Sozialentwicklung, dem wir uns gewachsen zeigen müssen.

Vieles, was sich heute auf supranationaler Ebene abspielt, dreht sich nur um die Frage des Machtgewinns und der Organisation der Macht. Die Entwicklung drängt jedoch zu einer Menschheitspolitik, die die individuellen Menschenrechte in den Mittelpunkt der Bemühungen der Staaten rückt. Dem werden die entstandenen supranationalen Strukturen kaum gerecht. Daher haben die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, nicht gefragt zu werden und nichts zu sagen zu haben. Je größer das jeweilige politische Gebilde, um so weiter entfernt ist es für den Bürger. Wie soll man verfolgen, was dort wirklich geschieht, geschweige denn alles, was geschieht, mit demokratischem Leben durchziehen?

„Neue Weltordnung“

Diese strukturellen Defizite sind nicht einfach einer Eigendynamik der Entwicklung geschuldet. Vielmehr sind die Formen, über die wir hier reden, von langer Hand vorbereitet worden. Es ging dabei um die Schaffung einer neuen Weltordnung. Der untergegangene Völkerbund war ein erster Versuch in dieser Richtung, aber die entscheidenden Weichenstellungen erfolgten vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, mit der Gründung der UNO und besonders der Konferenz von Bretton Woods 1944. Nicht umsonst tauchte bei denen, die im Zusammenhang mit der Finanzkrise einen radikalen Neubeginn für nötig hielten, die Forderung nach einem „neuen Bretton Woods“ auf.

Wie langfristige gezielte Vorbereitung derartiger Neuordnungen funktioniert, kann man etwa am Wirken Richard Nicolas Graf Coudenhove-Kalergis (1894-1972) studieren, des großen geistigen Anregers der europäischen Integration.² Coudenhove war ein Weltbürger - in Tokio geboren, in Österreich-Ungarn aufgewachsen, in Frankreich heimisch, mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft -, hochgebildet, mit vielen der Mächtigen seiner Zeit bekannt. Er begründete 1922 die Paneuropa-Union und gewann viele Verbündete in Wirtschaft, Kirche und Politik für den Gedanken eines Vereinten Europas. Churchills Züricher Rede nach dem Kriegsende, in der er die Vereinigten Staaten von Europa forderte, ging ein Treffen mit Coudenhove voraus. Coudenhoves Konzept sah folgende Schrittfolge vor: Erst müsse die Völkerverständigung auf den Weg gebracht werden, dann die Wirtschaft mit ihrer Tendenz zur Internationalität genutzt werden. Und daraus ergebe sich dann eine politische Gesamtform. Genau so kam es: Europarat, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Union.

Coudenhove war ein Mann, der mit Tiefendimensionen der Menschheitsentwicklung rechnete, gehörte der Wiener Freimaurerloge Humanitas an. Was ist nun sein Gesellschaftskonzept? Demokratie ist für ihn nur ein in-Positiv-Bringen der besten Menschen. Eine Elite brauche man, so denkt er, diese bedürfe aber einer demokratischen Legitimation, um wirken zu können. Die Besten müssen an die Regierung, das ist die logische Konsequenz daraus, dass der Staat alles aufgesaugt hat und zum hochkomplizierten Superstaat geworden ist, der - gerade wenn er nun noch kontinentale Dimensionen annehmen soll - nur von Supermännern regiert werden kann. Das Volk soll nicht regieren, es soll nur akklamierend legitimieren, was Eliten planen und ausführen, sich aber im übrigen möglichst wenig einmischen.

Das ist das gerade Gegenteil dessen, was eigentlich heute nötig wäre: die Beteiligung und Mitverantwortung des einzelnen Menschen im sozialen Leben. Denn nur aus der Gestaltung durch die jeweils Betroffenen lässt sich die Komplexität dieses sozialen Lebens ordnen, während jede Ordnung von außen bürokratische Monströsitäten erzeugen muss.

Nicht darum geht es, einfach alles größer zu denken, sondern es gilt, die Frage zu beantworten: Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt es, ermöglicht eine Gliederung der Gesellschaft die Gestaltung der Verhältnisse durch die Menschen? Solange diese Frage unbeantwortet bleibt, werden mit den Dimensionen der Staatlichkeit nur die Dimensionen der bisher ungelösten Probleme der Staaten wachsen. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, aber wo geht sie hin? So fragte Bert Brecht. Je weiter sie sich von der Basis entfernt, um so größer wird die Entfremdung des Staatshandelns vom Willen der Menschen. Und auch Fehlsteuerungsprobleme durch den Markt werden auf globalen Märkten nicht gemindert, sondern vermehrt.

Allerdings ist die Entwicklung schon sehr weit gegangen und wenn wir Einfluss nehmen und etwas verändern wollen, können wir nicht ignorieren, dass viele Probleme längst auf einer supranationalen Entscheidungsebene gelandet sind. Daran gewöhnen wir uns nur sehr langsam. Unsere Medien berichten nach wie vor mehr aus Berlin als etwa aus Brüssel, auch wenn längst die Rechtsordnung in Deutschland weitgehend durch Entscheidungen der EU bestimmt wird. Noch unklarer ist den Bürgerinnen und Bürgern meist die Bedeutung und der Einfluss solcher Organisationen wie des IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation WTO.

IWF, Weltbank, GATT, WTO

Letztere ist aus dem 1947 geschlossenen GATT-Abkommen hervorgegangen. Dieses hatte das Ziel, Handelshemmnisse abzubauen, insbesondere Zölle. Das wurde dann in immer neuen Runden weiterverhandelt, und der Mechanismus der Meistbegünstigung - Vorteile für einen Partner müssen allen anderen Partnern auch eingeräumt werden - sorgte für eine entsprechende Eigendynamik. Der Verhandlungsgegenstand wurde schließlich immer mehr ausgeweitet. In der Verhandlungsrunde, die 1994 mit dem Vertrag über die Gründung der WTO endete und in die mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die Beseitigung der letzten Schranke eines kapitalistischen Weltmarktes fiel, wurden die Dienstleistungen einschließlich Gesundheits-, Bildungs- und Umweltdienstleistungen einbezogen, Dinge also, die bisher nicht als Handelswaren betrachtet worden waren (General Agreement on Trade in Services, „GATS“).

Und man bezog die Landwirtschaft ein, die bis dahin stark reglementiert und damit zwar bürokratisch bevormundet, aber auch in gewissem Sinne geschützt war. Ziel war ein Weltagrarmarkt mit freier Konkurrenz, was den Druck zur Industrialisierung der Landwirtschaft verschärfte (Agreement on Agriculture). Nur noch bestimmte produktionsentkoppelte Stützungszahlungen sollten erlaubt sein. Ergänzt wurde das durch einen Schutz des geistigen Eigentums, der vor allem auch die kommerzielle Verwertung des Lebendigen forcieren sollte (TRIPS-Abkommen). Derartig weitgehende Veränderungen lassen sich nur durch Schaffung einer starken Autorität mit Durchgriffsrechten erzwingen. Die WTO ist als eine solche Autorität konzipiert, mit einem Schiedsgericht, das große Befugnisse hat.

² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Nikolaus_Coudenhove-Kalergi

Der starke Widerstand gegen die WTO hängt mit der Sorge zusammen, dass die einseitige Freihandelsorientierung der Organisation in Verbindung mit ihrer Mächtigkeit dazu führt, dass die Demokratie ausgehebelt und damit die Mitte des sozialen Organismus schwer beschädigt wird. Kann doch ein demokratischer Entscheid vor dem Schiedsgericht der WTO angefochten werden, wenn er ein „Handelshemmnis“ darstellt. Beispiele gibt es bereits hinreichend. Der demokratische Konsens in Europa, den Import von Hormonmastkalbfleisch nicht zuzulassen, führte zur Klage der USA bei der WTO - und die Kläger erhielten Recht. Faktisch bedeuten solche Entscheidungen, dass man klein beigeben oder mindestens enorme Strafzahlungen in Kauf nehmen muss.

Der WTO-Gipfel von Seattle 1999 wurde zur Stunde der globalen Zivilgesellschaft, die hier erstmals als dritte Kraft auf der Weltbühne in Erscheinung trat und seither von den beiden anderen Kräften - der „Geschäftswelt“ und den Staaten - nicht mehr ignoriert werden kann. Mit Ländern zusammen, die sich überrollt fühlten, brachte diese Bewegung - tendenziell eine soziale Kulturbewegung - die Konferenz zum Scheitern. Ähnliches wiederholte sich 2003 beim Gipfel in Cancun/Mexiko, der den Weg zur erfolgreichen Abschluss der „Doha-Runde“ der WTO-Verhandlungen eröffnen sollte. Stattdessen verhandelt man immer noch bis heute ohne wirkliches Ergebnis. Das liegt vor allem an den Interessengegensätzen in der Agrarpolitik. Denn die USA und die EU fordern zwar den Abbau von Handelshemmnissen von den Ländern des globalen Südens, gehen aber an ihren eigenen Subventionsabbau nur sehr zögerlich heran.

Letztlich ist die Gründung der WTO der institutionelle Schlussstein eines Gebäudes, dessen Errichtung in Bretton Woods mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank begonnen hat. Beides steht, wie auch die Gründung der UNO 1945 in San Francisco, im Kontext mit den bereits angesprochenen Bestrebungen, eine Nachkriegsordnung im Sinne einer neuen Weltordnung zu schaffen. In Bretton Woods wurde der Dollar zur Leitwährung gemacht. Der britische Delegationsleiter J.M. Keynes setzte sich mit seinem Plan einer Weltwährung (des „Bancor“) für den IWF - mit einem Quotenmechanismus, der die finanzielle Solidarität zwischen finanzschwachen und -starken Ländern sichern sollte - nicht durch.

So gerieten Weltbank und IWF schließlich auf den Kurs des Neoliberalismus. Der IWF etwa kaufte nicht nur die Spekulanten in der Peso-Krise Mitte der 90er Jahre frei, er knüpfte seine Hilfen an Bedingungen, die die Wirtschaft der betreffenden Länder in eine ganz bestimmte Richtung drängten. Man macht also etwa die Privatisierung der Wasserversorgung zur Bedingung von Krediten für deren Sanierung usw. Diese sogenannten „Strukturanpassungsprogramme“ werden von der globalen Zivilgesellschaft heftig kritisiert, ebenso wie die Kreditvergabepaxis der Weltbank, deren Chefökonom, der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, zum Dissidenten wurde, der die „Schattenseiten der Globalisierung“ kritisierte. Das Problem des IWF besteht auch darin, dass nach Kapitalanteilen abgestimmt wird, die reichen Länder also schon durch den Abstimmungsmodus das

Sagen haben. Bei der WTO ist das zumindest formal anders geregelt. Viele Forderungen nach einer Reform des IWF setzen an dieser Stelle an.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen genießen als supranationale politische Organisation einen besseren Ruf als die WTO und Organisationen wie der IWF, die im Verdacht stehen, nichts anderes umzusetzen als die Agenda der transnationalen Konzerne. Sind sie doch durch die Deklaration von 1948 auf die Menschenrechte eingeschworen und durch ihre Gründungscharta auf Frieden und Völkerverständigung. Die UNO hat aber eben auch ein Konstruktionsproblem: In ihrem Sicherheitsrat haben Staaten mit einem dubiosen Verhältnis zu den Menschenrechten ein Vetorecht, was dazu führt, dass Machtinteressen doch immer wieder Menschenrechtsinteressen überlagern.

Die Gefahr, dass sich aus der UNO irgendwann eine übermächtige Weltregierung entwickeln könnte, ist sicher nicht ganz aus der Luft gegriffen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch die andere Gefahr, dass die UNO von mächtigen Staaten und Staatengruppierungen geschwächt und allenfalls benutzt wird. Der faktische Zustand ist nach wie vor so, dass die Vereinten Nationen über einen Etat verfügten, der etwa dem des Bundeslandes Berlin entspricht. Die Frage, wo die Eingriffsmöglichkeiten der UNO und ihre Institutionen ausgebaut werden sollten, macht also durchaus Sinn.

Strukturelle Probleme der Europäische Union

Für uns besonders bedeutend ist die Europäische Union. Ihre strukturellen Defizite hängen mit der Konstruktion eines Bundes souveräner Staaten zusammen, in dem aber trotz Souveränität der Einzelstaaten immer mehr Entscheidungen zentralisiert werden. Diese Konstruktion lässt demokratiefreie Zonen entstehen. Ein witziger Journalist hat einmal formuliert, ein Staat, der so strukturiert sei wie die EU, könne nicht deren Mitglied werden - da er die Anforderungen, welche die EU an die demokratische Verfasstheit ihrer Mitgliedstaaten stellt, nicht erfüllen würde. So haben wir nach wie vor ein Parlament ohne volle Parlamentsrechte, eine immer noch ein Stück weit freischwebende Kommission und einen Rat, der eine Legislative aus Vertretern der Exekutiven ist. Machtpolitiker nutzen das zum permanenten „Spiel über die Bande“. Was man im eigenen Land demokratisch nicht durchsetzen kann, das lanciert man in Europa. Ein Beispiel ist die sogenannten Vorratsdatenspeicherung. Dann kommt es als Verordnung oder Richtlinie zurück und muss damit letztlich doch umgesetzt werden. Die Denkweise, die dem zugrundeliegt, was da von oben durchgedrückt werden soll, wurde in der sogenannten Bolkesteinrichtlinie deutlich. Bolkestein - damals als Kommissar für die Wettbewerbsfreiheit im Binnenmarkt zuständig - verfasste eine Dienstleistungsrichtlinie, die den freien Wettbewerb durch das „Herkunftslandsprinzip“ sichern sollte. D.h. für eine Putzfirma aus Polen, die in Deutschland tätig geworden wäre, hätte nicht deutsches, sondern polnisches

Recht gegolten - und damit schwächere Umwelt- und Sozialstandards. Aufgrund des sich bald entwickelnden Widerstandes ist das zwar dann nicht ganz so radikal durchgekommen, aber die Richtung, die von den EU-Eliten angestrebt wird, ist dennoch deutlich.

Mehr Demokratie e.V. hat hervorragende Vorschläge zur Demokratisierung der EU und einer entsprechenden Reform der EU-Institutionen gemacht. Dabei geht es zum einen um das Instrument des Bürgerentscheids in Europa. Zum anderen soll aber auch der Europäische Rat aus einem Organ der Regierungen in eine Kammer der nationalen Parlamente - analog etwa dem deutschen Bundesrat - umgewandelt werden. Auch die Vorschläge der Initiative Netzwerk Dreigliederung für eine Charta der Grundrechte der EU sind immer noch lesenswert, zeigen aber auch, wie weit sich die faktische Entwicklung von solchen zivilgesellschaftlichen Visionen entfernt hat. Das Nein der Franzosen und Niederländer zu dem vorgeschlagenen Verfassungsvertrag hat seinerzeit leider nicht zu einem wirklichen Umdenken bei den Eliten geführt. Die Vorschläge, die 2007 auf der Berliner Konferenz der Zivilgesellschaft für einen Neuanfang

gemacht wurden - demokratisch gewählter Konvent, in seiner Arbeitsweise durchlässig für alle Initiativen von unten, Bürgerentscheid in allen Ländern über das Ergebnis - wurden ignoriert. Stattdessen wurde der Verfassungsvertrag in den sogenannten Lissabon-Vertrag umgeformt und weitere lästige Volksabstimmungen tunlichst vermieden. Das irische Referendum, das man nicht verhindern konnte, ließ man dann wiederholen, als die erste Abstimmung nicht das gewünschte Resultat erbrachte.

Das strukturelle Problem der EU zeigt sich auch an dem als Hort des Neoliberalismus geltenden Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg, der eine Art Verfassungsgericht der EU zu werden droht, das letztinstanzlich entscheidet. Diesen Gerichtshof gab es schon vor dem Maastricht-Vertrag und der politischen Union, damals war er ein reiner Wettbewerbsbehördenhof. Wenn eine solche Institution nun in Grundrechtsfragen mehr zu sagen haben soll als die Verfassungsgerichte der einzelnen Länder, dann ist das nicht hinnehmbar. Das deutsche Grundgesetz etwa ist wirtschaftspolitisch neutral und sieht eine Sozialbindung des Eigentums vor, während auf EU-Ebene dem Wettbewerb geradezu Verfassungsrang zugemessen wird. Das ist eine Konfliktlinie, an der in den nächsten Jahren noch viele Kämpfe um die Grundrechte in Europa ausgetragen werden müssen.

Literaturhinweis

Elke Schenk: Grundfreiheiten gegen Grundrechte? Perspektiven für ein solidarisches und demokratisches EUropa

Der im Internet publizierte Text behandelt fakten- und kenntnisreich strukturelle Probleme der EU und Alternativen. Aus dem Inhalt: Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) - Wirtschaftliche Grundfreiheiten statt Sozialrechte: Rechtliche Grundlagen der Urteile. - Spannungsverhältnis zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten - Meilenstein zur Entfesselung der Standortkonkurrenz: Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1987 - Soziales Europa ohne öffentliche Daseinsvorsorge? - Lissabonvertrag und Grundrechtecharta - Garant für ein soziales Europa? - Bailout der Bänker - eine neue Finanzarchitektur der EU in Sicht? - EU-Beitritt und Binnenmarktintegration: Wege zur sozialen Konvergenz? - Deutschland - Täter oder Opfer? Wer heizt die „Schmutzkonkurrenz“ an? - Zusammenfassung - Schlussfolgerungen - Politische Folgen des Liberalisierungsdrucks - Skizzen für ein solidarisches EUropa nach außen und innen.

„Welche Rechtsnormen sollen Vorrang haben, an die sich abgeleitetes Recht zu halten hat? Das deutsche Grundgesetz bindet in Art. 1 (3) jede staatliche Gewalt (Gesetzgebung, Regierung und Justiz) an die Grundrechte. Nicht so die EU. In seinem Urteil in der Rechtssache Laval erklärte der EuGH, „dass ein Ausschluss der Anwendbarkeit der Grundfreiheiten des EG-Vertrages im Interesse eines effektiven und umfassenden Grundrechtsschutzes auf ein vom Gemeinschaftsrecht nicht vorgesehenes Hierarchieverhältnis hinauslaufen würde“. Diese Auslegung wird mit dem Lissabonvertrag in Beton gegossen. Darin heißt es in Art. 6, die Grundrechte und die Verträge seien ‚rechtlich gleichrangig‘. Über beide wacht der EuGH.“ (S. 7f.)

http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Stuttgart/Grundfreiheiten-vs-Grundrechte-SozEUropa.pdf

Dreigliederung und Global Governance

In den letzten Jahrzehnten hat das Wort „Global Governance“ Furore gemacht. Es soll eine Form der guten Regelung globaler Probleme unterhalb der Schwelle einer Weltregierung bezeichnen. Hinter dieser allgemeinen Orientierung können sich aber natürlich sehr unterschiedliche Konzepte und Handlungsansätze verbergen. „Global Governance“ verlangt letztlich die Entwicklung dreier Formen globaler Kooperation: Netzwerke des geistig-kulturellen Lebens (der von Steiner vorgeschlagene Weltanschauungsbund wäre ein Beispiel für so etwas), Kooperationsstrukturen zwischen den Staaten, die durchaus auch gemeinsame Institutionen zur Durchsetzung der Menschenrechte einschließen würden, und eine wirtschaftliche Vernetzung im Sinne einer kooperativen Ökonomie.³

Entflechtung von Staat, Kultur und Ökonomie bedeutet nicht die Auflösung des Staates. Die Staaten bleiben als Territorialverbände bestehen. Als reine Rechtsstaaten werden sie jedoch als Instrumente von Machtpolitik ausfallen und anders als die „Nationalstaaten“ keine Begehrlichkeiten von Minderheiten, die Mehrheiten, und Mehrheiten, die Minderheiten unterdrücken wollen, erwecken. Die Konflikte von gestern werden dann nicht länger in die Gegenwart projiziert werden können.

³ Vgl. Christoph Strawe: Dreigliederung oder Global Governance? http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Global_Governance.pdf

Verwaltung des Bodens durch das Geistesleben

Der wirtschaftliche Wert des Bodens¹

Rudolf Isler

Was ist Bodenrente?

Dem Boden wird ein wirtschaftlicher Wert zugemessen, den man als Bodenrente oder Grundrente bezeichnet. Weil es diese Bodenrente gibt, kann der Eigentümer einen Pachtzins verlangen. Die Bodenrente wird geradezu als Verzinsung eines Kapitalwertes aufgefasst. Indem man Boden kauft, legt man Geldvermögen im Boden an und erwartet eine Verzinsung, die anderen Kapitalanlagen entsprechen soll. Der Boden hat also einen Kaufpreis. Je stärker dieser Preis schwankt, desto besser eignet sich der Boden als Spekulationsobjekt im Bodenmarkt.

Rudolf Steiner fasste die Bodenrente und den wirtschaftlichen Wert des Bodens anders auf. Er sagte, es komme darauf an, dass der Boden keinen Preis haben dürfe, weil er keine Ware sei und nicht gegen Geld oder andere wirtschaftliche Gegenwerte eingetauscht werden dürfe. Das bedeutet, dass es keinen Boden- oder Grundstücksmarkt geben darf. So klar und umfassend hat dies zu seiner Zeit kein Bodenreformer ausgesprochen. Seither wird es zwar von Schülern Rudolf Steiners oft wiederholt. Wenn man aber nachschaut, was sie im Einzelnen daraus machen, dann bleibt in ihren Konzepten und Empfehlungen immer ein mehr oder weniger großer Rest von Markt. Es erhebt sich daher die Frage, ob man den wirtschaftlichen Wert des Bodens so fassen kann, dass gar nichts von Preis und Markt damit verbunden bleibt.

Viele Wirtschaftstheoretiker wollen den Warencharakter des Bodens nicht aufgeben, weil der Boden im Kreditwesen eine große Rolle spielt. Das enorme Kreditvolumen, das die neuere Wirtschaft für Investitionen benötigt, wird mit Vorliebe gegen Verpfändung des Bodens gegeben. Der Boden kann als Sicherheit

dienen, weil er im Notfall verkauft werden kann. Im Regelfall bietet aber der Erfolg der Unternehmer die reale Sicherheit, weil erwartet wird, dass die Unternehmer die Kredite mit Zinsen zurückzahlen werden. Die Hypotheken bieten nur eine Scheinsicherheit, die durch andere Bankmethoden ersetzt werden muss und kann. Kredite für Unternehmen sind immer mit einem gewissen Risiko verknüpft, weil sie dazu da sind, unternehmerischen Menschen eine Chance zu geben. Wenn ein Unternehmer trotz sorgfältiger Planung scheitert, muss man nicht in jedem Falle das Unternehmen liquidieren, sondern eine geeignete Person suchen, die das Unternehmen führen kann. Kredite sollen ja nur für Projekte gegeben werden, deren Weiterführung sinnvoll ist.

Der Boden als Produktionsfaktor

Ebenso fragwürdig wie der Bodenmarkt sind zwei andere Märkte, die heute im öffentlichen Leben als etwas völlig Selbstverständliches behandelt werden, Es handelt sich um den Arbeitsmarkt und den Kapitalmarkt. Arbeit und Kapital sind genau so wenig Waren wie der Boden.

In den wirtschaftlichen Lehrbüchern werden Boden, Arbeit und Kapital mit Recht als Produktionsfaktoren bezeichnet. Das heißt, darin, dass sie Produktionsfaktoren sind, liegt ihr wirtschaftlicher „Wert“. Sie sind keine fertigen Produkte, sondern sie sind alle drei daran beteiligt, wenn wirtschaftliche Waren und Leistungen hergestellt werden. Erst wenn wir an irgendeinem Ort der Erde unsere Arbeit auf irdische Dinge anwenden und dabei Arbeitshilfsmittel (Kapital) einsetzen, entstehen brauchbare Waren und Leistungen. Die Waren werden durch dieses Zusammenwirken wertvoll. Dass der Boden nicht in dieser Weise hergestellt werden kann, ist der erste Grund dafür, dass er keine Ware ist und keinen Preis haben darf.

Produktionsfaktoren --> Produktion --> Markt

Boden (Natur)
Arbeit
Kapital } -> Warenwerte -> Preisverhältnisse

Dann aber kommt in Bezug auf den Warenwert etwas Zweites dazu. Es kommt nämlich auch noch darauf an, wie begehrt die Waren sind. Das zeigt sich im Markt, wenn die Waren gegeneinander (oder gegen Geld) getauscht werden. Hier zeigt sich, wie wertvoll die verschiedenen Waren im gegenseitigen Verhältnis sind. Die Werte verschiedener Waren werden aneinander gemessen. Die Marktpreise drücken nicht den inneren Wert, die reale Brauchbarkeit der einzelnen Waren aus, sondern immer nur die Wertverhältnisse zwischen den verschiedenen Waren. Die Preise sagen z.B.: Ein Paar Schuhe ist so viel wert wie so und so viele Liter Milch usw. Die Aussage jedes einzelnen Preises ist das Verhältnis dieses Preises zu allen anderen Preisen.

Obwohl sich die Preise durch die Marktvorgänge ergeben, müssen wir sie nicht nur passiv hinnehmen, sondern wir können und müssen sie auch vernünftig beurteilen. Die Preise müssen so hoch sein, dass die Hersteller und Verkäufer der Ware oder Leistung so lange leben

¹ Dieser Text setzt die Betrachtung des Autors zur Bodenfrage in Heft 4/2009 der Sozialimpulse fort.

können, bis sie wieder eine entsprechende Ware oder Leistung hervorgebracht haben und verkaufen können. Rudolf Steiner bezeichnete diese Beurteilungsüberlegung als „wirtschaftliche Urzelle“.² Eine solche Beurteilung ist beim Boden nicht möglich, weil der Boden nicht hergestellt werden kann. Wenn man Boden kauft oder pachtet, erwirbt man nicht eine Ware, sondern ein Nutzungsrecht. Rudolf Steiner wurde in diesem Zusammenhang nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Rechte nicht gegen Waren getauscht, also nicht gekauft werden dürfen.

Eine Frage der Allgemeinbildung

Aber auch wenn der Boden keinen Preis hat, so hat er doch einen wirtschaftlichen Wert! Fruchtbarer Boden in günstigem Klima ist wertvoller als eine steile, magere Bergweide. Diesen Wert drückt man aus in der Bodenrente. Die Bodenrente oder Grundrente ist offenbar ein wichtiger Begriff, wenn man mit der Bodenfrage klar kommen will. Rudolf Steiner hat sich dazu radikal geäußert. Im Vortrag vom 16. Februar 1919 bemängelte er die einfachste, allgemeine Schulbildung: „Es dürfte heute schon bald den Menschen klar werden, dass man nicht bloß wissen soll, um ein halbwegs gebildeter Mensch zu sein, dass drei mal neun siebenundzwanzig ist, sondern dass man auch wissen sollte, was denn eigentlich zum Beispiel das Ding ist, das man ‚Grundrente‘ nennt. Nun frage ich Sie, wie viele Menschen heute eine deutliche Vorstellung haben von dem, was Grundrente ist.“³

In wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern wird die Bodenrente meistens mit marktwirtschaftlichen Überlegungen definiert, z.B.: „Als Rente bezeichnet man Zahlungen, die für die Nutzung von Produktionsfaktoren mit vollkommen unelastischer (fixer) Angebotsmenge zu leisten sind.“⁴ Tatsächlich ist Boden ein Produktionsfaktor, und die angebotene Menge ist unelastisch; Boden lässt sich nicht herstellen und vermehren. Je mehr Pächter Boden suchen, desto höher kann der Pachtzins angesetzt werden, sofern der Staat nicht eingreift. Es findet ja in jedem Markt eine Art Kräfteressens statt zwischen den Anbietern und den Nachfragern. Die

Anbieter sind beim Boden in der stärkeren Position, weil die vielen Nachfrager sich gegenseitig verdrängen wollen. Die Nachfrager werden die Preissteigerung so lange akzeptieren, als sie den Pachtzins noch für finanzierbar halten. Eine ähnliche Gesetzmäßigkeit gilt für den Kaufpreis. Die Käufer überlegen sich, ob die Bodenrente (z.B. der Pachtzins) und allfällige Preissteigerungen eine mindestens ebenso hohe Verzinsung des eingesetzten Kapitals ermöglichen werden wie bei anderen Kapitalanlagen.

Wenn die Bodenrente so definiert wird, ist sie ein Ergebnis der Auseinandersetzungen am Markt, also ein Preis. Liegt diesem Preis auch ein Wert zu Grunde, wie bei den Waren und Leistungen? Ein neueres Lehrbuch meint: „Boden für sich allein hat noch keinen wirtschaftlichen Wert.“⁵ Der Autor fährt dann aber fort: „Je besser der Boden geeignet ist für die Produktion und den Verkauf von Gütern, für den Tourismus, zur Vermietung von Büros und Wohnungen usw., desto höher ist die Bodenrente.“ Das heißt doch nichts anderes als: Der Boden wird wertvoll, wenn etwas damit gemacht wird. Dann bringt er eine Bodenrente. Wie kann man die Höhe dieser Bodenrente ermitteln?

Wenn auf zwei verschiedenen Böden, in verschiedener Lage, genau gleich viel Arbeit und gleich viel Kapital eingesetzt werden, kann der Ertrag ganz unterschiedlich sein, und zwar nicht nur bei landwirtschaftlicher Nutzung, sondern auch bei jeder anderen. Dieser Unterschied ist dem Boden, dem Standort, der Verkehrslage usw. zuzuschreiben. Der Gesamtertrag, der auf einem Stück Boden erwirtschaftet werden kann, besteht daher aus drei Teilen, einem Teil, der aus der Arbeit hervorgeht, einem Teil, der dem Kapital zuzuschreiben ist, und einem Teil, den der Boden selbst hervorbringt, eben der Bodenrente. Wie hoch sind diese Teile, wie hoch ist insbesondere die Bodenrente? Rechnerisch geht man meistens so vor, dass man vom Gesamtertrag die Arbeitskosten und die Kapitalkosten abzieht. Die Arbeitskosten sind durch den „Arbeitsmarkt“ bestimmt, die Kapitalkosten durch den Kapitalmarkt. Die Bodenrente wird indirekt ermittelt als Rest, der übrig bleibt. Andererseits hat der unbearbeitete Boden selber einen Preis, dessen Höhe sich aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ergibt. Die beiden Werte passen rechnerisch nicht zusammen. Beide sind darauf zurückzuführen, dass wir den Wert des Bodens und die Bodenrente in Geld beziffern wollen. Das scheint

² Unter anderem in GA 23, S. 131 f., GA 79, S. 261, GA 337b, S. 226

³ Rudolf Steiner: Die soziale Frage als Bewusstseinsfrage, GA 189, S. 36. Vgl. auch GA 328, S. 123.

⁴ Paul A. Samuelson, William D. Nordhaus: Volkswirtschaft. Übersetzung der 15. Auflage aus dem Amerikanischen, Wien 1998.

⁵ Bernhard Beck: Volkswirtschaft verstehen. 4. Auflage Zürich 2005.

Die Eingrenzung der Marktwirtschaft

Produktionsfaktoren

Waren und Leistungen werden hergestellt, indem

1. Boden (Natur) genutzt wird,
2. Arbeit geleistet wird,
3. durch Kapital die Arbeit produktiver gemacht wird.

Bereich des „Schenkens“

Markt

Waren und Leistungen werden durch Tausch bewertet.

Bereich des Kaufens

Ertrag

Verteilung des Gewinns (ohne betriebliche Rückstellungen)

1. private Einkommen,
2. soziale Fürsorge,
3. Spenden für Kultur

Bereich des „Schenkens“

der grundlegende Fehler zu sein. Es gibt ja Böden, die keine in Geld bezifferbare Bodenrente erbringen, obwohl sie durchaus nicht nutzlos sind. Wenn nämlich auf einem Boden die Menschen so viel und so erfindungsreich wie nur möglich arbeiten und dabei gerade noch existieren können, dann ist die als Kapitalverzinsung aufgefasste Bodenrente gleich Null. Trotzdem ist dieser Boden nicht „wertlos“, denn in einer geringen Masse ist er durchaus produktiv.

In dem bereits zitierten Vortrag erläuterte Steiner den Begriff des Bodenwertes mit einer Formulierung, die man als kompliziert und umständlich empfinden kann: „Der Boden ist nach seiner Produktivität, das heißt nach der Art oder nach dem Grad der rationellen Ausnützung gegenüber der Gesamtwirtschaft so und so viel wert. Für die Menschen ist es heute sehr schwierig, diesen einfachen Bodenwert als klaren Begriff zu denken, weil sich im heutigen Wirtschaftsleben der Kapitalzins oder das Kapital überhaupt konfundiert hat mit der Bodenrente, weil an Stelle des wirklichen volkswirtschaftlichen Wertbegriffes der Bodenrente durch das Hypothekenrecht, das Pfandbriefwesen, das Obligationenwesen ein Truggebilde getreten ist. Es ist im Grunde genommen alles in unmögliche, unwahre Vorstellungen hineingetrieben worden. Es ist natürlich nicht möglich, im Handumdrehen eine reale Vorstellung von der Grundrente zu bekommen. Aber denken Sie sich einfach als Grundrente den volkswirtschaftlichen Wert des Grund und Bodens eines Territoriums mit Bezug auf seine Produktivität.“

Begrenzung der Marktwirtschaft

Steiner fordert damit für den Boden den Begriff eines wirtschaftlichen Wertes, der sich nicht in Geld ausdrücken lässt. Wir denken wirtschaftliche Werte unwillkürlich als Preise, und es ist schwierig, sich das abzugewöhnen. Man glaubt, man verlasse den sicheren Boden, wenn man etwas nicht in Zahlen erfassen kann. Wir denken uns den Ertrag des Bodens als Zins für das beim Kauf in den Boden hineingesteckte Kapital. So lange wir von dieser Idee nicht loskommen, werden wir den Boden immer als eine käufliche Ware definieren. Kapitalzins, Pachtzins, Mietzins - alle haben den gleichen Namen, und wir denken uns jeden Zins als Preis, dessen Höhe sich durch marktwirtschaftliche Vorgänge ergibt. Märkte sind natürlich in der Wirtschaft von größter Bedeutung, aber wir müssen die Gültigkeit der Marktwirtschaft begrenzen. Außerhalb dieser Grenzen steht auf der einen Seite der Bereich der Produktionsfaktoren, die der eigentlichen Leistung und Produktion in der Wirtschaft vorangehen. Auf der anderen Seite des Marktgebietes ist das Gebiet der Ertragsverteilung.

Der Begriff des Schenkens ist in diesem Schema sehr weit gefasst. Es gehören alle wirtschaftlichen Leistungen dazu, denen keine Gegenleistung gegenübersteht, die also kein Tausch und kein Kauf sind. Heute werden Arbeit und Lohn marktwirtschaftlich miteinander verbunden. Das tun wir, weil wir meinen, die Menschen wären nicht bereit, etwas zu leisten, wenn sie nicht dafür bezahlt würden. Wenn wir aber eine Arbeit ausführen, leisten wir sie zunächst, weil sie für die

Menschheit notwendig ist. Das ist der reale, in Zahlen nicht fassbare wirtschaftliche Wert der Arbeit. Wenn auf der anderen Seite das private Einkommen nicht als Preis für die Arbeitsleistung angesehen wird, sondern wenn es aus einer vertraglich geregelten Verteilung des Unternehmensgewinns hervorgeht, werden Arbeit und Einkommen insofern getrennt, als sie beide einseitige Akte, das heißt Schenkungen ohne Gegenleistung sind. Wie das im Einzelnen gemacht werden kann, kann man zum Beispiel in Kollegien von Rudolf Steiner Schulen konkret studieren.⁶ Den Wert der Arbeit, der sich nicht mit einer Gegenleistung messen lässt, kann man Produktivitätswert nennen, um ihn vom Warenwert abzugrenzen. Einen solchen Produktivitätswert haben auch Boden und Kapital als Produktionsmittel. Wenn sie nach dem gleichen Prinzip wie die Arbeit behandelt werden, bedeutet das, dass sie den Unternehmungen durch einen einseitigen Akt, ohne Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch der Ertrag des Kapitals und des Bodens sind im Gesamtertrag ununterscheidbar enthalten und werden nach Gesichtspunkten verteilt, die nicht mit der Herkunft verknüpft sind.

Die Einführung des Begriffes Produktionswert im Gegensatz zu Warenwert kann einen zunächst sehr befriedigen. Es ist aber damit wenig geleistet, denn die Gefahr ist groß, dass wieder gefragt werden wird: Wie hoch ist dieser Produktivitätswert? Darauf muss man antworten: Er ist nicht in Geld zu beziffern, sondern zu beschreiben, zum Beispiel so: Der Boden eignet sich für die Produktion von so und so viel Dezitonnen Roggen oder Weizen pro Hektar. So entsteht ein konkreter, anschaulicher und lebendiger Wertbegriff. Aber in der Wissenschaft liebt man lebendige, beschreibende Begriffe nicht, man will überall Zahlen sehen!

Reformideen

Zur Zeit Rudolf Steiners lagen schon mehrere bodenreformerische Ideen vor. Ich greife zwei wichtige heraus; ihre Grundgedanken traten später immer wieder auf:

Der Amerikaner Henry George (1839 - 1897) sah im privaten Einkommen, das man aus Bodeneigentum ziehen kann, das Grundübel aller sozialen Ungerechtigkeit überhaupt. Er untersuchte, wie sich der Wirtschaftsertrag auf die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital verteilt. Den Einkommensanteil der Arbeit und des Kapitals hielt er für berechtigt. Die private Aneignung der Bodenrente dagegen hielt er für ein Unrecht. Er schlug vor, diese durch eine staatliche Steuer vollständig abzuschöpfen, und er glaubte, durch diese Steuer als „Single Tax“ könnten alle anderen Steuern ersetzt werden. Sein Buch „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Armut, 1879) war am Ende des 19. Jahrhunderts in Amerika sehr erfolgreich. Die Ein-Steuer-Bewegung konnte sich aber nirgends durchsetzen. In Europa wurde sie durch den marxistischen Sozialismus verdrängt. Dieser verlangte, dass der Boden entschädigungslos durch den Staat enteignet werden müsse.⁷

⁶ Siehe dazu meinen Aufsatz „Arbeit und Einkommen trennen“ im Nachrichtenblatt der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft 33-34/08 und 35/08

⁷ Werner Onken: Henry George - ein Sozialreformer des Gedankens und der Tat. Fragen der Freiheit Heft 245, Dezember

Silvio Gesell (1862 - 1930) wollte mit seinen Vorschlägen für eine „Natürliche Wirtschaftsordnung“ die Kapitalspekulation und die Bodenspekulation gleichzeitig beseitigen. Er schlug vor, der Staat solle den gesamten Boden gegen Entschädigung enteignen und dann meistbietend wieder verpachten. Die Gesetze des Marktes würden dazu führen, dass die Pachtzinse sich auf der Höhe der Bodenrente einpendeln würden. Gesell empfahl aber auch eine regelmäßig wiederkehrende Bodenrentenschätzung alle 3, 5 oder 10 Jahre. Es war sein Anliegen, dass in jedem Fall die gesamte Bodenrente dem Staat zufließe, auch bei der Übertragung von Bauland durch Erbbaurechtsverträge, bei denen der Baurechtsnehmer Eigentümer der Gebäude ist und diese, wenn er das Land weitergibt, verkauft. Aus den Pachteinnahmen könnte der Staat die Entschädigung für die Enteignungen finanzieren. Der Staat würde auf diese Weise nach und nach den gesamten Boden freikaufen. Wenn die Entschädigungen einmal abbezahlt sind, ist aus der Bodenrente den Müttern Geld zu geben, damit sie ihre Kinder ernähren und erziehen können, ohne von ihren Männern abhängig zu sein. Gesell hat seine Ideen in vielfältige Zusammenhänge hineingestellt, die er sorgfältig untersuchte und in lebendiger Sprache beschrieb. Es lohnt sich auch heute, seine Originaltexte zu lesen.⁸

Bei George und bei Gesell bleibt die Bodenrente als solche bestehen, sie wird aber nicht mehr von den privaten Bodeneigentümern vereinnahmt, sondern vom Staat.

Wurde Rudolf Steiner verstanden?

An diesem Punkt setzte Rudolf Steiner (1861 - 1925) mit seiner Kritik ein. Seine Gedanken sind viel umwälzender. Er stellte den Boden in sein Konzept der Dreigliederung des sozialen Organismus hinein. Der Boden darf nicht im Wirtschaftsleben verwaltet werden, weil die Wirtschaft für alles einen Markt einrichtet. Der Markt ist das natürliche Verteilprinzip der Wirtschaft. Sie macht alles zur Ware und gibt ihm einen Preis. Weil der Besitz von Boden aber keine Ware ist, sondern ein Nutzungsrecht, müssen die Grundlagen der Bodenverwaltung im Rechtsleben geschaffen werden. Der Boden gehört zunächst allen Menschen, weil sie alle die gleiche Daseinsberechtigung haben. Weil aber nicht alle den Boden in gleicher Weise nutzen können und wollen, müssen von allen betroffenen Menschen rechtliche Regeln für die Zuteilung des Bodens gemeinsam vereinbart werden. Das Festlegen dieser Regeln ist eine Rechtsfrage. Bei der konkreten Zuteilung des Bodens in jedem Einzelfall geht es um individuelle Fähigkeiten und Bedürfnisse. Sie ist daher eine Aufgabe des Geisteslebens. In jedem Einzelfall muss der Boden im Rahmen der rechtlichen Regeln so verteilt werden, dass er denjenigen zugute kommt, die ihn benötigen und als Produktionsfaktor für die Wirtschaft sinnvoll verwenden. Zwei Voraussetzungen müssen bei den Benützern des Bodens beachtet werden: die im Einzelfall nötigen

fachlichen Fähigkeiten und der Wille, diese für das Wohl der Menschheit einzusetzen.

Die Schüler und Nachfolger von Steiner haben viele seiner Gedanken übernommen und aktualisiert. Sehr gründlich befasst sich Udo Herrmannstorfer damit.⁹ Er geht davon aus, dass die Neuordnung des Bodenrechtes durch eine Gesetzesänderung vorgenommen werden soll. Sie gilt vom Tage der Gültigkeit des neuen Gesetzes an für den gesamten Boden eines Staates. Grund und Boden werden unverkäuflich. Sie „werden ... in Gesellschaftseigentum überführt.“ (S. 81) Man könnte auch sagen: die Käuflichkeit des Bodens als heute gültige Eigenschaft des Eigentumsrechts verschwindet, denn auch die Gesellschaft darf Boden nicht mehr verkaufen. Das Bodeneigentum wird nicht abgeschafft, bedeutet aber von jetzt an etwas anderes, nämlich ein umfassendes, aber zeitlich begrenztes Nutzungsrecht. Die allgemeine Enteignung wird so gestaltet, dass der bisherige Eigentümer automatisch Eigentümer im neuen Sinne wird. Interessant ist die Formulierung: „Die weitere Eigentumsübertragung kann jeweils durch den bisherigen Eigentümer selbst erfolgen. Eine gesellschaftliche Einrichtung, die den Boden verwaltet, greift nur ein, wo noch kein Erstnutzer bestellt ist (unbebautes Land), oder wo der bisherige Eigentümer selbst keinen Nachfolger gestellt hat oder wo übergeordnete gesellschaftliche Gesichtspunkte geltend gemacht werden müssen.“ Häuser können im Gegensatz zum Boden, auf dem sie stehen, verkauft werden. „Das Nutzungseigentum am Boden folgt automatisch dem Eigentum der Bebauung.“ (S. 82)

Bei der Entschädigung für Enteignungen handelt es sich um die Rückerstattung von tatsächlich geleisteten Aufwendungen, die nach gültiger Rechtsordnung erlaubt waren. Nur diese Aufwendungen sind zu entschädigen, nicht etwa der gegenwärtige Verkehrswert des Bodens.¹⁰ Auch Herrmannstorfer befürwortet also eine Nutzungsabgabe, die aber nicht durch Gesetzmäßigkeiten des Marktes, sondern nach vernünftigen sozialen Gesichtspunkten festgelegt wird. Dadurch kann und wird sie stark in die sozialen Verhältnisse eingreifen. Landwirtschaft, Mehrfamilienhäuser und gemeinnützige Einrichtungen können begünstigt werden. Sparsamer Umgang mit dem Boden soll belohnt werden. Unbebautes Bauland wird nicht über lange Zeiträume gehortet, weil die Abgabe entrichtet werden muss; das ungenutzte Land kostet. „In besonderen Situationen

⁹ Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital. Stuttgart 1991. S. 69 ff.

¹⁰ Eine Entschädigung ist auch dann angebracht, wenn für einen Bauern der Hof die Altersversorgung bedeutet. Diese muss, wenn er den Hof verschenkt, auf andere Weise gesichert werden. Man muss dabei aber nicht unbedingt an einen Kaufvorgang denken, denn die Altersversorgung ist nicht ein Geltendmachen von Eigentumsansprüchen. Vermögen anzusammeln für das Alter ist eine Fiktion, die aber heute allgemein als eine Realität genommen wird. Man kann überhaupt nicht für sein eigenes Alter vorsorgen, so wenig wie man für die eigene Krankheit oder für den eigenen Schaden vorsorgen kann. Wer heute in der Wirtschaft etwas leistet, muss für die nicht leistungsfähigen mit sorgen. Wer alt ist und eine Rente bekommt, wird von denen ernährt und gepflegt, die dann dazu in der Lage sind. Es ist kein direkt verbundenes Geben und Nehmen, sondern ein einseitiges wohlwollendes Geben und ein einseitiges dankbares Bekommen, es sind also eigentlich Schenkungsakte. Das ganze heutige Versicherungswesen verdeckt diese Verhältnisse und muss durch eine geordnete Schenkungswirtschaft ersetzt werden.

1997, auch zu finden in www.geldreform.de.

⁸ Silvio Gesell: Gesammelte Werke, 18 Bände, insbesondere Band 9: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, Lütjenburg 1991.

wäre es sogar möglich, die Höhe der Nutzungsabgabe im Sinne einer öffentlichen Ausschreibung meistbietend zu bestimmen.“ (S. 84) Mit diesem Satz schließt sich Herrmannstorfer für diese besonderen Fälle an die Vorschläge von Silvio Gesell an, wonach die Bodenverteilung durch Marktkräfte bestimmt wird. Es könnte sich um Grundstücke handeln, die bisher keinen Nutzer hatten.

Die Nutzungsabgabe sollte, nach Herrmannstorfer, den Menschen zugute kommen, die durch Sozialhilfe etc. unterstützt werden müssen. Dies kann aus der Überlegung abgeleitet werden, dass der Boden allen Menschen gehört, dass ihn aber nicht alle in gleicher Weise nutzen können. Durch diese Zweckbestimmung ersetzt die Boden-Nutzungsabgabe einen Teil der für soziale Aufgaben notwendigen Steuereinnahmen.

Wer soll die Verteilung des Bodens verwalten? Herrmannstorfer schlägt dafür öffentlich-rechtliche Körperschaften vor, deren Bürger-Vertreter in gesonderten Wahlen demokratisch legitimiert werden. Sie würden in den Gemeinden den Gemeindeverwaltungen als Institutionen der Bürger-Selbstverwaltung gegenüberstehen.

Christoph Strawe, der sich an die Vorschläge von Herrmannstorfer anschließt, argumentiert: „Da aber jede Nutzung zugleich andere von der Nutzung eben dieses bestimmten Stücks Erde ausschließt, erfordert die Gleichheitsforderung eine Kompensation, einen gerecht bemessenen Nutzungsausgleich.“¹¹

Als die DDR 1989 zu existieren aufhörte, schickte das seit 1957 bestehende „Seminar für freiheitliche Ordnung“¹² im Frühling 1991 Vorschläge an 6000 Gemeinden in der DDR. Es wurde darin vorgeschlagen, den Boden nicht zu verkaufen, sondern im Erbbaurecht zu vergeben. Durch den Erbbaurechtszins sollte die Bodenrente in voller Höhe abgeschöpft werden. Für bereits bestehendes Privateigentum an Grund und Boden machte das Seminar zu Händen des Bundestages den Vorschlag, die Bodenrente durch Grundsteuern ebenfalls in vollem Umfang abzuschöpfen. Wenn der Boden keinen Zins mehr bringt, sinkt auch der Kapitalwert gegen Null, so dass man ihn praktisch nicht mehr verkaufen kann. Auch diese Vorschläge gehen von der marktwirtschaftlichen Definition der Bodenrente aus und empfehlen, durch eine Änderung der Gesetze den privaten Nutzern die Bodenrente im Voraus zu entziehen.

In den genannten Reformvorschlägen sind zwar die Details unterschiedlich und interessant. Es ist aber allen Vorschlägen, auch denen von Schülern und Nachfolgern Rudolf Steiners gemeinsam, dass sie den Bodeneigentümern die Bodenrente im Voraus wegnehmen wollen und dass dafür allgemeingültige

11 in der Zeitschrift „Sozialimpulse, Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus“ Nr. 2/07 S. 8.

12 www.sfo.de. Das Konzept des Seminars zur Reform der Bodenordnung ist abgedruckt in „Eigentum, die Frage nach der Soziabindung des Eigentums an Boden und Unternehmen“, Sozialwissenschaftliches Forum Band 5, Stuttgart 2000. Diesbezügliche Aufsätze von Jobst von Heynitz und Roland Geitmann in dem gleichen Band.

Grundzüge eines neuen Bodenrechts*

Udo Herrmannstorfer

1. Ziel

Grund und Boden sind unverkäuflich. Die Übertragung von Grund und Boden erfolgt kaufpreislos. Nicht berührt davon ist die Käuflichkeit der Bebauungen.

2. Nutzungseigentum

Grund und Boden werden zu diesem Zweck in Gesellschaftseigentum überführt. Dieses soll jedoch so gestaltet werden, dass der jeweilige Nutzer wie ein bisheriger Eigentümer gestellt wird, mit Ausnahme der Kaufpreiserhebung bei Nutzungsaufgabe. Diese Eigentumsform könnte man Nutzungseigentum, Treuhandigentum oder ‚Eigentum im sozialen Fluss‘ nennen. Es werden demokratisch legitimierte Organe gebildet, die die Eigentumsrechte der Gesellschaft wahrnehmen.

3. Übertragung des Eigentums

Der bisherige Eigentümer wird automatisch neuer Eigentümer. Die weitere Eigentumsübertragung kann jeweils durch den bisherigen Eigentümer selbst erfolgen. Eine gesellschaftliche Einrichtung greift nur ein, wo noch kein Erstsutzer bestellt ist (unbebautes Land) oder wo übergeordnete gesellschaftliche Nutzungsgesichtspunkte geltend gemacht werden müssen. Das Nutzungseigentum am Boden folgt automatisch dem Eigentum der Bebauungen.

4. Entschädigung

Die bisherigen Eigentumsrechte werden in der Höhe der tatsächlichen Anschaffungskosten entschädigt, wobei für Altbesitz Mindestregelungen getroffen werden können. Die Entschädigungsleistung ist vorrangig zum Abbau vorhandener Grundpfandrechte zu verwenden. Die Banken stellen die Rückflussmittel ihrerseits den Einrichtungen zur Verfügung, die die Entschädigungsleistungen zu erbringen haben.

5. Nutzungsabgabe

Für die Überlassung des Bodens wird eine Nutzungsabgabe festgelegt, deren Höhe an sozialen Gegebenheiten und Notwendigkeiten orientiert werden kann. Die Nutzungsabgabe sollte für bestimmte soziale Aufgaben zweckgebunden werden, sie soll keine allgemeine Finanzierungsquelle staatlicher Einrichtungen bilden.

6. Finanzierung der Entschädigung

Die Entschädigungsleistung wird bis zur völligen Tilgung aus der Nutzungsabgabe finanziert. Danach kann die Nutzungsabgabe völlig frei von Kostenüberlegungen festgesetzt werden.

7. Wirkung

Mit der Verabschiedung des Bodenrechtes würde der Boden sofort kaufpreisfrei. Durch die Wirkung der Entschädigungsleistung bliebe jedoch die Bodenbelastung in bisheriger Höhe bis zu ihrer Tilgung praktisch bestehen. Die Wirkung käme dem Einfrieren der Bodenpreise gleich. Die Entschädigung bedeutet in Wirklichkeit eine erneute Umverteilung. In einer Generation könnte jedoch der Boden von den Kaufpreisbelastungen befreit sein. Die Länge des Tilgungszeitraumes ist für die Wirksamkeit der Maßnahme fast ohne Belang. [...]

*) Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. 3. Aufl. Stuttgart 1997, S. 99-101.

Gesetze geschaffen werden sollen. Wer Boden nutzen will, muss mit einer Nutzungsabgabe oder Nutzungsgebühr rechnen, ganz ähnlich wie der Pächter mit dem Pachtzins rechnen muss. Damit ist der Preis des Bodens nicht abgeschafft, sondern er wird so gut wie möglich abgeschöpft und der Allgemeinheit zugeführt.

Kapital für das Freikaufen von Boden

Dieses Vorgehen bietet einen großen Vorteil. Es kommt Kapital zusammen, mit dem immer weiter Boden freigekauft werden kann. Nicht nur der Staat, sondern auch private Institutionen können das tun. Ich erwähne die in der Schweiz, in Deutschland und in anderen Ländern tätige Stiftung Edith Maryon.¹³ Sie wurde 1990 gegründet und ist Eigentümerin vieler landwirtschaftlicher, gewerblicher und Wohnliegenschaften, die sie an Menschengruppen verpachtet, welche sich möglichst weitgehend selbst verwalten. In Basel sind sechs Vollzeit-Mitarbeiter tätig, die dank ihrer großen Erfahrung professionell arbeiten. Geschäftsführer ist Christoph Langscheid, einer der Begründer dieser Stiftung. In Berlin hat die Stiftung sechs Liegenschaften, die durch die Allmendia GmbH verpachtet werden.

Bei Wohnhäusern vermietet die Stiftung die Wohnungen nicht in der üblichen Weise, sondern die Mieter übernehmen Eigentumsrechte und -pflichten. Dafür müssen sie sich organisieren, indem sie einen Hausverein gründen. Sie kümmern sich um Reparaturen und Renovationen und schlagen nach Möglichkeit neue Mieter vor, die sie selbst auswählen. Für die Höhe des Mietzinses ist nicht einfach der Wohnungsmarkt maßgeblich, sondern es wird von realen Kosten ausgegangen. Dazu kommt noch eine „Nutzungsgebühr“, die in die Miete eingerechnet wird, damit Kapital für neue Projekte gebildet werden kann. Die Mieter sind bereit, diese Nutzungsgebühr zu bezahlen, so lange die Miete im Rahmen des Wohnungsmarktes bleibt. Die Stiftung Edith Maryon ist ein Beispiel für viele ähnliche und erfreuliche Bestrebungen. Das Freikaufen hat allerdings zur Folge, dass die Landverkäufer zu Geldvermögen kommen. In den meisten Fällen wäre es sozial besser, wenn diese Geldvermögen in kulturelle und soziale Werke geschenkt werden könnten. Das Freikaufen von Land hat so lange Bedeutung, bis aller Boden freigekauft oder geschenkt ist.

Ein durch ein neues gesetzliches Bodenrecht eingeführtes Nutzungseigentum wäre durchaus einfach in der Umsetzung. Die besten Unternehmer kämen zum Zuge. Für ihre Auswahl gäbe es eine marktwirtschaftliche Variante: Die Nutzungsgebühr wird so hoch angesetzt, dass die ganze betriebswirtschaftlich erreichbare Bodenrente abgeschöpft wird. Das ist der Fall, wenn man es so macht, wie es schon Silvio Gesell vorschlug: dass der Boden meistbietend verpachtet wird. Die Anwendung des marktwirtschaftlichen Prinzips kann aber auch eingeschränkt werden, indem die Bewerber zum Beispiel von der Gemeinde nach anderen

Gesichtspunkten ausgewählt werden. Solange es aber eine Nutzungsgebühr gibt, bleibt ein Rest von Marktwirtschaft wirksam. Die Nutzungsgebühr ist für den Nutzer ein Kostenfaktor, durch den die Bodenrente im Voraus abgeschöpft wird.

Auch andere der Dreigliederung Rudolf Steiners nahe stehende Autoren, die den Boden unverkäuflich machen wollen, sehen in der Nutzungsgebühr eine dauerhafte Lösung der Bodenfrage. So schreibt der dem Seminar für freiheitliche Ordnung nahe stehende Jurist Eckhard Behrens: „Es ist wirtschaftlich möglich, dem Boden den Kapitalwert vollständig zu nehmen, indem man den Bodeneigentümern die Bodenrente entzieht... Der Zugang zum Boden würde erleichtert, wenn dazu kein Kapitalaufwand mehr erforderlich ist. Wohl aber bedürfte es der Fähigkeit des Erwerbers, eine Abgabe in Höhe der Bodenrente zu erwirtschaften. Warum? Nun, niemand soll künftig den Boden horten, deshalb muss die Rente auch dann abgeliefert werden, wenn man den Boden gar nicht oder unzureichend nutzt. Wer aber den Boden gut nutzt, hat die notwendigen Erträge, die Rente zu bezahlen. So wandert der Boden zum besten Wirt; das ist gesamtwirtschaftlich wünschenswert. Und so wird auch dem Allgemeininteresse gedient, denn wegen der Knappheit des Bodens soll die bestmögliche Bewirtschaftung erreicht werden.“¹⁴ Auch diese Argumentation ist durchaus marktwirtschaftlich, denn auch bei der heutigen Käuflichkeit des Bodens sagt man, sie Sorge dafür, dass der Boden zum besten Wirt wandere.

Die Bodenrente in der Verteilung des Wirtschaftsertrags

Steiner betonte wiederholt, dass Bodenrente immer entstehe und durch keine Maßnahmen, wie Steuern und dergleichen, zum Verschwinden gebracht werden könne. Wenn das so ist, kommt es darauf an, wie und wozu die Rente verwendet wird. Wozu ist die Rente da? „Bei der Rente handelt es sich darum, dass die Welt ohne Rente gar nicht leben kann, denn von der Rente im weitesten Sinn muss das ganze geistige Leben, Erziehung, Unterricht und alles (?) erhalten werden, und außerdem müssen die nicht arbeitsfähigen und kranken Menschen, die alten Menschen und dergleichen eigentlich aus der Rente erhalten werden.“¹⁵ Der Satz ist ein wenig holprig. Er entstammt einem Stenogramm und ist vermutlich fehlerhaft. Inhaltlich ist er aber verständlich und passt gut in die ganze Denkweise Steiners. Das geistige Leben muss wirtschaftlich dadurch ermöglicht werden, dass wir dafür aus freier Einsicht Geld zur Verfügung stellen. Es handelt sich dabei nicht um einen Kauf, sondern um freie Schenkungen aus Einsicht in die Notwendigkeit und den Bedarf. Ähnlich ist es beim Lebensunterhalt (beim Einkommen) der Menschen, die nicht produktive Arbeit leisten können. Diese Bedürfnisse werden heute zu einem großen Teil aus Steuergeldern des Staates finanziert, also auch nicht durch Kauf, sondern durch eine „Zwangsschenkung“. Mit diesem

¹³ Edith Maryon (1872 - 1924) war eine englische Bildhauerin, die mit Rudolf Steiner auf künstlerischem und sozialem Gebiet eng zusammenarbeitete. 1919 übersetzte sie das Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage“ im Jahr des Erscheinens ins Englische.

¹⁴ in der Zeitschrift „Das Goetheanum“ Nr.9/2008 S. 8 f.

¹⁵ Rudolf Steiner: Entwicklungsgeschichtliche Unterlagen zur Bildung eines sozialen Urteils, GA 185a, Seite 59.

treffenden Wort charakterisierte Rudolf Steiner die staatlichen Steuern.

Jede Rente hat die Eigenschaft einer Schenkung. Das ergibt sich schon aus dem Begriff. Herrmannstorfer umschreibt ihn so: „Volkswirtschaftlich nennt man einen Ertrag, der ohne Gegenleistung erzielt wird, eine Rente.“¹⁶ Nun gibt es Renten, bei denen man auf die Herkunft und Entstehung blickt: die Bodenrente und die Rentenpapiere (= Anleihen). Sie geben, wenn der Eigentümer sie für sich beansprucht, ein Einkommen ohne Gegenleistung. Auf der anderen Seite gibt es Renten, bei denen man auf die Empfänger schaut, die Alters- und Invalidenrenten. Sie sind Einkommen, für das keine Gegenleistung verlangt wird. Bei jeder Rente sind Herkunft und Ziel logisch getrennt und nicht verbunden. So muss man auch bei der Bodenrente die Herkunft sorgfältig von dem Zweck, für den sie da ist, unterscheiden.

- Die Herkunft erfasst man mit der Umschreibung: Bodenrente ist der „Wert“ des Bodens als Produktionsfaktor. Ihre Verwendung lässt sich, wie gezeigt worden ist, nicht direkt daraus ableiten.
- Für die Verwendung muss man sagen: Die Bodenrente ermöglicht die Finanzierung des Einkommens von Menschen, die nicht produktiv in der Wirtschaft tätig, sondern reine Verbraucher sind, das sind Kinder, allein erziehende Mütter (bzw. Väter), Kranke, Alte und Invalide und alle, die im freien Geistesleben arbeiten.

Der Boden gibt aber auch diesen Menschen Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. nur dann, wenn er bearbeitet wird. Weil die Erde allen Menschen gehört, haben alle einen Anspruch auf ihren Ertrag, das heißt auf den Ertrag der ganzen Wirtschaft. Daher findet die Verteilung der Bodenrente mit der Verteilung des Wirtschaftsertrages statt. Wenn die Bodenrente nicht als Pachtzins oder, kapitalisiert, als Kaufpreis erhoben werden soll, dann bleibt nur, dass sie als Schenkung hingegeben wird. Das ist zunächst ein schwieriger Gedanke, weil für uns das Schenken mit Beliebigkeit verbunden ist; wir meinen, wir könnten es tun oder lassen, wie es uns gefällt. Das Gebiet der Schenkungen nimmt aber in der Wirtschaft einen sehr großen Umfang ein. Könnte nicht die Bodenrente als freiwillige und doch geregelte, aus Einsicht gegebene Schenkung behandelt werden? Das ist möglich, wenn die ganze Gewinnverteilung als freiwillige und doch geregelte Schenkung behandelt wird, denn im Gewinn ist die Bodenrente ununterscheidbar mit dem Ertrag der Arbeit und des Kapitals vermischt. Die Aufteilung des Gewinns erfolgt nach anderen Kriterien als seine Entstehung und erfordert einen neuen Willensakt. Dieser kann frei und doch ohne Willkür sein, wenn zuerst detaillierte Regeln sorgfältig ausgearbeitet und dann in jedem Einzelfall angewendet werden. So kann die Bodenrente restlos in den Gewinn verschwinden und bei der Gewinnverteilung in ausreichendem Masse den reinen Verbrauchern zugeführt werden.

Wenn man die Meinung, der Boden habe einen Preis, durch die eben charakterisierten Gedanken zu ersetzen versucht, verlässt man die gewohnten Bahnen des Denkens. Das damit verbundene Gefühl der Unsicherheit bedeutet nichts anderes, als dass wir im wirtschaftlich-sozialen Bereich aufgefordert sind, ein lebendiges Denken zu entwickeln. Hier ist an die Ausführungen über die Verwaltung des Bodens durch das Geistesleben anzuknüpfen. Ein wirklich soziales Leben erreichen wir nur dann, wenn der Boden mit ideellen Zielen und Aufgaben untrennbar verbunden wird. Dann muss der Nutzer nicht durch Abgaben dazu gezwungen werden, die Bodenrente an die Allgemeinheit abzuliefern, sondern er wird in die Lage versetzt, sinnvolle soziale Regeln bei der Gewinnverteilung anzuwenden.

In der Übergangszeit kann man durchaus die Abschöpfung der Bodenrente als taktisches Mittel einsetzen, weil die Menschen in großem Umfang lernen müssen umzudenken und ihre Ziele oft nicht auf dem direkten Weg erreichen. Diese Maßnahme kann aber allein keine dauerhafte Lösung der Bodenfrage sein. Sie muss auf jeden Fall dadurch ergänzt werden, dass von unten herauf eine Bodenverwaltung durch das Geistesleben Stück für Stück aufgebaut wird. Wenn man eine Bodenreform durch nichts weiter als eine Abschöpfung der Bodenrente bewerkstelligen will, wählt man einen Weg ohne geistige Grundlage, ohne geistige Anstrengung. Der andere Weg, der den Boden an eine Idee bindet, fängt mit der geistigen Anstrengung an.

Die staatliche Gesetzgebung und die Politik können diese Entwicklung niemals zustande bringen. Einzige Aufgabe der Politik ist es, die freien Initiativen nicht zu behindern. Heute muss man bei sich selber anfangen. Für Dinge, die nicht Aufgaben des Staates sind, müssen wir selber die Verantwortung übernehmen und im Wirtschaftsleben und im Geistesleben außerhalb des Staates neue, sachgemäße Strukturen schaffen. Das ist ein zeitgemäßer Weg zur Dreigliederung des sozialen Organismus.

16 Scheinmarktwirtschaft S. 78.

Materie, Mensch und Geist heute

Die Auflösung der Materie und der Aufstieg des menschlichen Bewusstseins

Roland Benedikter

Anfang Februar 2010 erhielt der österreichische Experimentalphysiker Anton Zeilinger gemeinsam mit zwei Kollegen einen der wichtigsten Physik-Preise der Welt, den Wolf-Preis für Physik der israelischen Wolf-Stiftung. Zeilinger wurde „für seine grundlegenden konzeptionellen und experimentellen Beiträge zu den Grundlagen der Quantenphysik“ geehrt, darunter insbesondere „zur quantenphysikalischen Verschränkung, die fundamentale Grundsteine für viele moderne Quanteninformationstechnologien darstellen, die heute weltweit intensiv erforscht werden“¹, so die Begründung. Wofür erhielt Zeilinger diesen Preis, symbolisch für weltweite Anstrengungen, in das „Innere der Materie einzudringen“? Und worin bestehen diese „weltweit intensiven Anstrengungen“ der Gegenwart eigentlich?

Anfang 2004 gelang in Wien, der für die Anthroposophie und ihren Kulturimpuls in der Empfindungs-Färbung wichtigen Jugendstadt Rudolf Steiners, erstmals in größerem Stil die „Teleportation von Photonen“. Der Zustand eines Elementarteilchens konnte von einer Gruppe um den Experimentalphysiker Anton Zeilinger in Lichtgeschwindigkeit, also für unser gewöhnliches Zeitempfinden gleichzeitig, identisch an einem anderen Teilchen in einer Entfernung von mehreren dutzend Metern wiedererzeugt werden.

Bereits 1997 war das Zeilinger in kleinerem Maßstab auf eine Entfernung von etwa einem Meter an der Universität Innsbruck gelungen. Dort konnte beides im Juni 2004 auch erstmals, zeitgleich mit einer US-amerikanischen Universität, mit Kalzium-Ionen-Teilchen durchgeführt werden.

Auf diese spektakulären Erfolge aufbauend arbeitet derzeit eine österreichische Arbeitsgruppe unter der Leitung von Rainer Blatt an einer aus drei Kalzium-Ionen

bestehenden Minimalversion eines Quanten-Computers. Dieser könnte angesichts weiterer Fortschrittsschübe in den Jahren 2007 und 2010 in Bälde ein völlig neues Zeitalter des Umgangs mit „Information“ einleiten.²

Wichtig für anthroposophische Belange ist dabei: Damit werden nicht nur technische oder naturwissenschaftliche, sondern auch tiefe geisteswissenschaftliche Dimensionen berührt. Denn Information bedeutet ja wörtlich: das in ein Medium oder in eine Träger-Substanz „Ein-Gebildete“. Man bemerke die Nähe zur zentralen Stellung der „Einbildungskraft“ Goethes! Information ist die selbst nicht materielle „Wesenheit“ eines ontologischen Zustands oder Seins. Die Quantenmechanik weist darauf hin, dass diese „Information“ offenbar nicht an einen bestimmten Ort in der Raum-Zeit gebunden ist - jedenfalls nicht prinzipiell. Inwiefern?

Bei der Informations-Übertragung von einem Ausgangsteilchen auf ein Zielteilchen im Rahmen der Quanten-Technik, die im Volksmund in Anlehnung an die populäre Science-Fiction-Serie „Raumschiff Enterprise“ auch manchmal „Beamen“ genannt wird, verliert das Ausgangsteilchen seinen Zustand. Dieser geht auf das Zielteilchen über und lässt das Ausgangsteilchen als leere, eigenschaftslose Hülse zurück. Nicht Materie wird dabei in Lichtgeschwindigkeit übertragen, sondern Zustands-Information oder „Ordnungsstruktur“. Diese, an sich unsichtbar und „geistig“, erweist sich in diesen Experimenten als weit bedeutender als der materielle Träger für das „Wesen“ des Teilchens in Raum und Zeit. Und zwar im zweifachen Sinn des Wortes „Wesen“: sowohl für seine „Substanz“ wie für seine „Anwesenheit in der Zeit“. Das weist darauf hin, dass die „Einbildungskraft“ generell für die Struktur des Kosmos und für die Wirklichkeit dessen, was wir generisch als „Welt“ bezeichnen, eine viel wichtigere Rolle spielt als die Materie.

Vor allem aber zeigt sich in den Experimenten der neueren Quantenphysik unabweisbar, dass der Zustand beider Teilchen - und damit von Wirklichkeit überhaupt - fundamental und in jedem Augenblick von dem Akt zwischen subjektivem Bewußtsein und objektiver Gesetzmäßigkeit einer sogenannten „Tatsache“, also von der bewussten menschlichen Beobachtung abhängt.

Freiheitsstruktur des Kosmos...

Mit anderen Worten: Die „Tatsache“ ist wirklich eine Tat des Bewußtseins. Man geht daher heute in der avantgardistischen Physik davon aus, dass es irgendeinen „natürlichen“ Zustand von materiellen Teilchen nicht gibt, da jedes beobachtete Partikel sich bereits als von der Beobachtung und ihrer Versuchsanordnung

2 Zeilingers 2010 neu erscheinendes Werk trägt den Titel: Dance of the Photons: From Einstein to Quantum Teleportation. Farrar, Straus & Giroux 2010. Vorausgegangen waren unter anderem die Dokumentation von Zeilingers Zusammenarbeit mit dem Anthroposophen und ehemaligen Generalsekretär der Anthroposophischen Gesellschaft der USA, Arthur Zajonc, und dem Dalai Lama zur Frage der Natur von Wirklichkeit in: Arthur Zajonc and Zara Houshmand (ed.s): The New Physics and Cosmology Dialogues with the Dalai Lama. Oxford University Press USA 2004, sowie das zum Teil an mystische Ebenen reichende Buch: R.A. Bertlmann and A. Zeilinger: Quantum (Un)speakables, Springer 2002.

1 APA: Wolf-Preis geht an Wiener Physiker Anton Zeilinger. 03.02.2010. U.a. in Dolomiten, 03.02.2010, S. 10.

entscheidend beeinflusst zeigt. Von „einem“ „objektiven“ Zustand der Materie und ihrer gesetzmäßigen Grundlagen kann daher in der neueren Naturwissenschaft nicht mehr gesprochen werden, da jedes Hinschauen auf die Sachverhalte bereits die Bedingungen der Erscheinung modifiziert. Daher kann nur von Bedingungen etwas ausgesagt werden, die immer schon bereits durch menschliches Bewußtsein beeinflusst sind. Das entspricht Rudolf Steiners Aussagen über den Menschen als Kondensation und Kulmination eines bewussten Kosmos: ja als „Inbegriff“ der Struktur des Kosmos selbst.

Beides, Primat der „Information“ oder „Einbildungskraft“, und Primat des menschlichen Bewusstseins in einem Kosmos der Einbildungskraft, greift ineinander. Es zeigt, dass der Kosmos von bewusstseinsartiger Ordnung durchwoben ist, die sich im Menschen ihrer selbst bewusst wird - und sich dadurch sowohl erst zeigt wie auch sich bereits durch das Menschliche an sich verändert. Denn das Menschliche leistet die „Durchsäuerung“ (Faust) und stellt die „universale Fermentierungssubstanz“ dar. Deshalb scheint Wirklichkeit als solche dem Menschen „anheim gegeben“.

Alle diese Einsichten sind nur aufgrund der vorausgehenden theoretischen Überlegung möglich, dass Materie „an sich“, das heißt als objektive Größe in Raum und Zeit, als die wir sie normalerweise wahrzunehmen geneigt sind, in Wahrheit nicht existiert. Nicht Materie und ihre in der Erkenntnisgeschichte lange vermuteten linearen Raum-Zeit-Prozesse, sondern „kurvenförmig abweichendes“ Licht, Lichtgeschwindigkeit, Energie und universal allgegenwärtige Ordnungs-„Information“ machen das Wesen des Universums aus. Nur deshalb kann Quanten-Information in Lichtgeschwindigkeit, das heißt in Beinahe-Gleichzeitigkeit übertragen und an einem anderen Teilchen um den Preis des Verlustes der eigenen „Ein-Bildung“ „wiedergefunden“ werden. Sie alle sind zugleich vom menschlichen Bewusstsein abhängig, das als temporärer individueller Punkt im Kosmos erscheint, den es zugleich erzeugt und umfasst.

Stellt man sich das damit beschriebene Ganze als Einheit und als Akt vor, dann ist damit das Mysterium und das Wunder des Menschseins sehr gut beschrieben - ebenso wie seine Bestimmung und seine zutiefst von lebendiger Wärme durchzogene Tragik aufgrund seiner letzten Natur als „Opferstein“ des Kosmos.

Die Fragen, die daraus erwachsen, sind viele: Hat also das individuell und temporär im Kosmos erscheinende Bewusstsein, dieser in Ausdehnung und Dauer winzige leuchtende Punkt, von dem zugleich alles abhängig ist, dann letztlich Freiheit oder nicht? In höchster Instanz offenbar nicht, da es „dient“; zugleich aber auch wieder schon, weil es seine wirklichkeitsschaffende Rolle in personaler Freiheit vollziehen darf - der Freiheit, die im Selbstbewusstsein beziehungsweise dem „Ich“ begründet liegt, das dazu fähig ist, „sich der Idee erlebend gegenüberzustellen“, wie Rudolf Steiner das in der „Philosophie der Freiheit“ aufs äußerste verdichtet ausdrückt.

Es erweist sich heute, dass dieser eine Satz die gesamte Freiheitsstruktur des Kosmos enthält. Denn er bezeichnet sowohl ein Innestehen wie zugleich (nicht:

im nachhinein!) ein Gegenüberstehen! Erst wenn man dieses Paradoxon als Einheit, Ereignis und Akt zu denken, vor allem aber: innerlich auf der vorsprachlichen Ebene des Selbst zu vollziehen vermag, hat man das Mysterium der Freiheit überhaupt in seinem Wesen erfasst. In diesem Satz findet sich das Wesen der Quantenphysik vollständig wiedergegeben, bezogen auf den Menschen.

Vor allem aber erweist sich mit den aktuellen Einsichten der Quantenphysik: Das menschliche Bewusstsein ist in jedem Augenblick aktiv an dem Zustand von Wirklichkeit beteiligt. Wenn dem so ist, dann wäre das menschliche Bewusstsein also so etwas wie eine subjektive Relaisstation der objektiven Wirklichkeitserzeugung, aber auch ein mit-entscheidender schöpferischer Schauplatz sogar der physischen Realität. Es würde bedeuten: Das menschliche Bewusstsein findet sich in jedem beobachtbaren Zustand der Materie immer schon wieder. Bewusstsein von Innen stößt gewissermaßen auf Bewusstsein von Außen. Das ist erst in seinem ontologischen „Wechselstromprozess“ ein ständiges, meist vorbewusstes Ereignis: der Akt von Wirklichkeit. Es ist tatsächlich ein unablässiges „vorbewusstes Gestalt-bilden im erkennenden Wirklichkeitenthüllen“ (Herbert Witzmann³)!

Dass Wirklichkeit nicht aus gegenständlicher Materie besteht...

Und es erweist sich, dass Subjekt und Objekt in allem, sogar noch in der objektivsten äußeren Realität, eine untrennbare ontologische Einheit bilden; aber auch, dass diese Einheit in jedem Augenblick ein originäres schöpferisches Ereignis darstellt, das in jedem Augenblick neu stattfindet. Dieses Ereignis findet zwar seiner Natur nach stets unwiederholbar hier und jetzt in der Vierdimensionalität von Raum und Zeit statt. Es verweist zugleich aber auf eine mutmaßlich allgemeine, überzeitliche und meta-linearräumlich allgegenwärtig präsente Gesetzmäßigkeit der Interrelation von Bewusstsein und Materie, die nicht auf diese vier Dimensionen beschränkt ist. Diese liegt dem Kosmos offenbar als subjektive-objektive, und damit ihrem Wesen nach paradoxe Grundstruktur zugrunde. Das hat unter anderem die neuere „String-Theorie“, die von der Existenz multipler Parallel-Universen und von (mindestens) 10 Dimensionen ausgeht, seit etwa eineinhalb Jahrzehnten in mittlerweile mehr als 5000 Publikationen weltweit anerkannter Wissenschaftler führender Universitäten eindrucksvoll hervorgehoben.⁴

Diese Beobachtung widerspricht zwar unserer naiven Sinneserfahrung, an der wir uns im Alltag orientieren. Sie wird aber durch Experimente seit Jahren immer wieder von neuem empirisch erhärtet. Diese Experimente bestätigen die Annahme, von der die neueren Naturwissenschaften bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts relativ einheitlich ausgehen: Dass Wirklichkeit nicht aus

³ Herbert Witzmann: Strukturphänomenologie. Vorbewusstes Gestaltbilden im erkennenden Wirklichkeitenthüllen. Spicker Verlag 1983; sowie ders.: Sinn und Sein. Der gemeinsame Ursprung von Gestalt und Bewegung. Spicker Verlag 1989.

⁴ Michio Kaku: Hyperspace. Oxford University Press USA 1994.

„Der Mensch ist dem Weltlaufe gegenüber nicht ein müßiger Zuschauer...“

Rudolf Steiner

„Das Resultat dieser Untersuchungen ist, dass die Wahrheit nicht, wie man gewöhnlich annimmt, die ideelle Abspiegelung von irgendeinem Realen ist, sondern ein freies Erzeugnis des Menschengeistes, das überhaupt nirgends existierte, wenn wir es nicht selbst hervorbrächten. Die Aufgabe der Erkenntnis ist nicht: etwas schon anderwärts Vorhandenes in begrifflicher Form zu wiederholen, sondern die: ein ganz neues Gebiet zu schaffen, das mit der sinnfällig gegebenen Welt zusammen erst die volle Wirklichkeit ergibt. Damit ist die höchste Tätigkeit des Menschen, sein geistiges Schaffen, organisch dem allgemeinen Weltgeschehen eingegliedert. Ohne diese Tätigkeit wäre das Weltgeschehen gar nicht als in sich abgeschlossene Ganzheit zu denken. Der Mensch ist dem Weltlaufe gegenüber nicht ein müßiger Zuschauer, der innerhalb seines Geistes das bildlich wiederholt, was sich ohne sein Zutun im Kosmos vollzieht, sondern der tätige Mitschöpfer des Weltprozesses; und das Erkennen ist das vollendetste Glied im Organismus des Universums.“

Für die Gesetze unseres Handelns, für unsere sittlichen Ideale hat diese Anschauung die wichtige Konsequenz, dass auch diese nicht als das Abbild von etwas außer uns Befindlichem angesehen werden können, sondern als ein nur in uns Vorhandenes. Eine Macht, als deren Gebote wir unsere Sittengesetze ansehen müssten, ist damit ebenfalls abgewiesen. Einen ‚kategorischen Imperativ‘, gleichsam eine Stimme aus dem Jenseits, die uns vorschreibe, was wir zu tun oder zu lassen haben, kennen wir nicht. Unsere sittlichen Ideale sind unser eigenes freies Erzeugnis. Wir haben nur auszuführen, was wir uns selbst als Norm unseres Handelns vorschreiben. Die Anschauung von der Wahrheit als Freiheitstat begründet somit auch eine Sittenlehre, deren Grundlage die vollkommen *freie Persönlichkeit* ist.

Diese Sätze gelten natürlich nur von jenem Teil unseres Handelns, dessen Gesetze wir in vollkommener Erkenntnis ideell durchdringen. Solange die letzteren bloß natürliche oder begrifflich noch unklare Motive sind, kann wohl ein geistig Höherstehender erkennen, inwiefern diese Gesetze unseres Tuns innerhalb unserer Individualität begründet sind, wir selbst aber empfinden sie als von außen auf uns wirkend, uns zwingend. Jedesmal, wenn es uns gelingt, ein solches Motiv klar erkennend zu durchdringen, machen wir eine Eroberung im Gebiet der Freiheit.“

(R. Steiner: Wahrheit und Wissenschaft. Vorspiel einer Philosophie der Freiheit. Vorrede (1892). GA 3, Dornach 1980, S. 11f.)

gegenständlicher Materie besteht, welche unser Bewusstsein einfach in einem Dualitätsverhältnis zwischen Objekt und Subjekt abspiegeln kann, sondern vielmehr aus Licht und allgegenwärtig-metaräumlichem Potential, an dessen universaler Ordnung und (Selbst-)„Realisation“ unser Bewusstsein in jedem Augenblick untrennbar durch schöpferische Erzeugung mit beteiligt ist.

Zugleich stellen die damit auftretenden Fragen unser bisheriges Weltverständnis zutiefst in Frage. Viele Annahmen, die bisher als gesichert galten, müssen nun von Grund auf neu aufgebaut werden. Was ist Wirklichkeit? Was ist ihre Ordnungsstruktur? Was ist „Geist“? Und wo liegt die wahre Rolle des menschlichen Bewusstseins am Überschneidungs- und Schöpferpunkt zwischen ihnen allen?

Aber auch: Wie werden wir in Zukunft nicht nur wissenschaftlich, sondern endlich auch kulturell und individuell - das heißt: nicht nur im Denken, sondern auch im Fühlen und Wollen, das wir gewöhnlich als näher empfinden - Wirklichkeit empfinden und erleben müssen, wenn wir die empirischen Erkenntnisse unserer Zeit ernstnehmen? Materialistisch - oder, gerade aus wissenschaftlicher Sicht, immer stärker „postmaterialistisch“? Und wenn ja: Was heißt das konkret?

Aus der heutigen Naturwissenschaft geht ein zutiefst „postmaterialistischer“ kultureller und anthropologischer Impuls hervor...

Die neueren Erkenntnisse und Fragen, die sich aus den Folgen der sich häufenden praktischen Anwendungen von Relativitätstheorie, Quantenphysik und String-Theorie ergeben, sind, genau betrachtet, ein massiver, wenn auch seinem Wesen nach fundamental „offener“ Impuls zur Spiritualisierung unserer Kultur. Sie sind ein Impuls in Richtung Bewusstseinsseele: nämlich dahin, das Innere und das Äußere als eine geistige Einheit in Gleichzeitigkeit zu erkennen. Und dies ganz aus der strengen, sich selbst ständig überprüfenden und soweit möglich „falsifizierenden“ (Karl Popper) Logik der Naturwissenschaft heraus.

Nicht zufällig verbrachte bereits der späte Albert Einstein die letzten 30 Jahre seines Lebens mit der - oft belächelten, aber seit einigen Jahren nicht zuletzt mit der String-Theorie ganz neu in den Mittelpunkt der internationalen Naturwissenschaften getretenen - Suche nach der „Weltformel“. Und nicht zufällig sprach er dabei stets davon, dass „Gott nicht würfelt“, und dass es also eine letzte Ordnung der Welt geben müsse, auch wenn diese voraussichtlich paradoxaler Natur sei, da sie vom Bewusstsein des Menschen abhängt, oder diesem jedenfalls das Privileg einräumt, sie zu offenbaren - eine so hohe Ehre aus einem rätselhaften Grund, den Einstein nach eigener Aussage nicht verstand.⁵ Nicht zufällig hatten aber auch die meisten weltbekanntesten Physiker des 20. Jahrhunderts, wie etwa der von der englischen Königin für seine wissenschaftlichen Verdienste geadelte Sir James Jeans, nachweislich auch Erwin Schrödinger oder Werner Heisenberg, nach eigenen Angaben massive persönliche Erleuchtungserlebnisse, als ihnen

⁵ Vgl. Michio Kaku, Hyperspace, a.a.O.

die dialektisch-schöpferische und, durch verschiedene paradoxe „Inkarnations-Schachtelungen“ hindurch, letztlich immaterielle Natur des Universums bewusst wurde. Ähnliches gilt für Neurobiologen und Bewusstseins-Kybernetiker wie Francisco Varela.⁶

Jeans zum Beispiel berichtet in seiner Autobiographie davon, dass er sich, als ihm die Wahrheitsmacht der schöpferischen Paradoxie für die Grundkonstitution des Kosmos bewusst wurde, ganz real als Gestalt aus Licht in einer materiellen Umgebung der Illusion empfand, und dass sich ihm dabei der feste Boden unter den Füßen aufzulösen drohte (wie übrigens bis in den Wortlaut hinein ganz ähnlich auch Varela).⁷ Nicht zufällig sind Schrödingers metaphysische und mystische Exkurse ebenso berühmt wie berüchtigt, da sie oft als Gegensatz zu seinen wissenschaftlichen Bemühungen empfunden werden - ein großer Irrtum! Nicht zufällig spricht heute einer der jungen „Stars“ der neuen internationalen Physik, John D. Barrow, bereits seit Jahren offen von der allmählichen „empirischen Wiederfindung des Absoluten Bewusstseins“ oder auch „Gottes“ durch die neue Naturwissenschaft.⁸ Und nicht zufällig arbeitet der oben genannte, Wiener Quantenphysiker Anton Zeilinger seit 1998 mit dem ehemaligen Generalsekretär der Anthroposophischen Gesellschaft in den USA, dem Experimentalphysiker und Goetheanisten Arthur Zajonc, und dem Dalai Lama in einer Arbeitsgruppe zusammen, die sich sowohl aus experimentalphysikalischer wie aus spiritueller (tibetischer und anthroposophischer) Sicht in grundsätzlicher Absicht neu fragt, was die Materie angesichts der neuen quantenphysikalischen Erkenntnisse ist, und welche Rolle das menschliche Bewusstsein für die Wirklichkeit spielt.⁹ Dies, um das Rätsel der Wirklichkeit multidimensional besser zu verstehen - nämlich nicht nur als „Abbildung“, sondern auch als „Ereignis“.

Zur Präzisierung und allmählichen Lösung dieser Fragen werden nun Menschenbild und Geist-Begriff in Zukunft aller Voraussicht nach eine wesentlich wichtigere Rolle als bisher spielen.

„Es stellt sich letztlich heraus, dass ‚Information‘ (wörtlich: Ein-Bildung, R.B.) ein wesentlicher Grundbaustein der Welt ist. Wir müssen uns wohl von dem naiven Realismus, nach dem die Welt ‚an sich‘ existiert, ohne unser Zutun und unabhängig von unserer Beobachtung, irgendwann verabschieden. Trotzdem bin ich kein Anhänger des Konstruktivismus, sondern vielmehr der Kopenhagener Interpretation, die besagt, dass die Quanteninterpretation der Welt alles ist, was wir haben.“

Ich halte (in diesem Zusammenhang) die Philosophie für sehr, sehr wichtig. Sie ist für mich ein Zusammen-

führen aller Denkerfahrungen und aller Lebensbereiche. Früher nannte man die Physik noch Naturphilosophie. Die philosophischen Aspekte an der Physik sind durch die Verschiebung der Naturwissenschaften in die USA leider ins Hintertreffen geraten. Die Physiker von heute sind eher Bastler als Denker, und das ist schade.

Die Bastelei wird sich aber totlaufen, dessen bin ich mir sicher. Meine Motivation ist die, zu sehen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Also das Weltbild, das man heute eigentlich nur mehr haben kann, ist ein sehr offenes. Diese naive Sichtweise, dass wir deterministische, mechanistische Maschinen sind, löst sich offenbar auf, ist nicht haltbar. Das wissen nur die Biologen noch nicht. Aber sie werden schon noch darauf kommen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in den Naturwissenschaften erst am Anfang stehen. Es ist auch ganz offenkundig: Wir betreiben Naturwissenschaft erst drei, vierhundert Jahre. Zu glauben, dass wir nach dieser kurzen Zeit bereits alles gefunden haben, das ist doch unglaublich arrogant. Ich glaube, die wirklichen Fragen ahnen wir noch gar nicht. Die kommen erst.¹⁰

So sagte Anton Zeilinger, symptomatisch für die vorausweisenden Tendenzen in den aktuellen Naturwissenschaften, bereits 2002 in einem Gespräch.

Was bedeutet das? Und wohin verweisen diese Entwicklungen?

Auf dies: Aus der heutigen Naturwissenschaft geht, an Geschwindigkeit und Vehemenz mit jedem Jahr rasant zunehmend, auf gleichsam „natürliche“ Weise ein zutiefst „postmaterialistischer“ kultureller und anthropologischer Impuls hervor.

Dabei entsteht ein bemerkenswertes Paradoxon im Wissenschaftssystem. Während die universitären Geistes- und Kulturwissenschaften der Gegenwart noch immer jeden Geistrealismus aktiv aus sich verdrängen und, bis auf wenige Ausnahmen, jeden experimentellen Empirismus auf dem Gebiet des erfahrbaren Geistes (zum Beispiel der Introspektion zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen subjektiven und objektiven Ideen, Gefühlen und Willensimpulsen) ablehnen, und während - nicht zuletzt auch deshalb! - in der „postmodernen“ Kultur der europäisch-westlichen Welt äußerlich ein entfesselter Materialismus vorherrscht, sind weite Teile der Naturwissenschaften längst zu pragmatischen Vorreitern in Richtung Spiritualisierung geworden. Und dies keineswegs aus Vorliebe oder Neigung, sondern aus der Notwendigkeit der Sache selbst heraus.

„Die Revolution der Atome“ durch die Naturwissenschaften des 20. und 21. Jahrhunderts hat einen fundamentalen Wandel des Materie-Begriffs in der westlichen Zivilisation ausgelöst. Der Einfluss der Erkenntnisse von Relativitätstheorie und Quantenphysik, dass Materie nur eine relative Wirklichkeit besitzt, in letzter Instanz

⁶ Vgl. Francisco Varela: Monte Grande. Was ist Leben? Ein Film von F. Reichle über die Einsichten und das Sterben von Francisco Varela. Schweiz 2004. Siehe: <http://www.montegrande.ch/deu/home.php>.

⁷ Vgl. die ausführlichen Zitate in Ken Wilber: Quantum Questions. Boulder 2001.

⁸ John D. Barrow, Theorien für Alles. Die philosophischen Ansätze der modernen Physik, Spektrum Verlag Berlin 1992; J. D. Barrow, Die Natur der Natur. Wissen an den Grenzen von Raum und Zeit, Rowohlt Verlag Berlin 1996

⁹ Arthur Zajonc and Zara Houshmand (ed.s): The New Physics and Cosmology Dialogues with the Dalai Lama. Oxford University Press USA 2004

¹⁰ Anton Zeilinger: Dinge, die ohne Grund geschehen. Auszug aus dem offiziellen Protokoll der Academy of Life. Veröffentlicht in der Wiener Zeitung, Amtsblatt der Republik Österreich, vom 12./13. Juli 2002, redigiert von Eugen-Maria Schulak. Auch in: <http://www.philosophische-praxis.at/zeilinger.html>.

aber nicht existiert, weil sie aus Lichtschwingungen und nicht-materiellen universalen Ordnungs-„Potentialen“ (Hans-Peter Dürr) besteht, verändert Schritt für Schritt unser Bild des Kosmos, aber auch der Stellung des Menschen in ihr.

Die „Auflösung der Materie“ hat aber paradoxerweise unser Kulturverständnis, unser Menschenbild und unser reales individuelles und kollektives Wirklichkeitsempfinden noch nicht wirklich erreicht. Wir leben immer noch so, als ob die Materie eine objektive Wirklichkeit sei. Obwohl sich die Materie und das „Gegebene“ auch durch den Einfluß der „dekonstruktiven“ Bewusstseinshaltung der „postmodernen“ Philosophie (Jacques Derrida, Susan Sontag, Jean-Francois Lyotard, Helen Cixous, Michel Foucault, Gilles Deleuze, Julia Kristeva) langsam auch in diesem Bereich unseres Weltverhältnisses aufzulösen beginnt¹¹, lebt unser Denken und Empfinden faktisch immer noch im 19. Jahrhundert. Und darauf baut sich noch immer ein Großteil unserer kulturellen und sozialen Wirklichkeit auf, die den Menschen als Konstrukt seiner Umwelt und als kausales Ergebnis physiologischer Ursachen deutet.

Epochale Erkenntnisforderung...

Doch bereits einer der wenigen vorausschauenden „geist-säkularen“ Kultur- und Menschheits-Denker des 20. Jahrhunderts, Martin Heidegger, ahnte: Ohne Menschen gibt es keine Bäume. Und ohne menschliches Bewusstsein gäbe es vielleicht „irgendetwas“ (Steiners hypothetisches Experiment im ersten Teil der „Philosophie der Freiheit“), aber ganz sicher keine Welt, keine Wirklichkeit und keinen Kosmos. Heidegger war, wenn auch erst intuitiv und durch fundamentale Ambivalenzen hindurch, dem großen Geheimnis auf der Spur: Dass genau zwischen Geist und Materie, in ihrer intrikaten Verschränkung zu einer Art „Doppelkosmos“, das Rätsel, das Wesen und die Lösung des Kosmos liegt - im griechischen Sinn verstanden als „Ganzes einer schönen Ordnung“, die er im (seiner Natur nach subjektiv-objektiven) Prinzip der „Sprache“ wiederfand.¹² Und der Mittelpunkt, selbstverstehende „Zündfunken“ und Inbegriff dieses „Dazwischen“ am Treffpunkt ist der Mensch, wie uns Rudolf Steiner wie niemand anderer vor Augen geführt hat. Inwiefern?

Die paradoxe Doppelstruktur des Kosmos findet sich im Menschen als Doppelkosmos zwischen höherem (objektiven) Ich und inkarniertem (subjektiven) Ich wieder. Seine individuelle, freie moralische Intuition ist das Bindeglied zwischen subjektiver und objektiver Sphäre in freiem, selbstbeobachtetem inneren Erleben (Steiner). Das macht die Sonderstellung des Menschen und das Heilige des Menschen zwischen objektiver Gege-

11 Vgl. Roland Benedikter: Postmodern Spirituality. A Dialogue About The Proto-Spirituality In The Late Work of Some Leading Postmodern Thinkers: Jean-Francois Lyotard, Jacques Derrida, Michel Foucault, Paul Feyerabend And Others. U.a. in: F. Visser (ed.): Integral World, <http://www.integralworld.net/benedikter1a.html>; sowie ders.: Spiritueller Realismus. Die philosophische Postmoderne nähert sich einer neuen Metaphysik. Dreiteilige Kolumne „Die Kultursituation der Gegenwart“, Teil 1. In: Wiener Zeitung, Amtsblatt der Republik Österreich. Wien, 25.03.2005, S. E4.

12 Martin Heidegger: Unterwegs zur Sprache. Stuttgart 2007 (14. Auflage).

benheit und subjektiver Intentionalität aus (Brentano, Scheler), aber auch seinen möglichen Abgrund, seine Wahrheit als tragisches Wesen in der Wirklichkeit und seine grundlegend paradoxe Ich-Konstitution.

Wenn es nun aber, wie die Quantenphysik der Gegenwart zeigt, keine Anschauung des Doppelwesens der Materie ohne Mitwirkung des menschlichen Bewusstseins gibt, und wenn sich das menschliche Bewusstsein im erkennbaren Ursprung auch noch der physischen Wirklichkeit wieder findet, dann ergibt sich daraus mit Notwendigkeit die Frage, inwiefern das menschliche Bewusstsein überhaupt auf den Menschen beschränkt ist. Und es ergibt sich die Frage, inwieweit unser heutiges menschliches Bewusstsein für das potentielle menschliche Bewusstsein, das im Kosmos und seinem Zusammenhang mit der unsichtbaren „All-Ordnung des Ordnungs-Potentials“ (Hans-Peter Dürr) inne liegt, bereits übereinstimmt. Wie muss sich der Mensch selbst denken, um in diese Richtung Fortschritte zu machen? Wie kann er, um sein eigenes Bewusstsein noch klarer und stärker im „Bewusstsein“ des Kosmos wiederzuerkennen, seine diesbezüglichen Erkenntnismöglichkeiten verfeinern und erweitern?

Es geht also darum, wie wir unser Individualitäts-, aber auch unser Kulturverständnis weiterentwickeln werden müssen, wenn sich, wie die neuere Wissenschaftsentwicklung (die „Revolution der Atome“) zeigt, die Materie auflöst, weil sie in letzter Instanz nicht wie angenommen existiert. Diese Erkenntnis ist noch überhaupt nicht in unser Weltempfinden aufgenommen. Doch sie wird im Rückblick besehen ein weit wichtigerer Faktor der kulturellen und individuellen Entwicklung des 20. und 21. Jahrhunderts gewesen sein als die meisten Ideologien oder politischen Revolutionen. Gerade jene geistigen Strömungen, die die damit verbundene geistige Tiefenverschiebung langsamer, aber fundamentaler Art beobachten und interpretativ mit gestalten müssten, welche nun als Änderung unseres gesamten Welt- und Seinsempfindens notwendig wird, haben sie aber noch nicht wirklich wahr- und in sich aufgenommen. Und dies, obwohl sie genau dafür „zuständig“ wären. Das gilt für die Geistes- und Kulturwissenschaften sowohl der universitär-akademischen wie der anthroposophischen Welt.

Hier stellt sich eine epochale Erkenntnisforderung, die wir, weit intensiver als bisher, aufgreifen müssen. Ich halte dies für die kommenden Jahre sogar für ein ganz zentrales pädagogisches, bildungspolitisches und „kulturhygienisches“ Anliegen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

Der Autor

Roland Benedikter, DDDr., geb. 1965, ist seit 2009 Professor für Soziologie an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Gastwissenschaftler am Forum für das zeitgenössische Europa der Stanford Universität. Homepage: http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter. Kontakt: rben@stanford.edu.

Betrachtungen und Berichte

Geld- und Bankwesen

Die Metamorphose von der Geldwirtschaft zur Kreditwirtschaft*

Michael Rist

Dass neues Geld nicht aus dem „Nichts“ geschöpft werden kann, dürfte jedem, der über die Bedeutung des Geldes und seiner Metamorphosen nachgedacht hat, recht klar sein. Denn seit der Erfindung des Geldes durch die Menschen diente dieses zunächst - und in manchen Ländern bis heute - dazu, die Überschüsse an eigenen Waren in Geld und dieses Geld wieder in benötigte Waren umzutauschen. Seine Funktion bestand unter anderem darin - wie Aristoteles (384-322 v. Chr.) sich ausdrückte -, „wie ein Maß alle Dinge messbar“ zu machen. Das Geld war dabei nur so viel wert wie der Gebrauchswert der dafür eingetauschten Waren. Es vereinfachte den Tausch namentlich großer oder sperriger Gütermengen wesentlich. Das Geld war also zunächst - teilweise bis heute - Tauschmittel.

Im Laufe der Entwicklung der verschiedenen Volkswirtschaften ergab sich die Notwendigkeit, die verschiedenen Währungen der verschiedenen Länder oder Staaten ineinander umzurechnen. Als am besten geeignet erwies sich der sogenannte Warenkorb, in dem gleiche Warenmengen in die verschiedenen Währungen umgerechnet wurden.

Daneben metamorphosierte sich aber auch die reine Geldwirtschaft - namentlich in der globalen Weltwirtschaft - in eine Kreditwirtschaft, wobei man zwischen dem Realkredit und dem Personalkredit unterschied. Bei dem Realkredit bürgt der Kreditnehmer mit seinen früher erworbenen oder vererbten Gütern für die Kreditsumme und den dafür zu entrichtenden Zins. Ein Zins erscheint berechtigt in Höhe der Aufwendungen, die der Kreditgeber für die Verwaltung des Kreditbetrages erbringt. Kann der Kreditnehmer die Kreditsumme plus Zins in der vereinbarten Frist nicht zurückzahlen, so erhält der Kreditgeber den verbürgten Vermögenswert des Kreditnehmers.

Beim Personalkredit steht nun kein solches Vermögen im Hintergrund. Der Kreditgeber muss deshalb die wenig geübte Fähigkeit haben, dem Kreditnehmer anzusehen, ob er den auf Vertrauen gewährten Kredit auch zurückzahlen kann. Ist der Kreditnehmer nicht in der Lage, den Kredit plus Zins in der vereinbarten Zeit zurückzuzahlen, so trägt der Kreditgeber den Verlust. Falls dieser den Verlust nicht durch sein eigenes Vermögen, d. h. durch in früherer wirtschaftlicher Tätigkeit erworbene Sachwerte decken kann, verringert sich das Volks- oder Weltwirtschaftsvermögen um den in Frage stehenden Kreditbetrag.

Ein Kredit wird also nicht aus dem Nichts geschöpft, sondern er besteht im Vertrauen, das der Kreditgeber dem Kreditnehmer entgegenbringt. Wird das Vertrauen nicht erfüllt, so trifft der Verlust beim Realkredit das Vermögen des Kreditnehmers und beim Personalkredit den Kreditgeber oder schlussendlich die ganze Volkswirtschaft.

Genau dieser Prozess fand nun bei der heutigen Finanzkrise, die sich in eine Weltwirtschaftskrise ausweitete, statt, indem zunächst Hypothekarkredite an Kreditnehmer vergeben wurden, die nicht in der Lage waren, sie zurückzubezahlen, was allerdings nicht sofort bemerkt wurde, - vor allem, solange die Kreditnehmer versuchten, durch ihre verschiedenen Kreditkarten ihre Insolvenz zu verschleiern. In der Zwischenzeit verpackten die verschiedenen Kreditgeber diese „faulen“ Kredite in neue „Finanzprodukte“, denen zunächst auch kaum jemand ansah, dass darin „faule“ Kredite - nicht zurückgezahlte Kredite - steckten, zumal die Ratingfirmen diese neuen Finanzprodukte positiv beurteilten. Erst als dieser Schwindel ein unübersehbares Ausmaß annahm, brach die Finanzkrise aus. Nun wurde in dieser globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Staat zu Hilfe gerufen und das Schlagwort geprägt „too big to fail“. Das griffen die Finanzchefs und die Politiker auf und „retteten“ mit Milliardenbeträgen des Staates die Kreditgeber - meist Großbanken. Dadurch wurde die Abzockermentalität mindestens pro Forma sanktioniert.

Es ergibt sich daraus aber die Frage: Wer ist denn eigentlich der Staat? Der Staat, das sind wir doch alle, alle Bürgerinnen und Bürger, die Steuern zahlen. Da wir alle der Staat sind, müssen wir nun alle die Staatsschulden berappen, denn der Staat hat ja nur Steuereinnahmen, die vielleicht auch als „Gebühren“ getarnt sind. , d. h. wir alle müssen durch unsere Steuern den volkswirtschaftlichen bzw. globalen Verlust, der durch den Vertrauens-Missbrauch der Kreditnehmer und die übrigen unsauberen Manipulationen entstand, entgelten.

Bei der heute mehrheitlich materialistischen Weltauffassung ist es durchaus verständlich, wenn im Bemühen, Krisen von der Art der gegenwärtigen in Zukunft zu vermeiden, Vorschläge gemacht werden, die in die Richtung gehen, das Eigenkapital der Kreditgeber - mehrheitlich der Banken - zu erhöhen und die Risiko-Geschäfte zu minimieren.

Dann können aber potenzielle Produzenten, die nicht oder nicht in genügendem Maße über Eigenkapital

verfügen, ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten nicht zum Vorteil der Volks- oder Weltwirtschaft zum Einsatz bringen, was von großem Nachteil sein kann. Es muss also die Einsicht Platz greifen, dass die Kreditvergabe im Allgemeinen - und speziell die Personalkreditvergabe - eine Vertrauensfrage ist, die auf Dauer vor allem durch integre Menschen zu lösen ist. Um zukünftige Krisen zu vermeiden, bedarf es also vermehrter denkender Anstrengungen, um die richtigen Einsichten in das eigene Tun zu praktizieren.

¹Johannes Kreyenbühl Akademie in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich für biologisch-dynamischen Landbau und assoziative Wirtschaftsordnung

Über die Werte im Bankwesen

Katharina Beck

„Ethisches Bankwesen“, „Social Banking“, „Werteorientiertes Bankwesen“ - all das sind Begriffe, die im Laufe der letzten Monate eine steile Karriere in den Medien zurückgelegt haben. Immer häufiger berichten Handelsblatt, ZEIT, Süddeutsche und Co. von den Werteorientierten Banken als „Gewinnern der Finanzkrise“¹. Doch für viele Menschen sind Banken und ihre Manager vor dem Hintergrund der Geschehnisse der Finanzkrise und den immensen Bonuszahlungen nicht mit ethischen Werten in Verbindung zu bringen.

Stehen Werte, Ethik und Soziales nicht in einem antagonistischen Spannungsverhältnis zu einem Profit maximierenden Bankwesen, in dem die BankerInnen ihre „ungebremste Gier“² auf Kosten der Allgemeinheit befriedigen? Ist es zynisch, von Werten im Bankwesen zu sprechen? „Social Banking hört sich ja fast ironisch an, so negativ ist das Wort Bank behaftet“, äußert sich zum Beispiel ein Interessierter, als er zum ersten Mal vom Institute for Social Banking hört.

Aber es gibt sie, die Banken, die sich die Werte auf die Fahnen schreiben. Beispielsweise in der „Global Alliance for Banking on Values“³ (Globale Allianz für Werteorientiertes Bankwesen), in der sich vor einem Jahr elf Finanzdienstleister aus der ganzen Welt zusammengenommen haben. Sie betonen damit, dass es ein Bankwesen gibt, das auf „Werten“ basiert und für das es sich gemeinsam einzusetzen gilt. Mit dabei sind unter anderem die GLS Bank und die Triodos Bank, die in Deutschland ihre Dienste anbieten.⁴

1 Dohmen, C., „Ethikbanken jubeln über Kundenansturm“, Süddeutsche Zeitung, 09.02.2010, online unter www.sueddeutsche.de/finanzen/482/502713/text/ (01.03.2010).

2 Vgl. Klar, H., Judzikowski, S., Stoll, U., „Ungebremste Gier“, frontal 21, 23.06.2009, online unter <http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/16/0,1872,7597264,00.html> (01.03.2010).

3 Webseite der Global Alliance for Banking on Values: www.gabv.org (01.03.2010).

4 Einen Überblick über die ethisch orientierten Banken in Deutschland gibt Öko-Test in der Ausgabe März (Nr. 03) 2010, S. 102-113.

Einige der Alliance-Gründer und weitere Finanzinstitute in Europa sind auch Mitglied im „Institute for Social Banking“. Eine Einrichtung, die sich seit 2006 im Trainings- und Forschungsbereich mit Werten, Sozialem und Ethik im Bankwesen auseinandersetzt. Das Bildungsinstitut hat zum Ziel, dass „immer mehr Menschen das Geld-, Bank- und Versicherungswesen in einem ethischen und sozial-ökologischen Sinne neu begreifen“⁵. Seine dritte Internationale Summer School on Social Banking, die im Juli 2010 in Florenz stattfindet, hat das Institut passender Weise unter das Motto „Banking on values“ (Werte im Bankwesen) gestellt.

Was sind das eigentlich für Werte, die im Bankwesen zählen?

Aus meiner Berufserfahrung am Institute for Social Banking und in gezielten Gesprächen mit Menschen aus dem Finanzsektor⁶ habe ich mir ein Bild gemacht.

Die Banken „ware“ Geld kommt neutral daher

Auf die Frage hin, was ihm zu „Werten im Bankwesen“ einfallen, meint André Presse, Ökonom bei der Bochumer GLS Bank - trotz seiner Verknüpfung mit einer dezidiert Werteorientierten Bank - spontan, dass Werte ideell klingen und „im Bankwesen nichts verloren haben“, da sich das Bankwesen so „objektiv“ anhöre. So geht es vermutlich vielen Menschen, nicht nur weil sie in den letzten eineinhalb Jahren das Gefühl haben, dass das Bankwesen unethisch sei. Banken sind quasi die Verwalter des Geldes und daher ist eine Betrachtung dieses Mediums wichtig, um auch unseren Bezug zum Bankwesen besser zu verstehen.

Geld erscheint offenbar intuitiv als an sich wertfrei (Wert im Sinne von ethisch): „Pecunia non olet“ - Geld stinkt nicht, dies ist ein alter gesellschaftlicher Grundsatz, der auf die Neutralität bzw. Objektivität des Geldes anspielt. Geld besteht aus Papier oder Metall oder ist virtuell und besteht aus Zahlen. So kann das Gefühl entstehen, es habe über die Zahlenwerte hinaus keine Werte.

Hinzu kommt eine kulturelle Abneigung der Beschäftigung mit dem Geld gegenüber: „Über Geld spricht man nicht“, finden 72% der Deutschen im Jahr 2009, einer Studie von comdirect folgend.⁷ Nur 4% der in der Studie Befragten gaben an, offen mit ihren Bekannten über ihr Einkommen zu sprechen. Das individuelle Geld ist also nicht selbstverständlicher Teil unseres ge-

5 Webseite des Institute for Social Banking: www.socialbanking.org/das-institut (03.03.2010).

6 Vielen Dank an Andrea Valdinoci (Vermögensberater, GLS Treuhand), André Presse (Chefökonom der GLS Bank, habilitiert derzeit in Karlsruhe am Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung), Georg Schürmann (Geschäftsleiter der deutschen Niederlassung der Triodos Bank), Rainhard Quante (Bereichsleiter Vorstandsreferat, Sparkasse Blomberg) und Julian Kühn, Mirjam Fochler und Sven Remer, mit denen solche Ideen erst entstehen (alle drei Institute for Social Banking).

7 Für die Einstellung der Deutschen zum Geld und des Gesprächs darüber, vgl. Janson, S., „Geld - in Deutschland ein Tabuthema?“, 27.05.2009, online unter www.berufebilder.de/existenzruender/alles-was-geld-ist/geldanlage/geld-in-deutschland-ein-tabuthema#text (03.03.2010).

samtgesellschaftlichen Wertediskurses und so sind wir damit aufgewachsen, dass wir es auch nicht in unsere alltäglichen Reflexionen aufnehmen. Das Thema Geld und damit auch das Gespräch über die Aktivitäten der Banken, die mit dem Geld umgehen, ist geheim und findet nicht in der Öffentlichkeit statt, obwohl es unsere zwischenmenschlichen Beziehungen an jedem einzelnen Tag, an dem wir etwas kaufen, leihen oder schenken, prägt.

Ein weiterer Faktor der Anonymisierung des Bankwesens ist die einzigartige Globalität des Finanzsektors, der unter anderem durch seine virtuelle Handelsweise wie keine andere Branche die Möglichkeiten des gleichzeitigen Handels egal an welcher Stelle des Globus nutzen kann. Das Geld ist abstrakt geworden.

Diese Abstraktion findet sich auch in unserer persönlichen Suche nach den höchsten Gewinnen, einer weiteren Einflussgröße auf unser Verhältnis zum Bankwesen. Sehen wir die hohen Prozentsätze, wollen wir Reiz-Reaktions-mechanisch immer mehr von diesem Geld, wollen ein „Geldschnäppchen“ machen. Wir hören, dass „unser Geld für uns arbeitet“⁸, aber wie das funktionieren soll, das hinterfragen wir nicht. Das Geld ist zum Selbstzweck geworden. Wir bringen es nicht mehr mit realen Werten in Verbindung. Und die Bank ist in diesem Spiel nur noch der „Wert-neutrale“ Rahmen für das Geld, „das für uns arbeitet“.

Aus diesen kulturellen und systemischen Gründen heraus ist es verständlich, dass wir uns noch weniger als über das Bankwesen an sich über die ihm innewohnenden Werte unterhalten. Vor der Finanzkrise lag dies anscheinend an unserer kulturellen (Nicht-)Beziehung zu Geld, das eben „einfach da ist“. Seitdem der Bankensektor nun ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt ist, ist man zwar empört über die „gierigen“ und skrupellosen BankmanagerInnen, akzeptiert aber andererseits wiederum aus den besagten Gründen intuitiv, dass es grundsätzlich im Bankwesen keine Werte jenseits der Profitmaximierung gäbe.

Vertrauen ist das Kapital der Banken.

Dabei ist das Bankwesen schon in seiner Anlage nicht objektiv, sachlich oder neutral: Es basiert a priori auf einem Gefühl bzw. einem Wert, nämlich dem Vertrauen. Wir vertrauen beim Kauf darauf, dass uns jemand für ein Stück Papier, Metall oder für eine Zahl am Bildschirm eine Ware oder eine Dienstleistung in unseren Besitz übergibt, und die Verkäuferin ihrerseits vertraut darauf, dass sie mit diesem Wertsymbol (dem Schein, der Münze oder dem virtuellen Betrag) andere Waren oder Dienstleistungen kaufen kann.⁹

8 Zu dieser schizophoren Annahme empfehle ich das simple, aber prägnante Video „Money Clip“, online unter www.bewusst-investieren.de (04.03.2010).

9 Diese Tauschfunktion ist es, mit der Ökonomen das Geld definieren. Vgl. auch Vortrag von Dr. Elisabeth Allgöwer am 21.10.2009 an der Universität zu Köln: „Geld Kapital und Zinsen im Spiegel der Wirtschaftsgeschichte“. Präsentation des Vortrags kann die Autorin auf Anfrage zustellen.

Auch etymologisch ist diese Bedeutung des Geldes evident: Der Begriff des Kredits, eine der ursprünglichsten Bankdienstleistungen, kommt vom lateinischen „credere“, was „glauben“ bedeutet. Schon allein durch das Medium Geld, mit dem Banken umgehen, ist es also unmöglich, das Bankwesen als neutrale Dienstleistung zu betrachten, denn es ist immer abhängig vom Vertrauen und Glauben seiner Einleger (den „Gläubigern“) und muss seinen Kreditnehmern („Schuldnern“) Vertrauen entgegenbringen.¹⁰ Entgegen dem allgemeinen Gefühl der „Werte-Losigkeit“ (im Sinne von Neutralität) des Bankwesens, ist das grundlegende Kapital einer Bank das Vertrauen, welches nie neutral oder objektiv sein kann.

Durch die originär gefühlte „Objektivität“ des Bankgeschäfts hatte die Geldwirtschaft lange Zeit sozusagen einen „Vertrauensvorsprung“. Eine jede hatte ihre Hausbank und ging zum Bankberater „ihres Vertrauens“. Durch die Finanzkrise ist diese Selbstverständlichkeit bei vielen Menschen allerdings ins Wanken geraten. Durch Spekulation haben die Banken das Tauschmittel Geld selbst zur Ware gemacht und dabei das Geld ihrer Einleger verzockt. Auch die Hausbank um die Ecke hat „gutgläubigen“ Kunden „faule Produkte“ beispielsweise der Bank Lehman-Brothers verkauft. Und viele haben diese Produkte im „Glauben“ an ihre Hausbank angenommen. Nun stehen sie ohne ihr Ersparnis da.

Sieht man sich die Äußerungen von Banken und ihren Vorständen an, ist es keine besondere Erkenntnis, dass das Bankwesen auf dem Glauben der Aktionäre, Kunden und weiterer Stakeholder basiert. Für Reinhard Quante, Bereichsleiter Vorstandsreferat der Sparkasse Blomberg, ist Vertrauen „das oberste Gebot“ im Bankwesen. Auch für Stephen Green, Vorstand der HSBC Group, ist die Rückgewinnung des Vertrauens das wichtigste Ziel für seine Branche¹¹ - nicht nur des Vertrauens der Kunden, auch zwischen den Banken ist das Vertrauen durch die undurchsichtigen Bankprodukte der letzten Jahre und durch die anonymisierte Zockerei an den Finanzmärkten erschüttert. Dass diejenigen, die demselben Geschäft nachgehen und daher am genauesten wissen, was vor sich geht, einander nicht mehr vertrauen, zeigt die eigentliche Tiefe der Krise des Bankwesens.

Vertrauen entsteht durch Transparenz

Was ist falsch gelaufen? Die meisten Kunden können nicht wissen, was genau ihre Bank mit ihrem Geld macht. Getreu dem Grundsatz „über Geld spricht man nicht“, wird nicht veröffentlicht, an wen die Einlagen der Kunden verliehen werden bzw. wo ihr Geld angelegt wird. Generell kann ich einer Einrichtung insbesondere dann vertrauen, wenn ich verstehe, was diese Einrich-

10 Auch in den Begriffen „Gläubiger“ und „Schuldner“ kommen die sozialen Aspekte der monetären Interaktion zur Geltung.

11 Vgl. Green, S., „Positive Werte im Bankwesen“, Speech by Stephen Green, auf der Veranstaltung „Banken im Umbruch“, Frankfurt, 8. September 2009, online unter www.hsbc.com (03.03.2010).

ung mit meinem Geld macht. Dass diese Informationen vor der Krise nicht eingefordert wurden, liegt an den genannten kulturellen und systemischen Ursachen.

Es gibt ein Transparenzproblem - und das nicht erst durch die Entstehung komplexer „Finanzprodukte“ wie beispielsweise strukturierter Papiere, die selbst die Trader nicht verstehen. Um das eingeforderte Vertrauen wieder herzustellen, ist Transparenz im Bankwesen wichtiger denn je und kann auch nicht langfristig durch staatliche Garantien der Spareinlagen seiner BürgerInnen ersetzt werden. Dass ein transparentes Bankwesen möglich ist, zeigen Institute wie die GLS Bank und die Triodos Bank, die ihre vergebenen Kredite veröffentlichen. Diese offene Geschäftspolitik hat den Werte-orientierten Banken seit Ausbruch der Finanzkrise immense Kundenzuwächse gebracht.¹²

Vertrauen worauf?

Wie geht die Bank mit meinem Geld um?

Es ist essentiell, dass wir uns diese grundlegenden Eigenschaften des Bank- und Geldwesens wieder vor Augen führen. Gerade weil das Bankwesen auf dem sehr subjektiven und persönlichen Wert des Vertrauens beruht, müssen die weiteren Werte des Bankwesens erörtert werden. Worauf vertrauen denn die Kunden einer Bank? Zunächst darauf, dass diese verantwortlich mit ihrem Geld umgeht, in dem Sinne, dass sie das Geld in seinem Wert sichert und bestenfalls vermehrt. Vor allem die Geschäftsbanken, die gleichzeitig das klassische Bankgeschäft betreiben und im Investment-Banking aktiv sind, haben das Vertrauen ihrer Kunden tief erschüttert.

Doch auch *wie* die Bank mit ihrem Geld umgeht, ist im Rahmen der Finanzkrise ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Georg Schürmann, der nach 20 Jahren bei der Deutschen Bank nun seit 2009 als Geschäftsleiter der neuen Niederlassung der Triodos Bank in Deutschland tätig ist, macht für den Vertrauensverlust der Banken vor allem das „Dominieren des Quartalsgewinns“ und die starke Konzentrierung auf den „Shareholder Value“ der Geschäftsbanken verantwortlich: „Traditionelle Institute definieren sich über das Quartalsergebnis, das sagt eine Menge über die Werte aus, da man die Gewinnorientierung in den Mittelpunkt stellt. Die Kundenorientierung wird der Aktionärsorientierung untergeordnet.“ Dass Banken betriebswirtschaftlich vernünftig arbeiten müssen ist klar. Nur stellt sich die Frage, ob eine so kurzfristige und einseitige Strategie auch auf längere Sicht betriebswirtschaftlich vernünftig ist. Bringt sie den Aktionären (den Shareholdern) wirklich langfristig steigende Gewinne? Wenn sie dazu führt, dass das Vertrauen in den Bankensektor generell erschüttert wird, die Banken mit Milliardenhilfen „gerettet“ werden müssen und die Depots der Aktionäre immens an Wert verlieren, ist diese kurzfristige „Shareholder-Orientierung“ nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch für die Geldsicherung der Kunden und damit für das Geschäftsmodell der Banken an sich schädlich.

12 Vgl. Dohmen, C., „Ethikbanken...“, op.cit.

Verantwortung oder die Bank als Herzorgan der Wirtschaft

Die „Werte-orientierten“ Banken der Global Alliance und des Institute for Social Banking verbindet in ihren Leitbildern eine Sicht auf ein Bankwesen, bei dem der Mensch und das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht. Sie betonen die eigentliche Funktion des Bankwesens, nämlich dass sie als Finanzdienstleister der so genannten „Realwirtschaft“ dienen¹³ (damit sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Finanzsektors gemeint). Wilde¹⁴ Spekulationen mit den Einlagen ihrer Gläubiger lehnen sie ab.

Banken, in ihrer Funktion als Kapital- bzw. Finanzierungsquelle der Wirtschaft, können bildlich als das „Herzorgan“ der Wirtschaft verstanden werden und sind damit eine zentrale Schaltstelle in unserem Wirtschaftskreislauf. Als Vermittler zwischen Geldüberfluss und Geldbedarf nehmen Banken im Dialog mit ihren verschiedenen Stakeholdern die Trends, Anforderungen und Bedürfnisse in der Gesellschaft wahr. Doch sie registrieren sie nicht nur, sondern nehmen auch aktiv Einfluss: In dem sie bei der Kreditvergabe die Wahlmöglichkeit haben, welche Initiativen und Projekte mit Geld versorgt werden und welche nicht, gestalten sie die Gesellschaft mit.¹⁵

Banken haben somit eine große Macht. Und genau wie im traditionellen Wertgrundsatz „Eigentum verpflichtet“, kann man aus dieser Macht die besondere Verantwortung des Banksektors für die Gesellschaft ableiten. Die Bank ist eben nicht nur Verwalter der Geldeinlagen, sondern aktive „Agenda-Setterin“, d.h. sie bestimmt über die Agenda unserer wirtschaftlichen Aktivitäten.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung legen die genannten Werte-orientierten Banken den Fokus ihres Geschäfts nicht auf die größtmögliche Maximierung des ökonomischen Profits¹⁶, sondern auf die kulturellen, ökologischen und sozialen Bedürfnisse von Mensch und Natur. Diese breite „Stakeholder-Orientierung“ ermöglicht ihnen eine Generierung von Gewinn über den rein materiellen Profit, den sie als Betriebe natürlich ebenfalls erwirtschaften, hinaus. „Natürlich müssen wir profitabel sein“, sagt Georg Schürmann. Dies steht aber nicht im Gegensatz zu seiner

13 Der Vorstandssprecher der GLS Bank meint beispielsweise: „Der Finanzmarkt muss wieder zum Dienstleister der Realwirtschaft werden.“ Quelle: Jorberg, T., „Geld hat Menschen zu dienen - nicht umgekehrt“, Frankfurter Rundschau, 07.11.2008, online unter www.gls.de/die-gls-bank/presse/pressespiegel/geld-hat-menschen-zu-dienen-nicht-umgekehrt.html (04.03.2010)

14 Nicht jede Spekulation am Finanzmarkt ist im aktuellen Wirtschaftssystem generell zu verurteilen. Manche Absprachen in Bezug auf einen zukünftigen Preis erhöhen sogar die Sicherheit eines Handels. Problematisch wird es dann, wenn auf diese Absprachen weitere Wetten abgeschlossen werden - quasi „wild“ spekuliert wird. In dieses Thema tiefer einzusteigen, ist allerdings nicht Aufgabe dieses Artikels.

15 „Money means to form society“, sagte Andreas Neukirch in seinem Vortrag auf der International Summer School on Social Banking 2008, anzusehen im Film zur Summer School 2010, online unter www.social-banking.org/de/summer-school/summer-school-2010/ (04.03.2010).

16 Vgl. Scheire, C., de Maertelaere, S., „Banking to make a difference. A preliminary research paper on the business models of the founding member banks of the Global Alliance for Banking on Values“, June 2009, Artevelde University College, online unter www.social-banking.org/forschunglehre/literatur-artikel/ (03.03.2010).

Einstellung zu Geld, welches er „als Mittel zum Zweck“ betrachtet. Zum Zweck, „den Menschen zu dienen“.

Doch nicht nur in den, trotz großen Wachstumszahlen, bisher vom Volumen her relativ „kleinen“ ethischen Bankenspielen gesellschaftliche Werte eine zentrale Rolle. Laut Sparkassen-Vorstandsreferent Rainhard Quante stehen auch im Geschäftsmodell der Sparkassen nicht die Gewinnmaximierung, sondern „Gemeinwohlorientierung, die Nähe zu den Kunden, die enge Verbundenheit mit der Region und soziales sowie gesellschaftliches Engagement“ im Vordergrund. Eine „lebensbegleitende Partnerschaft“ und „ganzheitliche Beratung“ seien grundlegende Werte des Bankwesens, die von den Sparkassen verfolgt werden. Und auch bei allen genossenschaftlich orientierten Geldinstituten spielen diese Gedanken eine große Rolle. Das grundlegende Verständnis des Bankwesens als Träger gesellschaftlicher Verantwortung (zumindest für die Mitglieder der Genossenschaft) hat also eine lange Tradition.

„Warmes Interesse am Mitmenschen“

Banken, die „Verantwortung für Mensch und Natur“ übernehmen. Das hört sich für viele Menschen in unserer heutigen Kultur des monetären Erfolgs wahrscheinlich exotisch an. Aber genau diese Verantwortung ist der Motor, der die Mitarbeiter in den Werte-orientierten Banken antreibt. Andrea Valdinoci, Vermögensberater bei der GLS Treuhand, nennt es „die Lust, Zusammenhänge denken zu können, wie zum Beispiel was ich eigentlich bewirke, wenn ich einen Kredit vergebe“. Oder mit den Worten von André Presse: „Ein unstillbarer Hunger und Durst, die Bedürfnisse der anderen erkennen und befriedigen zu wollen - mit einem warmen Interesse am Mitmenschen“ und dem zugrunde liegend einem „vertrauenswürdigen Umgang mit Geld“. Die Freude an der Möglichkeit also, wie es Valdinoci sagt, „durch Geldprozesse keine Beziehungen zu zerstören, sondern aufzubauen“.

Besonders wichtig ist ihm in diesem Zusammenhang, dass die Bank auch eine Bildungseinrichtung für Geld sein müsse, denn „wenn ich es unverständlich lasse, behalte ich die Macht“. In dieser Bereitschaft, die erkannte „Macht“ der Bank durch Bildung abzugeben, werden die grundlegenden Werte des ethischen Bankwesens deutlich: *Verantwortung* zu übernehmen, mit den Kunden in einen *fairen Dialog* zu treten, sie *partizipieren* zu lassen, sich *Vertrauen* und *Respekt* entgegen zu bringen und *transparent* zu kommunizieren.¹⁷

In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Warum erscheinen diese Werte so entrückt von der heutigen Realität? Dies liegt meines Erachtens daran, dass wir uns in unserem Gesellschaftsdiskurs lange nicht mehr mit den grundlegenden Werten unserer Gemeinschaft auseinandergesetzt haben. Da der

17 Vgl. auch Global Alliance for Banking on Values, „Charter of the Global Alliance for Banking on Values“, 2009, online unter www.gabv.org/AboutUs/OurCharter.htm (04.03.2010)

Kapitalismus 1990 endgültig als freiheitliches Lebensmodell „gesiegt“ hatte, wurden die „Profitmaximierung um jeden Preis“ und die Ökonomisierung unseres Lebens lange nicht hinterfragt. Der Glaube an den Markt als Adam Smith'schem Garant des allgemeinen Wohlstands erschien bis 2008 wie eine Weisheit, die um keinen Preis angetastet werden durfte, - mit dem Wundermittel der „Freiheit der Märkte“ konnte auch der „Kasino-Kapitalismus“ gerechtfertigt werden und jede, die ihn kritisierte, konnte als „Linke“ bezeichnet werden. Doch nun steht dieser Grundsatz wieder zur Debatte: „Der so genannte Washington Consensus, der auf der theoretischen Hypothese effizienter Märkte beruht, wird die gegenwärtige Krise nicht überleben“, meint der Chef der größten internationalen Bank, HSBC-Vorstand Stephen Green. Nach der tiefgreifendsten Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren, müssen und dürfen wir uns also erneut fragen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Natürlich wird jeder Mensch diese Frage individuell unterschiedlich beantworten, doch zumindest folgenden grundlegenden Werten wird keine politische Couleur widersprechen: die Sicherung der Menschenwürde, Generationengerechtigkeit, Bekämpfung von Armut bzw. angemessene Wohlstandsverteilung (wohl wissend, dass es der Diskussion bedarf, was „angemessen“ bedeutet), der Schutz der Umwelt als Lebensgrundlage für den Menschen und Freiheit für jeden - in einem Umfang, wie sie die Freiheit der anderen nicht belastet. Diese Freiheit umfasst natürlich auch die ökonomischen Bedürfnisse des Menschen, aber eben auch seine sozialen und kulturellen, die mit dem Primat des ökonomischen Erfolgs der letzten zwei Jahrzehnte nicht nur faktisch, sondern auch intellektuell in den Hintergrund gedrängt wurden. Das erkennt man noch heute, wenn einige Politiker die Lage nicht verstehen und immer noch nur den einen Gott Wachstum kennen¹⁸.

Es muss auch betont werden, dass in den meisten Kaderschmieden der Wirtschaft (oft staatliche Universitäten) die Lehre Adam Smith's zu einseitig interpretiert wird, dort, wo die in den Medien viel zitierten Wirtschafts„experten“ sitzen: Adam Smith prägte zwar den Begriff der „unsichtbaren Hand“ und legte Wert auf die Effizienz der Arbeitsteilung (Wohlstand der Nationen, 1776). Ebenso wichtig ist jedoch das Anliegen seines Werks „Theorie der ethischen Gefühle“ (1759), das Smith bis zu seinem Lebensende immer wieder überarbeitete, das aber bis zuletzt mit dem Satz beginnt: „Für wie egoistisch man den Menschen auch immer halten mag, so ist er doch offenkundig von Natur aus so veranlagt, dass er sich für das Schicksal anderer interessiert und er deren Glück und Wohlbefinden als für sich wichtig betrachtet, obwohl er davon keinen Nutzen hat, außer der Freude, die anderen so zu sehen.“

Ob Smith glücklich darüber wäre, dass er Pate für die Hypothese der unregulierten, effizienten Märkte steht? Zumindest ist für ihn offenbar genau das „warme Interesse am Mitmenschen“, welches die Geschäfte

18 Stichworte hier: „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ oder auch der Titel des Koalitionsvertrags der Bundesregierung, die am 27.09.2009 gewählt wurde: „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“

der Werte-orientierten Banken prägt, ein zentraler Charakterzug der Menschen. Wir sind für ihn soziale und nicht rein ökonomische Wesen.¹⁹ Diese „menschliche“ Komponente des Miteinander-Wirtschaftens spielt allerdings bis heute im Rahmen der Ausbildung unserer (Bank-)Manager kaum eine Rolle. Sich auch für ein Umdenken an den Orten einzusetzen, in denen unsere Führungskräfte ausgebildet werden, dazu haben wir aktuell die Chance. Organisationen wie das Institute for Social Banking oder auch oikos oder sneep, Studentenorganisationen für nachhaltiges Wirtschaften²⁰, machen sich hierfür bereits seit Jahren stark.

Wir haben gesehen: Banken haben die Macht, die Gesellschaft zu formen. Einige nutzen diesen Einfluss bereits, um damit „Mensch und Natur“ und nicht ausschließlich sich selbst zu dienen (Geld als Mittel zum Zweck, nicht als Selbstzweck). Aus ihrer Verantwortung leiten sie Werte wie *Transparenz*, *Fairness*, und *Partizipation* ab, und streben so einen vertrauensvollen *Dialog* mit ihren Kunden und der Gesellschaft als ganzer an (breiter Stakeholder Value).

Auch die Geschäftsbanken beginnen, über ihren gesellschaftlichen Einfluss und ihre Verantwortung nachzudenken. Aber auch wir als BürgerInnen haben nun Gelegenheit, uns klar zu werden, in was für einer Gesellschaft wir leben möchten. Welche Rahmenbedingungen möchten wir der Wirtschaft stecken? Wie lieb ist uns unsere wirtschaftliche Freiheit? Möchten wir lieber Anreize schaffen als Grenzen ziehen? Wie erreichen wir eine Umbesinnung in der Bildung? In unserer Demokratie haben wir die tolle und international privilegierte Möglichkeit, all dies aktiv zu gestalten. Nutzen wir sie!

Über die Autorin

Die Diplom-Regionalwissenschaftlerin Katharina Beck ist Projektmanagerin am ISB und dort unter anderem verantwortlich für Kommunikation, die Summer School und für weitere Seminare. 2008 war sie Präsidentin von oikos International.

Beck ist LEAD Fellow, schreibt unter www.kathas-welt.de über Nachhaltiges Leben und lebt in Köln.

Kleine Linkliste

Institute for Social Banking | www.social-banking.org
 Global Alliance for Banking on Values | www.gabv.org
 GLS Bank | www.gls.de
 Triodos Bank | www.triodos.de
 Bewusst investieren | www.bewusst-investieren.de
 BankTrack | www.banktrack.org

¹⁹ Dass der homo oeconomicus eine Legende ist, wird eigentlich in der Wissenschaft kaum mehr bestritten. Dies unterstützen beispielsweise unterschiedliche Experimente der Spieltheorie. Dennoch liegt er als Grundannahme vielen wirtschaftswissenschaftlichen Modellen zugrunde.

²⁰ Online unter www.oikos-international.org und www.sneep.de (05.03.2010).

Petitionen zum Bankwesen

In den letzten beiden Heften haben wir ausführlich berichtet über die von Freunden der „Achberger Kooperative“ lancierte Petition, die das Ziel verfolgt, die Hypo Real Estate-Bank dauerhaft in eine gemeinnützige Körperschaft öffentlichen Rechts zu überführen. Herbert Schliffka, einer der Initiatoren, teilt in einem Schreiben an alle in diesen Fragen Engagierten mit, dass sich die Petition nun in der „parlamentarischen Prüfung“ befindet.

Inzwischen gibt es eine weitere Petition zum Thema Banken. Seit dem 16.12.2009 kann die Petition „Bankwesen - Geldschöpfung durch den Staat“ bis zum 11.03.2010 mitgezeichnet werden. Der Text lautet: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass das Finanzsystem so zu verändern ist, dass nicht mehr die Banken das Geld durch Kredite schöpfen, bei einer Kapitaldeckung von gerade einmal 8%, sondern der Staat das Geld selbst schöpft und in angemessenem Umfang im öffentlichen Interesse in Umlauf bringt, bzw. ausgibt“ (Siehe: <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=8867>)

Diese Petition hat bereits eine große Zahl von Mitunterzeichnern gefunden, weit mehr als die HRE-Petition. Dies zeige, so Schliffka in seinem Schreiben, „dass der Staat vielen noch als eine attraktive Alternative erscheint, wenn das privatkapitalistische System in eine Krise gerät.“ Staatliche Zentralverwaltung einerseits, dezentraler Privatkapitalismus andererseits seien aber eine falsche Alternative. Auf der Petitionsausschuss-Webseite des Deutschen Bundestages ist nun eine interessante Debatte mit bisher bereits weit mehr als 300 Beiträgen in Gang gekommen.

Einer dieser Beiträge von Christoph Klipstein, einem Mitinitiator der Petition zur Umwandlung der Hypo Real Estate scheint uns von so grundsätzlicher Bedeutung, dass wir ihn hier ungekürzt dokumentieren. Im Netz findet man den Beitrag unter <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?topic=3798.msg70679#msg70679>

Geldschöpfung durch den Staat?

Christoph Klipstein

Geldschöpfung durch den Staat? Endlich kommt das Thema am Gemeinwohl orientierter Geldschöpfung in Fahrt. Wir, d.h. die Petitionsgemeinschaft „Achberger Kooperative“ hatten Ende vorigen Jahres eine öffentliche Petition ähnlicher Stoßrichtung im Netz (Suchbegriff: Kreditwesen - HRE-Bank), in welcher wir eine zinsgünstige, am Gemeinwohl orientierte Kreditvergabe vorschlugen. In einem Modellversuch sollten Produktionskredite durch eine in ihrer Aufgabenstellung veränderte und erweiterte HRE Bank, unter dem neuen Namen „Gemeinnützige Kreditbank GKB“, als Dienstleistung an die Realwirtschaft vergeben werden. Dazu sollte sie

auf Grundlage entsprechend zu schaffender Gesetze zinsfrei mit von der Zentralbank geschöpftem Geld versorgt werden (<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=7672>)

Durch weitere Petitionen dieser Art und eines hoffentlich nicht mehr allzu fernen Tages durch eine Bundesvolksabstimmung (wenn unser deutsches Grundgesetz erst einmal erwachsen geworden sein wird...) sollten wir die Sache nachhaltig ins Rollen bringen. Solange die Kredit vergebende Geldschöpfung ausschließlich durch gewinnorientierte oder gar spekulierende Privatbanken geschieht, werden die Finanzkrisen nicht zur Ruhe kommen können.

Der Staat „musste“, um Schlimmeres zu verhüten, mit Steuermilliarden rettend eingreifen, so der allgemeine Konsens in der Politik. Trotzdem hat sich die „Kreditvergabemoral“ der Banken nur ungenügend verbessert.

Die nicht nachlassende Welle von Kreditklemmen und drohenden Insolvenzen des Mittelstandes hat die Bundesregierung veranlasst, auf dem „Konjunkturjpfel“ Anfang Dezember im Kanzleramt die Finanzinstitute zu größeren Anstrengungen zu bewegen, um eine Kreditklemme in der Wirtschaft zu verhindern. Die Konjunktur könne nur anspringen, wenn die Kreditversorgung gesichert sei, mahnte die Bundeskanzlerin.

Gut gebrüllt Löwe: Die Wirtschaft bedarf der Kreditversorgung, wie ein lebendiger Organismus auf die Durchblutung angewiesen ist.

Würde das Kreislaufsystem einen Organismus nicht genügend und nur stockend mit Blut versorgen, hätte man ein ernsthaftes medizinisches Problem. Geradezu tödlich (und in einem natürlichen Organismus paradox) wäre es, wenn ein Kreislaufsystem die „Option hätte“, einen fremden oder völlig anderen Organismus zu „günstigeren Konditionen“ mit Blut zu versorgen - und den eigenen während dessen sich selbst zu überlassen: Soll er doch sehen, wo er bleibt, ob er nicht andere „Blutgeber“ finden oder sich sein Blut mit anderen Organen „selbst erwirtschaften“ kann...

Wenn ein Organ „aus Eigeninteresse“ mit optimalen, dynamischen Wachstumsraten sich vergrößert und in seinen Funktionen nachlässt, nennt das die Medizin: Krebs! „Appelle“ an ein krebserkranktes Organ, „größere Anstrengungen“ für die „Dienstleistung“ seiner Organfunktion zu unternehmen, wären widersinnig und liefen ins Leere: Es käme darauf an, dass die Organfunktion nachhaltig wiederhergestellt würde, durch Ausheilung des Krebses.

Wie wäre das „Karzinom unseres Finanzsystems“ zu therapieren, wie wäre eine zuverlässige, auch in Krisenzeiten nicht nachlassende Kreditversorgung der Realwirtschaft zu sichern?

Durch Appelle an private Bankinstitute, welche im heutigen Rechtssystem die im Grundgesetz geforderte Sozialbindung des Eigentums legal ignorieren dürfen und an Gewinnen orientiert sein können, dort wo sie - jenseits jeder ethischen Vernunft - am höchsten ausfallen?

Es wird kein Weg daran vorbei führen, die Geldschöpfung gemeinnützig zu gestalten, wenn eine Umkehr wirklich gewollt wird.

Aber an dieser Stelle wäre noch ein weiterer Aspekt zu betonen, der in der vorliegenden Petition „Geldschöpfung durch den Staat“ nicht so recht deutlich wird: - Selbstverständlich muss der Staat in angemessener Form beteiligt sein, als Repräsentant der Bürger, welcher in unserem Interesse die Einhaltung des Grundgesetzes zu gewährleisten hat. Dies bedarf im Falle der Geldschöpfung neuer Rahmengesetze mit entsprechenden Vorgaben. Einer Verstaatlichung, damit die „Politik“ die Kreditvergabe zuverlässig anordnen kann, bedarf es jedoch keineswegs!

Hat der Staat, haben mit Finanzinteressen verfilzte Behörden und Politiker sich bisher durch Wahrung der Interessen des Gemeinwohls oder durch überragende Sachkompetenz bei der Kreditvergabe hervorgetan? Die Skandale der Landesbanken sprechen für sich!

Eine soziale, solidarische und gleichzeitig liberale Position kann staatliches Haushalten und Wirtschaften im Bankwesen auch nicht vorübergehend als „Brückentechnologie“ befürworten.

Nachhaltige, auch in Krisenzeiten funktionierende Kreditvergabe wäre eine verbindlich am Allgemeinwohl orientierte Dienstleistung für die Gesamtwirtschaft! - Der Staat und ebenso private Bankinstitute, mit ihrer Verantwortlichkeit gegenüber gewinnorientierten Aktionären, haben in dem sensiblen Bereich der unverzichtbaren Kreditvergabe versagt.

Eine demokratisch legitimierte Geldschöpfung im Auftrag der Bürger sollte sowohl staatliche, an Lobby-Gruppen orientierte Inkompetenz als auch privates Gewinninteresse vermeiden!

Nicht eine Verstaatlichung, sondern gemäß Artikel 15 GG andere Formen des Gemeineigentums böten hier einen geeigneten institutionellen Rahmen:

Und zwar einen solchen Rahmen, innerhalb dessen freie, unabhängige, unternehmerische Initiative verbunden werden kann mit der verbindlichen, gesetzlich festgeschriebenen, ausschließlichen Orientierung auf das Gemeinwohl - im Sinne der Sozialbindung des Eigentums!

Der Artikel 15 GG sieht hier ja ausdrücklich vor, dass Produktionsmittel nach Regelung entsprechender Entschädigungen vergesellschaftet werden und „in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden“ können, wenn das Gemeinwohl dies erfordert!

Freie Unternehmerinitiative hat sich in der Betriebswirtschaft bewährt, umso mehr, als sie nicht an Spekulationsgeschäften beteiligt war, sondern am Wohl ihrer Kunden in der Realwirtschaft orientiert blieb.

Wir trauen freier, unabhängiger Unternehmerinitiative noch eine weitaus höhere Leistungsqualität zu - und eine ethische zudem - wenn sie die Gestaltung ge-

meinnütziger gesamtwirtschaftlicher Prozesse an dem neuralgischen Punkt der Kreditvergabe in die Hand nehmen könnte!

Eine solche altruistische Unternehmerinitiative hätte recht gute Entwicklungsmöglichkeiten, wenn Kredit gebende Banken (einschließlich der unabhängigen Zentralbank) in eine von staatlicher Verwaltung befreite Rechtsform gemeinnütziger Körperschaften öffentlichen Rechts überführt würden. Sie könnten dann, am Bedarf orientiert, frei geschöpftes Geld als zinslosen, nur mit kostendeckenden Bearbeitungsgebühren belasteten Kredit an solche Unternehmen der Realwirtschaft vergeben, die bestimmte Bedingungen erfüllen, so dass eine Orientierung am Gemeinwohl gegeben ist! Entsprechende Gesetze wären zu beschließen.

Entprivatisierung und Entstaatlichung des Bankwesens ist also die *Maxime* eines solchen 3. Weges. - Dieser Weg ermöglicht, dass die Führungsgremien der Banken in ihrer Leitungsfunktion durch solche Aufsichtsräte demokratisch legitimiert und kontrolliert werden, in die gesellschaftlich relevante Gruppen ihre sach- und fachkundigen Vertreter delegieren.

Situation und schriftlich fixierter Wille übereinstimmen. Wenn sie sich einig sind, kann der Wille des Patienten respektiert werden. Kein Patient kann nicht indizierte Maßnahmen verlangen. Sind sich Arzt und Betreuer nicht einig, so muss das Betreuungsgericht angerufen werden. Der Richter muss die Beteiligten anhören und ein schriftliches Gutachten eines nicht behandelnden Arztes einholen.

Mindestens 95% der bisher verfassten Verfügungen erfüllen die inhaltlichen Vorgaben des Gesetzes nicht! In Nofallsituationen hat der Arzt zu handeln, da eine Verfügung nicht geprüft werden kann.

Aus ethischer Sicht ist eine Fülle von Aspekten und Antinomien zu berücksichtigen.

Die fehlende Reichweitenbegrenzung mag logisch und rechtlich begründet sein: sie ist ein gefährlicher Dammbrech - sie öffnet den argumentativen Weg zur Tötung auf Verlangen.

Einige leben in der Illusion, man müsse alles regeln, alles normieren, auch das Lebensende; im Namen von Autonomie und Selbstbestimmung sei der Wille zu beachten; der Wille eines Menschen/Patienten sei konstant - für all diese und andere Postulate, die von juristischer und politischer Seite angeführt werden, gibt es weder empirische, rechtsphilosophische noch ethische Begründungen.

Die meisten Verfügungen werden in der Verneinungsform verfasst, sie lehnen Maßnahmen ab. Dies geschieht aus Angst vor der sogenannten Apparatemedizin, aus Angst, man könnte lange in einem „menschenunwürdigen“ Lebenszustand gehalten, gar am Sterben verhindert werden, aus Angst vor dem Alleine-Sein. Das natürliche Sterben, der sogenannte natürliche Verlauf einer Erkrankung seien besser.

Nun, Angst ist prinzipiell kein guter Berater. Der mündige Bürger, der seine Selbstbestimmung und Autonomie in Anspruch nehmen will, muss sich informieren und kundig machen. Was heißt Apparatemedizin? Ist der natürliche Verlauf einer Erkrankung wirklich der angenehmere Weg? Welche Folgen bringt es mit sich, wenn man alle Maßnahmen ablehnt? Man wird in einem Gesundheitssystem, dessen alleinige *Maxime* das Sparen ist, die Einsamkeit dadurch verstärken, ohne Hilfe, ohne Begleitung sein. War das so intendiert?

Wir können prinzipiell die Zukunft nicht voraussehen, ebenso wenig den Verlauf einer Erkrankung. Es wird daher kaum möglich sein, dem Gesetz entsprechend hinreichend konkret die Situation zu formulieren.

Verfügungen werden meist aus dem Ex Post formuliert: den Endzustand einer Erkrankung will man für sich nicht. Der Arzt kann nur aus dem Ex Ante handeln, da er den Endzustand einer Erkrankung nicht sicher voraussagen kann.

Die prognostische Fehlerquote bei Gehirnschädigungen beträgt mehr als 40%: darauf einen Therapieverzicht zu basieren ist abenteuerlich!

Gesundheitswesen

Die Patientenverfügung: Was ändert sich mit dem neuen Gesetz?

Mehr Sicherheit oder gefährliche Illusion?

Paolo Bavastro

Nach vielen Gerichtsurteilen, die zum Teil widersprüchlich waren und nach jahrelanger Diskussion ist am 1. September 2009 das Gesetz in Kraft getreten, das die Patientenverfügung regelt.

Formal ist nur die schriftliche Form vorgeschrieben, keine vorherige Beratung, keine Aktualisierung durch Unterschrift, und keine sogenannte Reichweitenbegrenzung: der geäußerte Wille gilt generell, nicht nur bei einem Erkrankungszustand, der bald zum Tode führt. Bisher verfasste Verfügungen behalten ihre Gültigkeit.

Inhaltlich sind die Hürden höher: die Formulierungen müssen sich hinreichend konkret auf bestimmte Heilbehandlungen und ärztliche Eingriffe beziehen, es muss die konkrete Beschreibung der Anwendungssituation vorliegen. Allgemeine Formulierungen sind nicht bindend, haben lediglich Hinweischarakter. Der Arzt hat zunächst Diagnose, Prognose und notwendige Maßnahmen zu prüfen; der Betreuer prüft dann, ob

Die wenigen empirischen Daten die uns vorliegen, sind deutlich: das Betroffen-Sein ändert die Einstellung zu Krankheit, Therapie und Lebenswille meist radikal im Unterschied zur Vorstellung des Betroffen-Seins, die am „grünen Tisch“ einst formuliert wurde. Das müssen Juristen, Ärzte und die Verfasser einer Verfügung wissen und berücksichtigen!

Fragwürdige Begriffskonstruktionen sind der komplexen Materie nicht dienlich. Der mutmaßliche Wille soll ermittelt werden, wenn der formulierte Wille nicht vorliegt: Mutmaßungen öffnen aber den Weg zu Fremdbestimmung. Indirekte Sterbehilfe bedeutet, dass durch Gabe von Schmerzmitteln in Kauf genommen wird, dass der Patient möglicherweise dadurch früher stirbt. Die Realität sieht anders aus: durch eine lege artis durchgeführte Schmerztherapie lebt der Patient länger und besser! Neuerdings ist der Begriff des natürlichen Willens eingeführt worden: gemeint sind Äußerungen des scheinbaren Unmuts eines bewusstlosen Patienten, wenn bestimmte Handlungen an ihm durchgeführt werden - beispielsweise den Mund zu kneifen bei Mundpflege oder Ernährungsversuchen: solche Äußerungen werden als „Wille zum nicht mehr Leben wollen“ interpretiert. Jeder der auf diesem Gebiet Erfahrung hat, weiß wie absurd eine solche Interpretation ist.

Es ist merkwürdig, wie Erfahrungen aus dem Ausland ignoriert werden: in den USA wurde über 20 Jahre lang die Verfügung propagiert. Dennoch hat nicht mehr als etwa 20% der Bevölkerung eine solche verfasst. Das Ergebnis einer kürzlich durchgeführten Untersuchung zeigte, dass eine Verfügung sich als Instrument der Selbstbestimmung am Lebensende keineswegs eignet.

Anhand eines prominenten Falls soll die Komplexität verdeutlicht werden. Der kürzlich 99-jährig verstorbene Michael E. DeBakey war der Pionier der Herzchirurgie. Er hatte die Klassifizierung der Aortenaneurismata vorgenommen. Er verspürte 97-jährig einen Zerreißungsschmerz im Brustkorb und stellte an sich selbst die korrekte Diagnose einer Aortendissektion. Er verweigerte die Operation und legte seinen Willen fest. Wenige Wochen später verschlechterte sich sein Zustand, er willigte ein, ins Krankenhaus gebracht zu werden. Er verlor das Bewusstsein, sein Zustand verschlechterte sich weiter. Wegen Differenzen unter den Ärzten wurde eine Ethikkommission einberufen, die sich schließlich gegen den in der Patientenverfügung festgelegten Willen entschied: DeBakey wurde operiert, und konnte trotz einiger Komplikationen nach Hause entlassen werden. Er äußerte sich glücklich darüber, operiert worden zu sein und zu leben. An seine Patientenverfügung, an seine Ablehnung der Behandlung und der Wiederbelebung erinnerte er sich nicht. Er vertrat die Ansicht, dass Ärzte solche Entscheidungen ohne Ethikkomitee treffen sollten und sich auf ihre Fürsorgepflicht besinnen müssten.

Nur der angelsächsische Pragmatismus hat ein solches verantwortungsvolles Verhalten der Ärzte ermöglicht. Nach dem verabschiedeten Gesetz wäre ein solcher Verlauf nicht möglich.

Der persönliche Entscheidungsspielraum am Lebensende ist sehr begrenzt, das Problem ihn zu regeln hoch

komplex; eine rechtlich-normative Lösung kann diesem primär ethischen Problem nicht gerecht werden. Die Grundfrage, wie mit der Autonomie des nicht mehr autonomen Patienten umzugehen ist, ist nicht annähernd gelöst. „Der in unserer Gesellschaft zunehmend auf die Bürger ausgeübte moralische Druck, auch noch die Umstände des eigenen Sterbens gedanklich präzise antizipieren und das Ende des Lebens lange im Voraus juristisch wasserdicht organisieren zu sollen, um andere von der Mitverantwortung zu entlasten, stellt im Grunde genommen eine inhumane und trostlose Zumutung dar“ (A. W. Bauer, Zeitschrift für medizinische Ethik, 2009).

Die fehlende Reichweitenbegrenzung bedeutet einen Dammbbruch: von der logischen Argumentation her öffnet sie Tür und Tor für die Einführung der Tötung auf Verlangen - entsprechende Arbeiten sind bereits erschienen.

Es ist vorauszusehen, dass das verabschiedete Gesetz die vielfältigen Probleme nicht lösen wird: die Fürsorge ist, zum Schaden des Patienten, zugunsten des alleinigen Willens weit in den Hintergrund gedrängt worden. Insofern ist jede gesetzliche Regelung eine gefährliche Illusion. Entweder werden Ärzte in Nihilismus verfallen und resigniert ihre Fürsorgepflicht zum Schaden der Patienten aufgeben; oder sie werden weiterhin die Fürsorgepflicht ernst nehmen - dann wird es eine Überflutung der überforderten Betreuungsgremien geben.

In unserem Gesundheitssystem ist hingegen eine anders formulierte Patientenverfügung notwendig: „Ich möchte, dass die mich behandelnden Ärzte das medizinisch Notwendige tun...“

Da im Zustand der Einwilligungsunfähigkeit nur eine Stellvertretung möglich ist (Betreuer, Richter und Anwälte sind auch nur mehr oder weniger legitimierte Stellvertreter), ist dringend zu empfehlen, eine alleinige Vorsorgevollmacht zu verfassen: nur diese garantiert, dass ein Mensch meines Vertrauens für mich das Beste versucht zu entscheiden - dieser Weg entspricht den Wünschen, die empirisch ermittelt wurden. Nur durch eine Vorsorgevollmacht kann jeder versuchen, Schaden von sich selbst als Patienten abwenden.

Über den Autor

Dr. P. Bavastro ist Internist und Kardiologe, mit der Zusatzqualifikation Anthroposophische Medizin, war lange Jahre Chefarzt der internistischen Abteilung der Filderklinik, er hat eine 30-jährige intensivmedizinische Erfahrung. Seit vielen Jahren beschäftigt er sich mit ethischen Fragen in der Medizin; u.a. dafür ist ihm 2002 das Bundesverdienstkreuz verliehen worden.

Grundeinkommen

„Das wichtigste Sozialurteil darf nicht in Suppenküchen münden“

Götz W. Werner zum Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu den Regelleistungen nach Hartz-IV vom 9. Februar sollte von der Politik ernst genommen werden, so der Leiter des Instituts für Entrepreneurship der Universität Karlsruhe und Gründer von dm-drogeriemarkt. Dazu komme es aber nicht, wie erste Reaktionen zeigten: „Statt über eine angemessene Kindergrundversicherung nachzudenken, fällt Arbeitsministerin von der Leyen nichts Besseres ein als Suppenküchen, Schulspeisung und Nachhilfeunterricht, von Verwaltungen organisiert und von Bürgern finanziert. Es geht den Richtern um würdiges Leben, nicht um Arbeitsbeschaffung für eine Verwaltung, die schon bei der Festsetzung der Bemessungsgrenzen gezeigt hat, dass sie völlig überfordert ist.“

Gerade vor solchen Ideen von Verwaltung und Politik müssen die Bürger geschützt werden. Die Richter stellen klar, dass jedem Bürger ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gewährleistet werden muss. Suppenküchen und andere Sachleistungen auf Antrag öffnen neue Tore für Willkür und Fehleinschätzungen und verletzen das Recht auf ein Leben in Würde.

Dies gilt insbesondere für die 1,7 Millionen Kinder und Jugendlichen, die der Hilfe durch die Bürgergemeinschaft bedürfen. Ihre physische Existenz und nachhaltige Entwicklung durch Bildung und Zuneigung müssen durch die rasche Einführung eines Kindergrundeinkommens gesichert werden, so wie dies die Experten des Deutschen Kinderschutzbundes seit langem fordern. Das Geld gehört in die Hände der Eltern und nicht in die von Bürokraten.

In einem zweiten Schritt ist es notwendig, ein Grundeinkommen einzuführen, das jedem Bürger ohne administrative Verrenkungen zukommt. Weder willkürliche Regelsätze für arbeitslose Menschen noch ebenso willkürliche Steuerfreibeträge für Menschen in Arbeit sind eine passende Antwort auf die richterliche Entscheidung. Vielmehr müssen diese an Bedingungen gebundenen und von parteipolitischen Konstellationen abhängigen Grundsicherungen der Bürger durch ein bedingungsloses Grundeinkommen abgelöst werden. Ich zweifle an der Aufrichtigkeit von Politikern, die Gängel- und Kontrollsysteme einführen wollen, um den Richterspruch umzusetzen. Dies ist weder sozial noch christlich, sondern soll lediglich der Zivilgesellschaft die individuellen Rechte zugunsten der politischen Entscheider entziehen.“ (<http://www.iep.uni-karlsruhe.de>)

Erfolg der Solidarität

Nicanor Perlas zurück im Präsidentschaftswahlkampf der Philippinen

Wie im letzten Heft der Zeitschrift berichtet, hatte die philippinische Wahlkommission Comelec den Dreigliederungsaktivisten und Träger des Alternativen Nobelpreises Nicanor Perlas als „Störkandidat“ aus dem Rennen um die philippinische Präsidentschaft zu nehmen versucht. Mitte Januar ruderte das Gremium zurück. In ihrer Resolution 8743 ließ die Kommission verlautbaren, dass Perlas wieder in die Liste der Kandidaten für die Wahl am 10. Mai aufgenommen wurde.

Das ist ein Erfolg der Demonstrationen im Land, aber nicht zuletzt auch der weltweiten Kampagne, an deren Zustandekommen auch viele FreundInnen der Initiative Netzwerk Dreigliederung beteiligt waren. Binnen kürzester Zeit hatte sich etwa 2000 Menschen über eine Petitionsseite an die Wahlkommission gewandt.

Unter den neun jetzt zur Wahl stehenden Kandidaten liegt in den Meinungsumfragen derzeit Senator Benigno „Noynoy“ Aquino III, Sohn des Nationalhelden Benigno Aquino und der kürzlich verstorbenen Ex-Präsidentin Corazon Aquino vorne.

Links: www.nicanorperlas.com | www.truthforce.info | apeopleforperlas.ning.com

Neugründung

Verein „Zukunft gemeinsam gestalten“

Am 24. Januar 2010 wurde in der Inselhalle in Lindau der Förderverein „Zukunft gemeinsam gestalten e.V.“ gegründet. Nach intensiver Vorbereitung und zahlreichen Arbeitstreffen haben die Gründungsmitglieder die Aufgaben des neuen Vereins klar definiert.

Aus der Satzung ist zu lesen: Zweck des Vereins ist es, ausgehend von den regionalen Gegebenheiten im Bodenseegebiet, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Weiter heißt es, dass der Verein Bestrebungen, die diese Ziele in organisierter Eigeninitiative verfolgen, fördern möchte, indem er Gelegenheiten schafft, die zur gegenseitigen Kommunikation und Kooperation dienen. Der Verein wird unter anderem Kongressveranstaltungen und Messen organisieren. Es

sollen Seminare und Kurse zu pädagogischen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Themen vorbereitet und durchgeführt werden.

Erfahrungen zu diesem Aufgabenbereich wurden bereits im Mai 2009 gesammelt. Einige der Gründungsmitglieder haben seinerzeit erfolgreich Messe und Kongress „Zukunft gemeinsam gestalten“ im Graf-Zeppelein-Haus in Friedrichshafen organisiert und durchgeführt (www.zugegen.de). Unterstützt wurden sie dabei durch zahlreiche Helfer des Tauschringes Lindau-Wangen.

Vom 20. bis 22. Mai 2011 ist bereits die Inselhalle in Lindau reserviert. Hier soll die zweite bodenseefassende Messe- und Kongressveranstaltung „Zukunft gemeinsam gestalten“ stattfinden. Mitglieder werden können Organisationen und Institutionen unter anderem aus den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur, solidarische Wirtschaft, Gesundheit und Heilwesen, Jugend- und Seniorenarbeit, Vorsorge, Nachsorge und Unternehmen, die sich eine Neuorientierung und nachhaltiges Wirtschaften in der Region zum Ziel gemacht haben.

Weitere Informationen und Mitgliedsanträge sind erhältlich bei Ulrich Beyer, beyerlindau@web.de, Dieter Koschek, eulenspiegel.wasserburg@t-online.de und Erich Hutter, hutter.neukirch@t-online.de

Prozent der Bevölkerung ein Verbot der Gen-Kartoffel. Die Gen-Kartoffel des BASF-Konzerns ist die erste Gen-Pflanze, die seit 1998 zugelassen wurde. Sie darf nicht nur angebaut und technisch verwertet, sondern auch für die Tierfütterung und - bis zu einem Verschmutzungsgrad von 0,9 Prozent - für Lebensmittel verwendet werden. Das könnte fatale Folgen für den Verbraucher haben.

Amflora produziert besonders viel Stärke in Form von Amylopektin, eine Substanz, die als Rohstoff für technische Produkte wie Kleister, Papier und Beton benötigt wird. Bei der gentechnischen Manipulation wurden der Gen-Knolle zusätzlich Antibiotika-Resistenz-Gene eingebaut. Wissenschaftler schließen nicht aus, dass dadurch Resistenzen auf Bakterien übertragen werden können und damit die Wirksamkeit von Antibiotika verringert wird. Die betroffenen Antibiotika sind laut Weltgesundheitsorganisation besonders wichtige Mittel zur Behandlung von multiresistenter Tuberkulose. Die Zulassung der Amflora kann somit dazu beitragen, dass schwerkranken Menschen die Chance auf Heilung genommen wird.

„Die Behauptung der Regierung, die Gen-Kartoffel werde nicht in die Nahrung gelangen, ist unglaubwürdig. Wo Genpflanzen angebaut werden, tauchen sie über kurz oder lang auch in Lebensmitteln auf. BASF weiß das und hat deshalb umfassende Zulassungen auch für Lebensmittel beantragt“, erklärt Hofstetter.

Die Kartoffel Amflora soll in diesem Jahr in Deutschland auf einer kleinen Fläche in Mecklenburg-Vorpommern angebaut werden, um das Pflanzgut zu vermehren.

Quelle: Pressemitteilung von Greenpeace, www.greenpeace.de

Gentechnik

Greenpeace: Leuchtender Protest gegen Gen-Kartoffel

Mit der großflächigen Projektion einer Gen-Kartoffelfratze auf das Bundeskanzleramt in Berlin haben Greenpeace-Aktivisten Anfang März gegen den Anbau der umstrittenen Gen-Kartoffel Amflora protestiert. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat erklärt, die Zulassung der Gen-Kartoffel durch die EU-Kommission hinzunehmen. Greenpeace forderte die Bundesregierung auf, die Warnungen vor den gesundheitlichen und ökologischen Risiken ernst zu nehmen:

„Verbraucher, Landwirte und Lebensmittelhersteller wollen die Gen-Kartoffel nicht. Sie birgt erhebliche Risiken, ist gesellschaftlich unerwünscht, technisch veraltet und völlig überflüssig“, sagt Martin Hofstetter, Gentechnik-Experte von Greenpeace. „Es ist nicht verständlich, warum die Bundesregierung ihre Glaubwürdigkeit ausgerechnet mit so einem zweifelhaften Projekt wie der Amflora gefährdet. Sie sollte die Interessen der Bürger vertreten und nicht diejenigen der BASF. Die Regierung muss den Anbau der Kartoffel verbieten.“

Nach einer Anfang Januar veröffentlichten Emnid-Umfrage im Auftrag von Greenpeace befürworten 77

Schulwesen

Gerechtigkeit für die freien Schulen

Weit über 20.000 Menschen demonstrieren in Stuttgart gegen Unterfinanzierung und für das Recht auf freie Schulwahl

Am 19. Januar, dem Tag des Beginns der Haushaltsberatungen des Landtags in Baden-Württemberg, erlebte Stuttgart eine der größten Demonstrationen der letzten Jahrzehnte. Über 20.000 SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen protestierten gegen die immer bedrohlichere Unterfinanzierung. Sie erinnerten die Regierung an ihr Versprechen, den freien Schulträgern bis 2011 80 Prozent der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers als Landeszuschuss zuzubilligen.

Der von der Regierung eingebrachte Haushaltsentwurf sah gerade einmal drei Millionen Euro für 2010 und rund 8 Millionen für 2011 vor. Laut Angaben des Kultusministeriums müsste das Land aber 47,5 Millionen Euro für 2010 einstellen, um das Versprechen von 80% einzulösen. Diese Entwicklung gefährdet die Existenz freier Schulen und damit das Recht auf freie Wahl der Schule durch die Eltern.

„Bildung statt Bahnhof“, war auf Transparenten zu lesen - eine Anspielung auf die Milliarden, die für das umstrittene Prestigeprojekt Stuttgart 21 buchstäblich versenkt werden sollen. Und: „Wir wollen keine Reichenschulen sein.“ Freie Schulen, das wurde auch in den Reden bei der abschließenden Kundgebung immer wieder deutlich, müssen allen Menschen offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel - wie es im Grundgesetz garantiert ist.

Zu der friedlich und fröhlich verlaufenen Demonstration aufgerufen hatte die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Baden-Württemberg. Ihr gehören die evangelischen und katholischen Privatschulen, der Arbeitskreis der Landerziehungsheime und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen an. 680 freie Schulen mit ca. 135.000 Schülern gibt es im „Ländle“. Von den rund zwölf Millionen Schülern in Deutschland besuchten 2008 rund 7,8 Prozent eine freie Schule.

Mit den Demonstranten solidarisierten sich neben den Oppositionsparteien im Landtag auch die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU. Deren Vorsitzender las seinen Parteifreunden die Leviten mit der Bemerkung, das grundgesetzlich verbriefte Recht der Eltern auf freie Schulwahl dürfe nicht dadurch infrage gestellt werden, dass sich Eltern aus finanziellen Gründen den Besuch ihrer Kinder an einer freien Schule nicht leisten könnten (Pressemitteilung vom 18. 1. 2010).

Freie Schulen müssen mit staatlichen Schulen finanziell gleichgestellt werden!

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg (DPWV) solidarisierte sich vollinhaltlich mit den Zielen der Demonstration. In einer Erklärung des Verbandes heißt es, der DPWV unterstütze nicht nur die Forderung an die Landesregierung, die finanziellen Versprechungen einzuhalten, sondern fordere auch, die freien Schulen letztlich den staatlichen Schulen finanziell gleichzustellen.

„Seit vielen Jahren leisten freie Schulen einen wichtigen Beitrag zur Qualität des Bildungswesens speziell auch in Baden-Württemberg, bereichern den Lernalltag in Schulen mit zahlreichen Anregungen und Innovationen, stärken das Wahlrecht der Eltern und bringen zusätzliche Ressourcen in die öffentliche Bildung ein“, erklärte Hansjörg Böhringer, Landesgeschäftsführer des DPWV.

„Den Strukturdefiziten und Fehlentwicklungen des staatlichen Schulwesens kann nur mit einer Stärkung gemeinnütziger Schulen in freier Trägerschaft begeg-

net und mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler erreicht werden,“ so Böhringer.

Damit freie Schulen erfolgreich arbeiten und vor allem auch im Interesse einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen auf ein Schulgeld verzichten können, ist es auf längere Sicht erforderlich, ihre Finanzierung nicht nur an eine Deckungsquote von 80 Prozent heranzuführen, sondern sie den staatlichen Schulen gleichzustellen. Um diesem Ziel näher zu kommen, fordert der Verband die Landesregierung auf, im Doppelhaushalt 2010/2011 zumindest die Finanzierungsquote von 80 Prozent einzulösen.

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg vertritt insgesamt über 800 Mitgliedsorganisationen aus den verschiedensten Bereichen sozialer Arbeit. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen des PARITÄTISCHEN sind bereits seit vielen Jahren im vorschulischen Bereich und an der Schnittstelle Schule und Jugendhilfe aktiv oder selbst Träger Freier Schulen, bzw. tätig in Kooperationsprojekten mit Schulen oder in der Assistenz von behinderten Schülern.

Wie geht es weiter?

Unter der Überschrift „100% Schule braucht mindestens 80% Förderung!“ hat sich die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen in Baden-Württemberg am 9. März an LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern gewandt. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass nach der Demonstration am 19. Januar der Landtag in zweiter und dritter Lesung den Doppel-Haushalt 2010/2011 verabschiedet habe, ohne die „notwendigen weiteren Mittel, um die 80%-Marke zu erreichen“ einzustellen. Alle entsprechenden Anträge der Opposition seien abgeschmettert worden.

Im Mai muss der Landtag nun erneut zusammentreten, um „den Paragraphen 18 des Privatschulgesetzes zu ändern, um den verabschiedeten Haushalt ab September 2010 konkret umzusetzen“. Die freien Schulen wollen bis dahin ihre Informations- und Gesprächsoffensive fortsetzen und dabei auch mit der neuen Kulturministerin verhandeln. Sie wollen weiter für ihre berechtigten Forderungen an einem Strang ziehen: „Unsere Demonstration am 19. Januar 2010 hat eindrucksvoll gezeigt, dass wir gemeinsam etwas erreichen können. – Bleiben wir weiterhin am Ball!“

Initiativen, Termine und Ankündigungen

Volksinitiative Schule in Freiheit

Omnibus für direkte Demokratie in Berlin macht sich für gleichberechtigte Finanzierung der Schulen und für Vielfalt und Freiheit in der Bildung stark

Schule ist der Ort, an dem die heranwachsenden jungen Menschen ihre Fähigkeiten und ihre Kreativität individuell entwickeln. Sie werden zu mündigen Bürgern. Diese Herausbildung der Fähigkeit, in Freiheit das Leben zu gestalten und dafür die Verantwortung zu übernehmen, kann am besten in Schulen gelingen, die selber mündig sind und die sich und ihre Arbeit selbst bestimmen.

Doch im bestehenden Schulsystem wird die Arbeit der Schulen immer noch stark von außen bestimmt, vom Staat. Er gibt vor, was und wie die Schulen zu unterrichten und zu bewerten haben. Er erstellt Programme (z.B. Rahmenlehrpläne, Bildungsstandards, Zentralabitur) und finanziert die Schulen und die Lehrer dafür, dass sie diese Programme umsetzen. Ist der Lehrer nicht frei, wie kann er dem Schüler zur Freiheitsfähigkeit verhelfen?

Schulen, die ihre Pädagogik selbstständig entwickeln und gestalten wollen, werden stark benachteiligt, insbesondere finanziell. Deshalb müssen die Schulen in freier Trägerschaft Schulgeld erheben. Das können sich nur wenige Eltern leisten. Durch diese Benachteiligung werden die Schulen in freier Trägerschaft in eine „private“ Ecke abgedrängt.

Seit Sommer 2009 arbeitet der Berliner Arbeitskreis „Schule in Freiheit“ an der Frage, wie das bestehende Schulwesen höherentwickelt werden kann. Er hat Ideen und Vorschläge erarbeitet, die allen Schulen, den staatlichen wie den freien, zugute kommen sollen. Über diese Vorschläge möchten wir auf dem Weg einer Volksinitiative mit einer größeren Öffentlichkeit ins Gespräch kommen. Die Volksinitiative soll folgende drei Ideen enthalten:

1. Gleichberechtigte Finanzierung: Nicht mehr die Trägerschaft einer Schule (staatlich oder frei) soll über die Finanzierung entscheiden, sondern einzig sachliche Gesichtspunkte, die für alle Träger gleichermaßen gelten. Alle Schulen in ihrer Vielfalt sollen ohne Schulgeld zugänglich sein.

2. Pädagogische Freiheit: Die Schulen sollen die Lehrinhalte und Methoden aus der eigenen Erfahrung heraus selbstständig gestalten und weiterentwickeln können. Das ermöglicht pädagogische Neuerungen, die auch von anderen Schulen übernommen werden können.

3. Organisatorische Selbständigkeit: Alle Schulen, die es wollen, sollen die weitestgehende organisatorische Selbständigkeit erhalten. Damit sie z.B. ihre Lehrerkollegien selbstständig berufen können.

Das Instrument der Volksinitiative in Berlin

In Berlin gibt es zwei direktdemokratische Verfahrensstränge. Der eine besteht aus dem „Antrag auf Volksbegehren“ (20.000 Unterschriften), dem Volksbegehren (170.000 Unterschriften) und dem Volksentscheid (für die Annahme der Abstimmungsvorlage muss die Mehrheit für ihn stimmen und diese Mehrheit muss aus mindestens 25% aller Stimmberechtigten bestehen).

Der zweite Verfahrensstrang ist die Volksinitiative. Wie beim „Antrag auf Volksbegehren“ müssen für sie 20.000 Unterschriften gesammelt werden. Sie ist eigenständig und nicht Voraussetzung für ein Volksbegehren. Sie führt dazu, dass sich das Abgeordnetenhaus mit der Vorlage der Initiative beschäftigen muss. Die Initiative hat dabei das Recht, ihre Vorlage im Abgeordnetenhaus vorzustellen und zu begründen. Dieses Rederecht gibt es beim „Antrag auf Volksbegehren“ nicht.

Die Volksinitiative erscheint uns als das richtige Instrument, um unsere Ideen und Vorschläge mit einer größeren Öffentlichkeit zu besprechen und weiterzuentwickeln. Mit ihr können wir das Thema Schulfreiheit öffentlich anwärmen und testen: Wie interessieren sich die Bürgerinnen und Bürger für die Schulfrage? Welche Organisationen und Gremien kommen unterstützend hinzu? Was sagen die Abgeordneten im Berliner Parlament?

Die 20.000 Unterschriften sind im Rahmen unserer Möglichkeiten zu schaffen. Und nach der Parlamentsbehandlung können wir in aller Ruhe auswerten, wie die Resonanz auf die Initiative war und ob genügend Interesse, Unterstützung und Substanz entstanden ist, um an ein Volksbegehren denken zu können. (Falls wir dann mit einem Antrag auf Volksbegehren weitermachen möchten, können wir dafür auch unsere Vorschläge überarbeiten und unsere Vorlage zu einem Gesetzentwurf weiterentwickeln. Wir können die vielen Gespräche und Diskussionen auf den Straßen und Plätzen Berlins, auf Veranstaltungen und in der Anhörung des Abgeordnetenhauses auswerten und neue Argumente, Vorschläge und Ideen aufnehmen und berücksichtigen.)

Zeitplan:

- In den nächsten Monaten will der Omnibus viele Gespräche führen, um möglichst viele Menschen und Organisationen über das Vorhaben zu informieren und zur Mitwirkung einzuladen.

- Es bietet sich an, die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative im Mai 2010 zu starten. Die Unterschriften können dann 6 Monate lang gesammelt werden. So sind wir damit in der wärmeren Jahreshälfte und können die Unterschriften im November 2010 einreichen. Die Parlamentsbehandlung der Volksinitiative wird dann im

Frühjahr 2011 stattfinden. - Bis zur Abgeordnetenhauswahl im Herbst 2011 können wir z.B. mit Veranstaltungen unsere Vorschläge in die Wahlkampfzeit einbringen. (Falls wir uns nach der Volksinitiative dafür entscheiden, mit einem Antrag auf Volksbegehren weiterzumachen, so müsste die Unterschriftensammlung dafür im Januar 2012 starten. Denn dann könnte nach dem Volksbegehren im Frühjahr 2013 der Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl im Herbst 2013 stattfinden, was wichtig ist, um das Zustimmungsquorum von 25% zu schaffen.)

Unsere Vorschläge im einzelnen¹

Die Volksinitiative „Schule in Freiheit“ will selbst Schule sein. Die Vorschläge, die sie enthält, sind nicht fertige Ergebnisse, sondern Anregungen für das Gespräch. Jeder Bürger ist eingeladen, mitzuberaten und mitzuarbeiten.

Gleichberechtigte Finanzierung:

Der Staat soll jedem Kind das Recht auf Bildung garantieren und finanziert dafür die Schulen. Dabei sollen die Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft gleichberechtigt finanziert werden, so dass keine Schule mehr Schulgeld erheben muss. Dadurch kann mehr Vielfalt im Schulwesen entstehen. Die Eltern und Kinder können diejenige Schule auswählen, die den eigenen Begabungen und pädagogischen Bedürfnissen am nächsten kommt. Jedes Kind ist einzigartig. Erst durch Chancenvielfalt erhalten wir Chancengleichheit. Die gleichberechtigte Finanzierung wird nicht nur den Schulen in freier Trägerschaft zugute kommen. Sie wird sich auch positiv auf die pädagogische Praxis der Schulen in staatlicher Trägerschaft auswirken. Diese werden sich mehr am tatsächlichen Bedarf der Kinder und Eltern orientieren als bisher. Die Unterscheidung von Schulen nach ihrer Trägerschaft wird gleichgültig; wichtiger ist dann ihr Profil und ihre Qualität. Zur Zeit erhalten die Schulen in freier Trägerschaft nach einer Wartefrist von 5 Jahren Zuschüsse in Höhe von 93% der Personalkosten. Das sind ca. 65% der Gesamtkosten.

Vorschlag: Das Land Berlin finanziert die genehmigten Schulen in freier Trägerschaft als gleichberechtigte öffentliche Schulen. Die Finanzierung beträgt 100% der vergleichbaren Vollkosten entsprechender staatlicher Schulen. Höhere Arbeitsaufwendungen z.B. für Schüler mit Behinderungen oder für Kinder mit großen sprachlichen Defiziten werden bei Schulen in freier Trägerschaft in gleicher Höhe finanziert wie bei Schulen in staatlicher Trägerschaft. Die Wartefrist entfällt.

Pädagogische Freiheit:

Die Schulen sollen das Recht erhalten, die pädagogischen Richtlinien und Qualitätsmaßstäbe ihrer Arbeit selbst zu bestimmen und zu gestalten. Denn für die Pädagogik ist der Staat gar nicht zuständig. Vielmehr ist es die Pflicht des Staates, die Freiheit und Selbstverwaltung der Schulen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schützen und zu garantieren. Die Finanzierung der Schulen soll also frei werden von inhaltlichen Einflussnahmen. Schon heute sind die Schulen pädagogisch eigenständiger als früher, auch die staatlichen Schulen. Doch wenn es um die Gestaltung der Schulabschlüsse geht, müssen alle Schulen, auch die in freier Trägerschaft,

sich fügen. Nur die staatlich verordneten Abschlüsse ermöglichen das Weiterlernen und Studieren.

Vorschlag: Neue Zugangsberechtigung zur Hochschule unabhängig vom Abitur. Die Berliner Universitäten vergeben in Zukunft 30% der Studienplätze über eine Aufnahmeprüfung oder ein Probejahr.

Wenn die Schulen die pädagogische Verantwortung übernehmen und für die Qualitätssicherung ihrer Arbeit selbst zuständig sind, brauchen sie die Möglichkeit, sich gegenseitig wahrzunehmen und zu beraten. So kann ein lebendiges und wandlungsfähiges Schulwesen entstehen.

Vorschlag: Einrichtung eines Schulparlaments, in dem pro Schule ein Vertreter sitzt. Es tagt zweimal im Jahr in einer öffentlichen Sitzung.

Organisatorische Selbstständigkeit:

Die Schulen sollen auch rechtlich selbstständig sein können. Sie erhalten damit mehr finanzielle Verantwortung, sind dann auch selbstständiger in der Lehrerauswahl und lernen als selbstverwaltete Organisationen selbst das Lernen.

Vorschlag: Alle staatlichen Schulen, deren Verantwortungsträger (Kollegien, Eltern, Schulträger) einen entsprechenden Beschluss fassen, können rechtlich selbstständig werden, sofern die Trägerschaft gemeinwohlorientiert ist (z.B. Stiftung, Körperschaft öffentlichen Rechts, gemeinnütziger Verein, gemeinnützige GmbH).

Vorschlag: Gründungen freier Schulen durch klarere Regelung der Genehmigungsvoraussetzungen erleichtern.

<http://www.omnibus.org/schule.html>

Für eine gesunde Schule - Nachhaltigkeit und Verantwortung für Bildung

Kolloquium am 18. - 20. November 2010 in Witten-Herdecke

Das Europäische Forum für Freiheit im Bildungswesen und die GLS Treuhand veranstalten im November diesen Jahres ein Kolloquium zum Thema „Für eine gesunde Schule - Nachhaltigkeit und Verantwortung von Bildung und Gesundheitsförderung“.

In diesen drei Tagen soll Gesundheit in Zusammenhang mit Schule und Bildung betrachtet werden. Drei von der Weltgesundheitsorganisation bestimmte grundlegende Gesundheitsbereiche sollen näher betrachtet und diskutiert werden: physische, psychische und soziale Gesundheit. Es wird sowohl um deren Erhaltung, aber auch um ihre Wiederherstellung bei Schülern, Lehrkräften und Eltern gehen.

Genauere Informationen demnächst unter <http://www.effe-eu.org>

¹ Stand 10. Februar 2010

Wem gehört die Erde, wem die Atmosphäre?

Seminar, 27./28. März 2010, Bad Boll

Diese Tagung soll grundlegende Einsichten, die die Bodenreformbewegung im Laufe der letzten 100 Jahre gewonnen hat, für die Klimaproblematik fruchtbar machen. Deshalb werden zu Beginn der Tagung wesentliche Erkenntnisse der Bodenreform, soweit sie für die Klimafrage relevant sind, zusammenfassend dargestellt. Sodann wird an die klimapolitische Diskussion, wie sie gegenwärtig geführt wird, angeknüpft und aufgezeigt, warum weder das Kyoto-Protokoll noch die Konferenz von Kopenhagen Grundlage einer zukunftsweisenden Welt-Klimaordnung werden konnten. Hingegen führt der im Grunde recht einfache Ansatz der Bodenreform auch in der Klimafrage zu überraschend klaren, unbürokratischen und nicht nur gerechten, sondern auch funktionsfähigen Lösungen. Diese sollen bis hin in ihre Auswirkungen auf den Welthandel, notwendige Ausgleichszahlungen an Schwellen- und Entwicklungsländer und andere aktuelle Problemfelder dargestellt werden. Beginn Samstag, 9.30, Ende Sonntag 12.00 Uhr. Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz. Info und Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung, 73087 Bad Boll, Badstraße 35, Tel. 07164 - 3573 oder über das Internet: www.sffo.de

„Verschärfung der Krise“ vor. Die Vorladungen für die Angeklagten sind bereits versandt worden. Das Richteramt übernehmen der Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn, die Terres-des-Hommes-Geschäftsführerin Danuta Sacher, der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach sowie der bekannte Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert. Auch als Ankläger, Verteidiger und Zeugen haben die Globalisierungskritiker kompetente und prominente Vertreter beider Seiten gewinnen können, etwa Wolfgang Kaden, ehemaliger Chefredakteur von Spiegel und Managermagazin, die kenianische Menschenrechtsaktivistin Wangui Mbatia, den Journalisten und Buchautor Harald Schumann sowie Heidi Klein von Lobby Control.

Dem Tribunal unter dem Motto „Weil die Krise System hat“ folgt ein Forum der Alternativen, auf dem die Teilnehmer gemeinsam mit internationalen Referenten Perspektiven für ein anderes Finanzsystem erarbeiten. Kooperationspartner für das dreitägige Tribunal ist die Berliner Volksbühne, eines der renommiertesten Theater im deutschsprachigen Raum. Attac rechnet mit etwa 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der Vorverkauf läuft über die Volksbühne. Die gesamte Veranstaltung kostet 25 Euro (Normalpreis).

Weitere Info: www.attac.de. Karten-Vorverkauf (ab 9. März): Berliner Volksbühne, Tel. 030 - 2406 5777, ticket@volksbuehne-berlin.de

Attac-Bankentribunal

Berlin, 9. bis 11. April 2010

„Zum 10jährigen Geburtstag der NGO sind Attac-Forderungen Mainstream. Hilft das dem Netzwerk? Oder ist Attac damit überflüssig geworden?“ So fragte die TAZ in ihrer Ausgabe vom 22. Januar. Dass die Organisation nicht überflüssig ist, demonstriert sie unter anderem mit dem Aufruf zu einem Bankentribunal, das in der Berliner Volksbühne stattfinden soll. Dort sollen die Ursachen der Finanzkrise sowie die Bankenrettungen kritisch durchleuchtet, die Verantwortlichen öffentlich zur Rechenschaft gezogen und Alternativen aufgezeigt werden. „Die intransparente und undemokratische Bankenrettung zeigt besonders prägnant, wie Politik und Wirtschaft sich weigern, die notwendigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen. Stattdessen steuern sie ungebremst auf die nächste Krise zu“, so Jutta Sundermann vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. „Um dem etwas entgegenzusetzen, brauchen wir einen zivilgesellschaftlichen Prozess. Dazu ist das Bankentribunal ein Auftakt.“

Zu den Angeklagten zählen die aktuelle Bundesregierung und ihre zwei Vorgängerinnen, vertreten durch Gerhard Schröder, Angela Merkel und Peer Steinbrück; die Deutsche Bank, vertreten durch Josef Ackermann; sowie Hans Tietmeyer, ehemaliger Aufsichtsrat von Depfa und HRE, Chef-Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und früherer Bundesbankpräsident. Ihnen werfen die Ankläger „Aushöhlung der Demokratie und Vorbereitung der Krise“, „Zerstörung der ökonomischen Lebensgrundlagen in Nord und Süd“ sowie

Arbeit der Zukunft - Zukunft der Arbeit

Wi.n.d. Alanus Ökonomie Symposium,
Alfter 21./22. April 2010

Wi.n.d. steht für „Wirtschaft neu Denken“ und ist eine interdisziplinäre Initiative von Studenten der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft. Gemeinsam mit den Teilnehmern wollen sie, wie es in der Einladung heißt, eine Arena schaffen, in der der gesellschaftliche Puls der Zeit reflektiert wird. Im Wirtschaftsleben sei man angewiesen auf das Miteinander. So stelle sich die Frage: Ist Teamarbeit ein soziales Spiel? „Bereitschaft - Begegnung - Bewegung - Wie schaffen wir motivierende Zusammenarbeit und authentischen Kontakt?“

Es geht um die Suche „nach einem ‚Arbeits-Kunstzept‘ der Zukunft. Welche Arbeit wollen wir? Welche Strukturen brauchen wir? Welche Ideen bieten wir?“ Im Umfeld der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft werden Studenten, Experten und Unternehmer an zwei intensiven Tage, angeregt durch Impulsvorträge aus praktischer sowie philosophischer Sicht, in Workshops arbeiten. Ziel ist es, Ideen zu vernetzen und konkretes Handeln zu ermöglichen.

Weitere Informationen zum Programm, Kosten usw. finden Sie auf der Homepage der Initiative. Dort kann man sich auch für das Symposium anmelden: www.alanus-symposium.de. Infos: Clara von Recklinghausen Teilnehmerbetreuung, Tel: 0177 - 324 0 325 clara.recklinghausen@alanus-symposium.de

Geld - regional und global, von oben und von unten

Der Beitrag der Komplementärwährungen zu einer neuen Geldordnung, Dornach 23./24. April

Ein Treffpunkt für Engagierte und Interessierte zur Klärung aktueller Fragen aus der Praxis soll diese von der Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum ausgerichtete Tagung sein. Komplementärwährungen schaffen mit ihrem kritischen Blick auf die bisherige Geldordnung zunehmend notwendiges Bewusstsein und verleihen Bürgern mehr und mehr die Möglichkeit, im multilateralen Tausch gezielt mitzugestalten, schreiben Ulrich Rösch und Otmar Donnenberg in der Einladung.

Elemente der Tagung: Plakat-Ausstellung „Neues Geld“ - Film „Der Schein trügt“ - Gespräche zwischen Besuchern und den Organisatoren - Darstellung zur Finanzkrise (Paul Mackay) - Komplementäres Geld als Instrument nachhaltiger Regionalentwicklungen (Veronika Spielbichler) - Kleingruppenarbeit und Plenumsgespräche - Metamorphosen des Geldes (Ulrich Rösch) - Evolution der Regionalwährungen (Christian Gellerie) - Expressives Intermezzo und sozialkünstlerisch-praktische Übungen (mit Michael Rein) - Gruppengespräche und Podium (Christian Gellerie und Prof. Harald Spehl diskutieren miteinander und mit den TeilnehmerInnen).

Detailprogramm: www.goetheanum.org/fileadmin/sozialwissenschaft/2010/RegioGeld.pdf. Kontakt: Sektion für Sozialwissenschaften, Goetheanum, Postfach CH-4143 Dornach, Tel. +41 (0) 61 - 706 43 26. Montag bis Freitag 9.30 - 12.30 Uhr und oft nachmittags - ausser während Besprechungen. +41 (0) 61 - 706 43 50, sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch. Eine Folgetagung zum Thema „Geld anders denken“ ist für 18. - 19. Juni 2010 geplant.

Literatur

Wirbelsturm und Flächenbrand

Das Ende der Gentechnik

Wolfgang Wiebecke

Ende 2009 gab der freie Journalist Klaus Faißner dieses ermutigende Buch im Eigenverlag heraus. Auf 160 Seiten sind in 14 Kapiteln beinahe alle wichtigen Aspekte der Agro-Gentechnik seriös und verständlich auf der Grundlage von Interviews und Recherchen angesprochen.

Gleich im Anfangskapitel „Gesundheit in Gefahr“ wird der bisher am längsten verdrängt gewesene Aspekt beleuchtet. Kapitel 2 „Gottfried Glöckner - ein Gentechnik-Krimi“ stellt die Auseinandersetzung dieses bekannten hessischen Landwirts mit der Firma Syngenta so umfassend und spannend dar, wie ich es

noch nie gelesen oder gehört habe... Die weiteren Themen des Buchs, u. a.: Koexistenz = Kostet Existenz (Kapitel 5) - Hier räumt Faißner überzeugend mit der Koexistenzlüge auf, auf der die EU-Gesetzgebung für Agro-Gentechnik aufbaut. Freie Demokratien frei von Gentechnik (Kapitel 9): Unter dem Motto „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf“ werden der Zerstörung der Demokratie durch die Globalisierung als Vorbilder die Gentechnik-Verbote in Österreich, Bolivien, Norwegen und der Schweiz gegenübergestellt. Das Ende der Gentechnik (Kapitel 13): Strikte, generelle, nationale Gentechnikverbote besiegeln nicht nur das Ende der Gentechnik im eigenen Land, sondern sind Schritte für eine gentechnikfreie Welt. Das abschließende Kapitel 14 „Tipps und Kennzeichnungen“ zeigt knapp und ehrlich, was auf Verbraucherebene möglich ist und beachtet werden sollte.

Der Name des Buchs geht auf eine Aussage von I. Chapela zurück: „Obwohl ein Drittel eines Jahrhunderts und mehr als 350 Milliarden Dollar in den Plunder investiert wurden, bleibt ein Wirbelsturm präziser vorhersehbar und ein Flächenbrand besser kontrollierbar als gentechnisch veränderte Organismen.“ Für alle, die sich in das Thema einlesen wollen, ist dieses Buch gleichermaßen hilfreich und ermutigend, wie es für Aktive an der Basis eine gute Argumentationshilfe darstellen wird. Eine hoffentlich bald nötige Neuauflage könnte folgende Aspekte stärker mit einbeziehen: - Die grundsätzliche Überholtheit des Begriffs „Gen“. (Vgl. Craig Holdrege) - Die nötigen Rückgriffe auf traditionelles Wissen als Alternativen zu Agro-Gentechnik und Grüner Revolution. - Die Hinterfragung des Parameters „Ertragssteigerung“ als landwirtschaftliches Zucht Kriterium. (Vgl. Sigmar Groeneveld)

Angesichts der Kürze des Buchs, der hohen Kompetenz der Darstellungen und der ermutigenden Aussage halte ich „Wirbelsturm und Flächenbrand“ für eine bahnbrechende Leistung von Klaus Faißner. Das Buch ist erhältlich direkt beim Autor: klaus.faissner@chello.at

Dokumentation „1989/1990“

„Von der östlichen Diktatur der Staatspartei in die westliche Diktatur des Parteienstaats“. Unter diesem bewusst provozierenden Titel hat Manfred Steinbach eine 174seitige Dokumentation „1989/1990 'Revolution!' oder was?“ herausgebracht. Sie ruft in einer Fülle von Presseauschnitten die damaligen Ereignisse noch einmal ins Bewusstsein, wobei die Auswahl den Blick auf das Symptomatische lenkt. Im Nachwort wird als gesellschaftliche Alternative der Gedanke einer auf dem Prinzip der Selbstgestaltung der Rechtsverhältnisse durch den Einzelnen, d.h. auf authentischer Selbstverwaltung beruhenden gesamtgesellschaftlichen Gemeinschaft auf Vertragsbasis entwickelt. Exemplare können zum Selbstkostenpreis bezogen werden bei Manfred Steinbach, Institut für Sozialkreativität, Triftweg 12, 34385 Bad Karlshafen, Tel. 05672-922909, E-Mail: sozialkreativitaet@t-online.de.



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus. Fortbildungsseminare für Tätige

Seminare 2010

Seminar, Fr/Sa, 26./27. März 2010
Forum 3, Gymnasiumstr 21, 70173 Stuttgart

Waldorfschule wohin?

Profilbildung und Führung in der Schulentwicklung

Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Walter Hutter, Prof. Dr. Peter Loebell, Dr. Michael Ross, Erich Schneeweiß, Martin Laude. Mitveranstalter: Freie Hochschule Stuttgart - Seminar für Waldorfpädagogik

Freitag, 26. März 2010

19.30: Öffnung des Tagungsbüros
20.00: Bildungswesen in Bewegung - Herausforderungen für die Schulentwicklung (Öffentlicher Vortrag von Udo Herrmannstorfer mit Aussprache)

Samstag, 27. März 2010

09.00 - 10.45: Braucht die Waldorfschule ein neues Profil? (Prof. Dr. Walter Hutter, Freie Hochschule Stuttgart) | Gesprächsarbeit im Plenum oder in Gruppen

11.15 - 13.00: Schulentwicklung als Führungsaufgabe in der Selbstverwaltung (Vortrag Dr. Michael Ross | Gesprächsarbeit im Plenum oder in Gruppen)

14.30 - 16.15 Schulentwicklung in der Praxis (Erich Schneeweiß, FWS Heidenheim) | Profilbildung durch eigene Waldorfabchlüsse? (Martin

Laude, FWS Stuttgart-Kräherwald, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien WS Ba-Wü)

16.45 - 18.30 Forum: Konsequenzen für die Lehrerbildung (Einleitung: Prof. Dr. Peter Loebell, Freie Hochschule Stuttgart) - Abschluss

Teilnahmebeitrag für das ganze Wochenende: EUR 100,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Wer nur am öffentlichen Vortrag teilnimmt, wird um einen entsprechenden Kostenbeitrag gebeten. Für Studierende der Pädagogik und Mitarbeitende der Freien Hochschule Stuttgart ist der Eintritt frei. Verpflegung im Forum Cafe möglich.

Seminar, voraussichtlich Die/Mi, 8./9. Juni 2010

Details zu Ort, Programm und Teilnahmebedingungen werden noch bekannt gegeben.

Menschen mit besonderen Bedürfnissen als Vertragspartner?

Persönliches Budget: Ausgangspunkt neuer Lebens- und Zusammenarbeitsformen in Heilpädagogik und Sozialtherapie?

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross, Mag. Friedrich Platzer u.a.

Absender:
Name, Vorname
Straße
Ort/PLZ
Tel./Fax/E-Mail

An die Initiative
Netzwerk Dreigliederung
Libanonstraße 3
D-70184 Stuttgart

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung, als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf jährlich EUR von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr:
Bankinstitut:
Bankleitzahl:
Ort/Datum Unterschrift

Arbeitstagung, Sa/So, 26./27. Juni 2010
Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher
Alle 261, D-34131 Kassel

Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe?

**Finanzierung gesellschaftlicher Aufga-
ben | Belastung der Zukunft? | Infla-
tion oder Deflation? | Wer profitiert?**

Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl,
Prof. Dr. Christoph Strawe und einem Finanzpolitiker

Samstag, 26. Juni 2010

09.30: Öffnung des Tagungsbüros

10.00 - 11.15: Ursachen und Erscheinungsformen
öffentlicher Verschuldung (Vortrag Prof. Harald Spehl)

11.45 - 13.00: Plenum

15.00 - 16.30: Wege und Irrwege aus
der Staatsverschuldung (Referat eines Fi-
nanzpolitikers, weitere Beiträge)

17.30 - 18.30: Podiumsdiskussion mit einem
Finanzpolitiker, Udo Herrmannstorfer und Ha-
rald Spehl. Moderation: Christoph Strawe

20.00 Uhr: Konzepte für die Zukunft: Markt oder
Staat oder was? Soziale Dreigliederung und asso-
ziative Wirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 27. Juni 2010

09.00 - 10.30: Konzepte für die Zukunft:
Neue Wege zur Finanzierung öffentlicher
Aufgaben, Geld- und Steuerreform (Beiträge
von Harald Spehl und Christoph Strawe)

11.00 - 12.30: Abschließendes Plenum

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpfle-
gung) EUR 120,- Gemeinschaftsverpflegung EUR 28,-

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisati-
on. Sie erhalten dann eine Teilnahmebestätigung und
weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst
jeweils vor Beginn des jeweiligen Seminars an das
Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart (Konto
Nr. 123 860 00, GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ
43060967) überweisen (bitte Name und Veranstat-
tung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind
in der Teilnahmegebühr nicht enthalten.

Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnah-
megebühr bei Tagungsbeginn möglichst nur im Einzel-
fall. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall
möglich, bedürfen jedoch der Rücksprache.

Seminar, Fr, 29. bis So, 31. Okt. 2010
Rudolf Steiner Haus, Hügelsstr. 67, 60433 Frankfurt
am Main

Die Menschheit will ein Ganzes werden ...

**Interkulturelle Begegnung als
Anstoß zu individueller und
sozialer Entwicklung**

Mit Udo Herrmannstorfer, Ulrich Morgenthaler,
Prof. Dr. Harald Spehl, Prof. Dr. Christoph Strawe.
Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer.

Mitveranstalter: Anthroposophische
Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 29. Oktober 2010

19.30: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Der Kampf um die neue Weltordnung
(Vortrag Christoph Strawe mit Aussprache, Rezitation)

Samstag, 30. Oktober 2010

9.30 - 11.00: Architekten der neuen Weltordnung
(Zbigniew Brzezinski, Chico Withaker u.a.) (Vortrag
Ulrich Morgenthaler, Rezitation)

11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit

15.00 - 16.30: Christentum als Weg zum Verständ-
nis des Anderen (Vortrag Udo Herrmannstorfer,
Rezitation)

17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit

20.00: Interkulturelle Begegnung in der Praxis
(N.N.)

Sonntag, 31. Oktober 2010

9.00 - 10.30: Forum: Interkulturelle Begegnung als
Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung
(Einleitung Harald Spehl)

11.00 - 12.30: Fortsetzung des Forums, Zusammen-
fassende Betrachtungen, Abschluss

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und
Verpflegung) EUR 140,- Gemeinschaftsver-
pflegung zusätzlich EUR 22,-

Anmeldung und weitere Infos:

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.
Stuttgart, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
www.sozialimpulse.de